

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

172 · Februar 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	99
Essay	
MICHAEL BRIE Der Funken der Hoffnung im Vergangenen. In Erinnerung an den Herbst 1989	101
15 Jahre PDS	
WOLFRAM ADOLPHI PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus Skizzen zu ihrer Geschichte	113
ROLF REISSIG Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung	126
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
ULRICH BUSCH Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019	135
In Memoriam	
Gundermann 50	147
MAX KOCH »Noch nie war so viel Ideologie wie heute«. Zu Sebastian Herkommers Buch: Metamorphosen der Ideologie	153
J. K. 100	
JÖRG ROESLER Der Relativlohn. Jürgen Kuczynskis Instrument zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen	159
WOLFGANG GIRNUS Jürgen Kuczynski. Kolloquium zum 100. Geburtstag	166

Konferenzen & Veranstaltungen

- JAN REHMANN, MICHAEL WUTTKE
»Eine epochale Leistung im Marxismus«.
Workshop zur Marxismusrezeption
des Historisch-Kritischen Wörterbuches 172

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 178

Bücher & Zeitschriften

- Roland Haug:
Putins Welt. Russland auf dem Weg nach Westen
(SWR Schriftenreihe Grundlagen 5)
(HORST SCHÜTZLER) 180

- Peter von Oertzen:
Demokratie und Sozialismus zwischen Politik
und Wissenschaft, hrsgg. von Michael Buckmiller,
Gregor Kritidis und Michael Vester
(MICHAEL ROHR) 181

- Résistances – mouvements sociaux – alternatives utopiques.
Hommage à Jean Mortier
(JÖRG ROESLER) 182

- Günter Wirth:
Auf dem »Turnierplatz« der geistigen Auseinandersetzungen.
Arthur Liebert und die Kantgesellschaft (1918-1948/49)
(KAI AGTHE) 184

- Isabel Maria Loureiro:
Rosa Luxemburg. Os dilemas da ação revolucionária
(HARALD HILDEBRAND) 185

- Mario Keßler:
Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter
der Katastrophen 1889-1943
(STEFAN BOLLINGER) 187

- Heidi Behrens, Andreas Wagner (Hrsg.):
Deutsche Teilung, Repression und Alltagsleben.
Erinnerungsorte der DDR-Geschichte.
Konzepte und Angebote zum historisch-politischen Lernen
(HELMUT MEIER) 189

- Summaries 190

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 192

VorSatz

Die fürchterliche Flutkatastrophe in Asien und ihre verheerenden Folgen haben den Blick der Öffentlichkeit seit dem zweiten Weihnachtstfeiertag auf sich gezogen und standen und stehen noch immer im Zentrum der Aufmerksamkeit. Opferzahlen, Vermißte, Seuchengefahr, ökologische Folgeschäden sind die Begriffe, die den Tenor medialer Berichterstattung widerspiegeln. So berechtigt die Fokussierung auf die entfesselten Naturgewalten und die von ihnen verursachte, ständig steigende Opferzahl ist, möchte ich mich einem anderen, stetig aus dem Fokus der medialen Aufmerksamkeit gleitenden außenpolitischen Thema widmen: dem Irak. Abgesehen davon, daß Opferzahlen, Vermißtenmeldungen, Seuchengefahren und ökologische Folgeschäden auch Bestandteil eines jeden Krieges sind – ich also das Vokabular an dieser Stelle kaum zu wechseln bräuchte –, vollziehen sich zwischen Euphrat und Tigris politisch bemerkenswerte Ereignisse.

Im Irak sollen und werden am 30. Januar, also zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Heftes, die ersten unfreien Wahlen nach dem Sturz Saddam Husseins stattfinden. In dem vornehmlich von Sunniten bevölkerten Gebiet des Iraks herrscht ein Aufstand gegen die Besatzungsmächte. Ganze Städte entreißen die Aufständischen den Besatzungsmächten, die diese dann in auf beiden Seiten Menschenleben verschleißenden Offensiven zurückerobern, nur um zu erreichen, daß sich zeitgleich andere Städte befreien, um anschließend zu neuen Kriegsgebieten zu werden. Falludscha, Ramadi, Bakuba sind nur einige Namen, die synonym für den Widerstand gegen eine Fremdherrschaft stehen. Der Irak konnte nach dem erfolgreichen Feldzug der Amerikaner und ihrer Alliierten gegen die Armee Saddam Husseins nicht befriedet werden. Militärisch bezwungen wurde nur das alte System, nicht die Iraker.

Vor wenigen Wochen hat die größte sunnitische Partei ihren Verzicht auf die Teilnahme an den Wahlen verkündet. Die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak verhält sich abwartend, erhofft sie sich doch durch die Wahlen die Übernahme der wichtigsten politischen Ämter des Iraks. Die Wahlen des 30. Januar, erdacht, um dem Besatzungsregime zu Legitimität zu verhelfen, werden das Land ein weiteres Stück dem Bürgerkrieg entgegenführen. Dafür, daß sie den Charakter einer Farce tragen werden, sorgen die Ankündigungen von Anschlägen und Attentaten auf diejenigen Iraker, die sich am 30. Januar an die Wahlurne begeben. Um die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen zu verringern, werden 9000 Wahllokale eingerich-

tet, deren Vielzahl dazu dient, die Menschenmengen niedrig zu halten und die geringst mögliche Angriffsfläche zu bieten.

Dennoch werden diese Wahlen, gleichgültig wie sie ausgehen und wer sich als Sieger deklariert wird, nur ein Ergebnis kennen: Die Wahlen führen, entgegen ihrer ursprünglichen Intention, zu einer Delegitimierung des Besatzungsregimes. Werden sie massiv und erfolgreich von den Aufständischen gestört, bedeuten sie in erster Linie eine Niederlage für die Vereinigten Staaten und ihre Absichten im Nahen Osten, da sie die Supermacht der Schwäche zeihen. Verlaufen sie relativ ruhig, aber unter Ausschluß der Sunniten, wird sich eine von Schiiten dominierte politische Landschaft etablieren, die die Gräben tiefer reißt, die Spannungen wachsen und eskalieren läßt. Auf Kosten vieler Leben der Soldaten der Supermacht.

Der Irak lehrt, daß eine vermeintlich allmächtige Armee nur dazu taugt, die Diktatoren und Demokraten der Welt zu schrecken und im Zaum zu halten, da sie um ihre Macht fürchten. Trifft sie auf ein wie auch immer geartetes, fanatisch verteidigtes Ideal, relativiert sich die Allmacht auf ein überschaubares Maß an Strafaktionen, Gewalteininsatz gegen die Zivilbevölkerung und Gefangene, den illegalen Einsatz geächteter Waffensysteme, kurzum: den ganzen dreckigen Sumpf konventioneller Kriegsführung.

Für den 23. Februar ist ein Besuch George W. Bushs in Deutschland vorgesehen. Ein Anlaß, der sich hervorragend eignet, zu demonstrieren. Gegen den ganzen dreckigen Sumpf von dessen höchst konventioneller Politikführung. Gegen seinen militärisch fundierten Lobbyismus, gegen seine auf eine religiöse Ebene gehobene Kriegserklärung an die Aufklärung, gegen die Verdunkelung der abendländischen und morgenländischen Vielfalt, gegen die Vereinheitlichung des Denkens in so schlichte Kategorien wie Gut und Böse, Schwarz und Weiß, Christentum und Islam. Es gilt, das politische System zu delegitimieren, das mutwillig militärische Katastrophen herbeiführt, die ähnlich hohe Opferzahlen fordern wie die Flutwelle in Asien.

MARTIN SCHIRDEWAN

MICHAEL BRIE

Der Funken der Hoffnung im Vergangenen.

In Erinnerung an den Herbst 1989

Der heimliche Index der Geschichte

Die folgende »Erzählung« von Geschichte ist bewusst parteiisch. Sie erinnert nicht, was »in Wirklichkeit« gewesen ist, sondern sieht sich Walter Benjamins Forderung nach einer historisch-materialistischen Geschichtsschreibung verpflichtet, die sich nicht vom Konformismus überwältigen lässt, sich nicht in die Sieger »einfühlt«¹, sondern versucht, »im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen«. Es geht immer um die Befreiung, es geht um das »Messianische« in der Gegenwart, es geht darum, »das Kontinuum der Geschichte« aufzusprengen² und die Chancen für eine soziale und demokratische Transformation, für eine Emanzipation von Kapitaldominanz, Patriarchat und imperialer Herrschaft freizusetzen. Noch einmal Walter Benjamin: »Die jeweils Lebenden erblicken sich im Mittag der Geschichte. Sie sind gehalten, der Vergangenheit ein Mahl zu rüsten. Der Historiker ist der Herold, welcher die Abgeschiedenen zu Tische lädt.«³

Vielleicht ist jetzt die Zeit gekommen, Geschichten wie die folgenden zu erzählen. Der Abstand zu 1989 beträgt schon fünfzehn Jahre. Wie lang dies ist, verdeutlicht der Umstand, dass fünfzehn Jahre nach der Novemberrevolution von 1918 die Macht in Deutschland durch die herrschenden Eliten schon fast ein Jahr an Hitler und die NSDAP übergeben worden war. Und fünfzehn Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges, 1960, standen die neuen Probleme der Nachkriegsordnung im Zentrum, die in der Kuba-Krise und dem Bau der Berliner Mauer mühsam gebändigt wurden. Es wäre zu hoffen, dass der historische Abstand mehr Souveränität erlaubt, als dies unmittelbar nach 1989 möglich war, in Zeiten, da die Geschichte des Staatssozialismus Hauptwaffe politischer Kämpfe war. Jetzt könnte es auch möglich sein, jenen »heimlichen Index« aufzuspüren, durch den diese Vergangenheit »auf die Erlösung verwiesen wird«⁴.

Das Ende

Das Ende wirft Licht auf das Ganze. Es ist Vollendung und Abbruch. Mit dem Ende zu beginnen, heißt, Bilanz zu ziehen. Anfänge sind voller Unklarheit. Es können nur Prognosen mit einem bestimmten Grad an Wahrscheinlichkeit getroffen werden. Sie stehen im Morgenlicht großer gespannter Erwartungen. Vor jedem Ende kann es immer noch den Glauben auf Chancen geben zur Veränderung, die das Ende verhindert. Anfänge können die Unschuld von Beginnen in Anspruch nehmen, die aber nicht mit Verantwortungslosigkeit verwechselt werden darf. Das Ende spricht immer auch von Schuld.

Michael Brie – Jg. 1954, Prof. Dr., Philosoph, stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung; zuletzt in UTOPIE kreativ: Welcher Marxismus und welche Politik? Heft 165/166 (Juli/August 2004)
Foto: privat

Gekürzte Fassung eines Vortrages, der am 6. November 2004 im Haus der Geschichte Leipzig gehalten wurde. Der vollständige ist publiziert in: Klaus Kinner (Hg): Unabgeholtenes im Kommunismus. Der Funken Hoffnung im Vergangenen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2004.

1 Walter Benjamin: [Aus dem Passagen-Werk. Erkenntnistheoretisches. Theorie des Fortschritts], in: Ders.: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920 – 1940, Leipzig: Philipp Reclam jun. 1984, S. 159.

2 Ebenda, S. 164.

3 Ebenda, S. 155.

4 Ebenda, S. 157.

5 Da die gewählte »Erzählung« auch von meinem eigenen Standpunkt keinesfalls die einzig mögliche ist, sei auf andere Publikationen von mir zum Staatspartei-Sozialismus und zur nachfolgenden Entwicklung verwiesen.

6 Zum Protokoll dieser Perestrojka-Geschichte aus der Sicht eines westlichen pluralen Marxisten vgl.: Wolfgang Fritz Haug: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg: Argument Verlag 1989; Ders.: Das Perestrojka-Journal. Versuch beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen, Hamburg: Argument Verlag 1990. Dort heißt es: »Perestrojka: ... steht für das Projekt der Demokratisierung jenes Sozialismus, der sich unter Stalin zum befehlsadministrativen Parteienstaat gebildet hatte.« Ebenda, S. 5.

7 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482.

8 Vgl. dazu ausführlicher: Michael Brie: Michail Gorbatschow – Held der Demontage, in: Michael Brie; Dieter Klein: Der Engel der Geschichte, Berlin: Dietz-Verlag 1993, S. 281-303.

9 Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin: Dietz Verlag 1987, S. 59. Wie einer der engsten Berater später schreiben sollte: »Die überwältigende Mehr-

Jedes Ende hat viele Enden. Und viele Erzählungen passen zu einem Ende. Das Ende der DDR kann erzählt werden als Geschichte von wirtschaftlicher, ökologischer und politischer Stagnation und von Niedergang, die in Verzweiflung und Protest mündeten. Es kann auch von Wahlfälschungen und neuen Repressionen berichtet werden. Von politischen Gefangenen und vom Wirken der Staatssicherheit unter Führung der SED muss gesprochen werden, aber auch von einer sich formierenden kleinen Minderheit von Dissidenten. Der unendlichen Zahl von immer neuen Diskussionen um die Erneuerung der DDR in vielen Foren seit 1986, in Familien, Arbeitskollektiven und Nachbarschaftsgruppen wäre wieder aufzudecken. Der fast unbekannt Geschichte der Versuche, einen Machtwechsel in der DDR auch fünf nach zwölf noch zu organisieren, müsste erinnert werden. Es wäre über das letzte Jahr der DDR zwischen Erneuerungsversuchen und Beitritt zu erzählen.

Das Ende ist mit dem Fall des »Eisernen Vorhangs« in Ungarn und der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 verbunden. Die erste Volksbewegung des Sommers 1989 war die Massenflucht vor allem junger Bürgerinnen und Bürger der DDR, oft mit ihren Familien, über Ungarn, die Tschechoslowakei oder Polen nach Westen. Der Massenexit vieler Einzelner bereitet die demokratische Volksbewegung der Vielen gemeinsam auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Berlin und vielen anderen Städten vor.

Das Ende hat viele Enden. Und da ich wählen muss, was ich erzählen will, auch aus Zeitgründen, wähle ich die Geschichte vom Ende des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus durch seine eigene Utopie.⁵ Der Geist holte den Leib ein, die Utopie des demokratischen Sozialismus griff nach der Diktatur des »realen Sozialismus«. Das Ende, von dem ich erzählen will, ist die Geschichte von der »heroischen Illusion« der Perestrojka.⁶

Die durch Michail Gorbatschow repräsentierte Vision der Umgestaltung des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus war die der Befreiung der unterdrückten gesellschaftlichen Kräfte in der Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, dem geistigen Leben und zwischen den Völkern der Sowjetunion vom diktatorischen Zentralismus. Diese Vision wurde auf die Weltgesellschaft ausgedehnt: Die Eindämmung von imperialer Vorherrschaft und Wettrüsten sollte Raum frei machen für eine solidarische Entwicklung in Frieden.

Diese Vision erweckte die kommunistische Utopie zu neuem Leben: die Beseitigung der Mächte des Privateigentums, eines bürokratischen Klassenstaats und der alten Klassengesellschaft sollten, so die Ursprungsvorstellungen, auf der Basis einer hohen Produktivkraftentwicklung Platz machen für eine »freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller«⁷. Mit Gorbatschow wurde diese Vision plötzlich zur materiellen Gewalt der Umwälzung genau jenes Sozialismus, der in ihrem Namen errichtet wurde. Die über viele Jahrzehnte stillgestellten Maßstäbe, die emanzipative Bewegungen an einen Sozialismus anlegen, wurden zur normativen Grundlage der Politik.⁸ Wie Gorbatschow selbst schrieb: »Die Umgestaltung ist ein revolutionärer Prozess, denn es handelt sich um einen Sprung nach vorn in der Entwicklung des Sozialismus, bei der Durchsetzung seiner Wesensmerkmale.«⁹

Im Ende erwiesen sich noch einmal gleichermaßen die Stärke wie die Schwäche dieser Utopie. In dem Augenblick, wo die realen Strukturen des Staatspartei Sozialismus durch die Führung der herrschenden Kommunistischen Partei selbst an den Visionen des demokratischen Sozialismus gemessen und entsprechend umgestaltet wurden, konnten diese einem solchen Lichte nicht standhalten und verschwanden im Orkus der Geschichte. Das immer wieder begonnene Werk eines Protestes gegen den diktatorischen Sozialismus im Namen eines Sozialismus mit »menschlichem Gesicht« wurde dieses Mal tatsächlich vollendet. Rosa Luxemburgs Wort von der Untrennbarkeit von Sozialismus und Demokratie, eingefordert während der Gewerkschaftsdiskussion 1920/21 und dem Kronstädter Aufstand, in Bucharins Verfassungsentwurf für die Sowjetunion, in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968, in den vielen Bewegungen einer sozialistisch begründeten Dissidenz zum realen Sozialismus – jetzt wurde es eingelöst und löste seinerseits den Staatspartei Sozialismus auf.

Dieses Ende ist ein Ende, das für eine faschistische Diktatur, so ähnlich manche Erscheinung war, undenkbar ist. Faschismus und Nationalsozialismus sind durch eine weitgehende Übereinstimmung von antihumanistischer Ideologie und gewaltgestützten Herrschaftsformen geprägt. Die Legitimation von Diktatur durch Rassenherrschaft, Führerkult, Volksgemeinschaft entspricht dem Wesen dieser Herrschaft. Sie steht ihrerseits nur in einem partiellen Konflikt zur kapitalistischen Wirtschaft. Dieser kann auch dadurch gelöst werden, dass sich faschistische Regime von oben reformieren, wenn die wirtschaftlich Herrschenden glauben, Kapitalismus auch ohne brutale Diktatur bewahren zu können, und die faschistischen Eliten diesem Druck nachgeben. Aber dieses Ende deckt dann nur auf, was schon vorher Tatsache war – die unheilige Nähe von entfesseltem Kapitalismus zum Faschismus. Faschismus war und ist der immer mögliche Ausweg der kapitalistischen Eliten in Zeiten, in denen ihre Herrschaft nicht mehr demokratisch aufrecht erhalten werden kann. Sie suchen dann ihr Heil bei der extremen Rechten. Ganz anders das Ende des sowjetischen Staatspartei Sozialismus: Es löste die Bindung einer radikal humanistischen Vision an eine politische Diktatur und eine Zentralverwaltungswirtschaft auf und setzt sie frei für neue emanzipative Versuche von unten.

Die Schwäche der Politik Gorbatschows ist die Kehrseite ihrer Stärke. Die Utopie des demokratischen Sozialismus erwies sich in der Stunde der Wahrheit als »leer«: Sie hatte keinen institutionellen Kern. Ihr lagen keine tragfähigen und nachhaltigen Vorstellungen über die zu schaffenden neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, die die des Staatspartei Sozialismus ablösen sollten, zugrunde, soweit sie über die von Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie hinaus gehen oder zu diesen alternativ sein sollten. Zugleich konnte sie auch keinen neuen »historischen Block« konstituieren. Weder war sie mit der Vision einer dem Kapitalismus überlegenen Produktivität noch mit einer tragfähigen alternativen Interessenkoalition verbunden.¹⁰ Die Vision verlor deshalb ihre Ausstrahlungskraft im gleichen Maße, wie die Zerstörung des Staatspartei Sozialismus vorschritt.

heit der sowjetischen Reformen und Dissidenten begann mit dem Glauben an die uralten Versprechen des Kommunismus – Gerechtigkeit, Befreiung von jeder Art der Unterdrückung und die Würde des Individuums ... Als sie feststellten, dass das totalitäre Regime statt dessen den Thron bestiegen hatte, lag ihr erstes Ziel darin, das System zu zwingen, seinen Idealen und Versprechungen gerecht zu werden.« Georgi Arbatow: Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik, Frankfurt am Main: Fischer Verlag 1993, S. 340.

10 »Historisch progressiv« ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen Produktivität, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie »die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert und so die glaubhafte Erwartung individueller »Lebensperspektiven« speist«. Wolfgang Fritz Haug: Hegemonie, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg: Argument Verlag 2004, Bd. 6/1, S. 14 f.

Der Staatspartei-Sozialismus beging in einem gewissen Sinne Selbstmord. Es war die Führung der Sowjetunion selbst, die ihn richtete im Namen jener Utopie, auf die sie sich immer berufen hatte – der kommunistischen Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Durch dieses Ende wird Glanz und Elend des Staatssozialismus selbst deutlich – Glanz der größten menschheitlichen Vision und Elend, dass sie bisher keinen anderen dauerhaften irdischen Gehalt als den einer Diktatur hatte, die zudem über kein nachhaltiges Produktivitätspotenzial verfügte, sieht man einmal ab von Tendenzen in den kapitaldominierten Gesellschaften, die über diese hinausweisen. Das Ende des Staatssozialismus hatte deshalb auch das Irr-Witzige der »plötzlichen Verwandlung einer gespannten Erwartung in nichts«¹¹.

11 Immanuel Kant: Kritik der Urteilskraft, Leipzig: Philipp Reclam jun. 1968, S. 235.

Die Demonstration vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin vollzog diese symbolische »Hin-Richtung« des Staatssozialismus, die 1985 in der Sowjetunion begonnen hatte, fünf Tage vor dem Ende der DDR als geschlossener Gesellschaft auf deutschem Boden in kürzester Form nach. Was bis Oktober 1989 in der DDR in die Nischen und die Gegengesellschaft verdrängt worden war, kam für einen kurzen Augenblick ans Tageslicht einer demokratischen Bühne, um dann – weitgehend unabgegolten – zu verschwinden.

Drei Gruppen sprachen auf dieser Demonstration – sozialistische Intellektuelle als die eigentlichen Initiatoren, die Dissidenten und führende Vertreter der untergehenden Staatspartei. Ihr erreichter Konsens war die Unumkehrbarkeit der Demokratisierung, die im Oktober herbeidemonstriert und durch das Ausbleiben einer bewaffneten Unterdrückung dieser Demonstrationen von der SED akzeptiert worden war. Stefan Heym als einer der prägenden Intellektuellen eines demokratischen Sozialismus der DDR artikuliert noch einmal jene Vision, für die so viele von ihnen in diesem ihrem Land geblieben waren: »Der Sozialismus – nicht der Stalinsche, der richtige – den wir endlich erbauen wollen zu unserem Nutzen und zum Nutzen ganz Deutschlands, dieser Sozialismus ist nicht denkbar ohne Demokratie. Demokratie aber, ein griechisches Wort, heißt Herrschaft des Volkes!«¹² Und Jan Josef Liefers forderte: »Die vorhandenen Strukturen, die immer wieder übernommenen prinzipiellen Strukturen lassen Erneuerung nicht zu. Deshalb müssen sie zerstört werden. Neue Strukturen müssen wir entwickeln, für einen demokratischen Sozialismus.«¹³

12 Annegret Hahn u. a. (Hg.): 4. November '89. Der Protest. Die Menschen. Die Reden, Berlin 1990, S. 165.

13 Ebenda, S. 123.

Die Dissidenten, die sich entschlossen hatten, auf dieser Demonstration zu sprechen, stellten nicht den Sozialismus, sondern die Forderung nach einem demokratischen Staat unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt. Im Bewusstsein der Repressionen, denen Demonstranten noch knapp einen Monat vorher ausgesetzt waren, war es für sie das Wichtigste: »Wie schaffen wir die politischen Strukturen, die ein für allemal verhindern, dass so etwas noch einmal geschieht.«¹⁴ Die zentrale Forderung war die nach freien Wahlen, so Jens Reich, »die diesen Namen verdienen. Mit Auswahl zwischen Kandidaten und verschiedenen Programmen, mit geheimer Abstimmung und fehlerfreier Zusammenrechnung. Wir wollen nicht nur Papiertüten falten.«¹⁵

14 Ebenda, S. 133.

15 Ebenda, S. 145.

Als der wichtigste Vertreter der SED sprach Günter Schabowski auf der Demonstration, oft unterbrochen durch Protestrufe. Für ihn als Noch-Mitglied im Politbüro der SED, der staatstragenden Partei, stand der Versuch im Vordergrund, »vertanes Vertrauen zurückzugewinnen«¹⁶. Noch einmal wurde die Ostbindung der DDR in den Vordergrund gestellt und der Schulterchluss zwischen Krenz und Gorbatschow als Basis einer Erneuerung gesehen.

16 Ebenda, S. 156.

Die politische Tagesordnung dieser DDR-Wende-Akteure erscheint vom Ergebnis her betrachtet als weltfremd: Keiner forderte die einfache Öffnung der Mauer, niemand sah die Vereinigung der beiden deutschen Staaten geschweige denn den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als Ziel an. Die Blicke richteten sich immer noch nach Moskau und nicht nach Bonn oder Washington. Die Bürgerinnen und Bürger, mit dem Fall der Mauer vor die freie Entscheidung gestellt, eine selbständige andere DDR zu gestalten oder aber individuell das Land in Richtung Bundesrepublik zu verlassen bzw. kollektiv der Bundesrepublik beizutreten, entschieden sich mehrheitlich für das letztere.

Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik verloren die Texte der Großdemonstration vom 4. November 1989 jeden Sinn und jede Bedeutung. Auch die Utopie des demokratischen Sozialismus verschwand – bis auf einen neuen Abruf im »lebendigen Strom der Geschichte« (Rosa Luxemburg).

Der Anfang

Auch vom Anfang soll erzählt werden. Wieder sind viele Anfänge möglich, die des Erinnerns wert sind. Jede und jeder hat seinen Anfang. Der meine sind die Zivilisationsbrüche, die den kommunistischen Revolutionen vorher gingen. Es sind die Anfänge, die die getroffenen Entscheidungen und gewählten Wege erhellen. Man geht sie auch deshalb, weil immer zurückgeblickt wird auf das Licht des Anfangs, das die Folgeschritte zu rechtfertigen scheint.

Die kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts sind Kinder von Kriegen – Weltkriegen und nationalen Befreiungskriegen. Anders als die bürgerlichen Revolutionen in England, Frankreich, Deutschland oder Italien sind sie in langandauernden Kriegen geboren worden, die große Teil der Bevölkerung der jeweiligen Länder erfasst hatten. Es war, wie Eric Hobsbawm schrieb, ein »Katastrophenzeitalter«: »Für die alte Welt ging alles schief: Weltkriege mündeten in Revolutionen und Zusammenbrüchen der Kolonialreiche, die bürgerlich-liberalen und demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten wichen in Blitzesschnelle, innerhalb von zwanzig Jahren, politischen Regimes, die man sich vor 1914 kaum hätte vorstellen können, wie Hitlers Deutschland und Stalins UdSSR.«¹⁷

Die kommunistischen Revolutionen widersprachen in jeder Hinsicht den an den bürgerlichen Revolutionen geschulten Konzepten von Marx und Engels, was auch die heftigen Auseinandersetzungen zwischen »Revisionisten« und »orthodoxen Marxisten« erklärt, die beide gezwungen waren, nach neuen Wegen zu suchen. Von einem historischen Block, der gesellschaftlich mehrheitsfähig, überlegene Antworten zugleich auf die konkreten Probleme der jeweiligen Gesellschaften und auf den westlichen Kapitalismus insgesamt ver-

17 Eric Hobsbawm: Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung, in: UTOPIE kreativ 109/110 (November/Dezember 1999) (<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3931>).

fügte und diese umzusetzen versuchte, waren die Länder mit erfolgreichen Revolutionen alle weit entfernt. Die wichtigste Aufgabe, vor die sich die Akteure dieser Länder gestellt sahen, war nicht die Schaffung einer Ordnung, die über den Kapitalismus hinausging, sondern die Beendigung jener Katastrophen, die ihre Länder heimsuchten, das Ende der Barbarei von Krieg, Verelendung, Massenmord und Kolonialismus.

Die kommunistischen Revolutionen waren Strategien sozialistischer Akteure in einer Extremsituation. Sie wurden formuliert unter den Bedingungen des alltäglichen Zivilisationsbruchs. Sie setzten sich auseinander mit einem gesellschaftlichen Zustand, in dem die alltäglichste Grundlage von Normalität, das »Du sollst nicht töten!« außer Kraft gesetzt worden war. Wie einer derjenigen, die am Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt war, später vor Gericht aussagen sollte: »Die Ereignisse dieses Abends spielten sich wie im Rausch ab. Wir hatten vier Jahre einander getötet, es kam auf einen mehr nicht an.«¹⁸

Ein solcher Zivilisationsbruch, der nicht durch die Sozialisten und Kommunisten verursacht wurde, sondern durch kapitalistische, imperialistische, kolonialistische, militaristische und rassistische Eliten, konnte in den Augen von Zeitgenossen die Ausrufung eines Ausnahmezustands legitimieren, um ihn zu stoppen. Es schien berechtigt, den Zivilisationsbruch dadurch zu beenden, dass man selbst zu Mitteln griff, die mit den Normen der Zivilisation brachen. Es waren deshalb keine Bewegungen der Transformation über die Errungenschaften bisheriger Zivilisation hinaus, sondern vor allem gegen die allumfassende Barbarei. Es waren Anti-Revolutionen – gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, gegen die alten Eliten. Sie maßen sich daran, inwieweit sie dieses *Dagegen* erfolgreich durchsetzten.

Wer wollte jenen demokratische Rechte einräumen, die vorher selbst an Krieg oder Faschismus beteiligt waren? Hatten nicht fast alle deutschen Parlamentarier, auch die der Sozialdemokratie, den Kriegskrediten zugestimmt? War nicht die Mehrheit der russischen Parteien in der gleichen Zeit auf Kriegskurs gegangen? War nicht der Nationalsozialismus in Deutschland im Rahmen der Weimarer Verfassung an die Macht gekommen? Wieso sollte ein Volk, das in seiner übergroßen Mehrheit Hitler bis zum Ende die Treue gehalten hatte, demokratische Rechte erhalten? Hatten die chinesischen Nationalisten nicht mehr die Kommunisten als die Japaner bekämpft und die weitgehende Besetzung Chinas durch die japanischen Aggressoren nicht verhindern können? Erster und Zweiter Weltkrieg, das Völkermorden und die Völkermorde waren so entsetzlich gewesen, dass der Einsatz fast jedes Mittels geboten schien, um ein »Nie wieder!« zu sichern.¹⁹

Und auch wenn es heute verdrängt wurde und kaum noch zum Alltagsbewusstsein gehört: Nach 1918 und 1945 war klar, dass die großen Katastrophen aus einem unheiligen Bündnis von Kapitalismus mit Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus sowie Militarismus hervorgegangen waren. Niemand hätte damals ernsthaft gegen den Krieg oder Faschismus sprechen können, ohne sich auch gegen den Kapitalismus (oder zumindest dessen »Auswüchse«) zu

18 Zitiert in: Elisabeth Hannover-Drück, Heinrich Hannover (Hrsg.): Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1979, S. 139.

19 1954 schrieb Bertolt Brecht in seinen »Notizen über die Zeit«: »Einige Freiheiten hätte ich heute freilich nicht, wenn es mich nach ihnen verlangte. Ich kann zum Beispiel nicht in der Art wählen, wie es in ›zivilisierten Ländern üblich ist‹. Gerne würde ich sagen, warum es mich nicht danach verlangt. Die Art der Wahlen, wie wir sie in Deutschland hatten, kann nicht ganz gut gewesen sein. Zweimal während meines Lebens wählten die Deutschen in jener zivilisierten Weise, von der die Rede ist, den Krieg. Zweimal bestätigten sie durch ›freie Wahlen‹ Regierungen, die die verbrecherischen Kriege anzettelten und sie außerdem noch verloren. Von eigentlicher Freiheit konnte wohl nicht gesprochen werden: Sie besaßen nicht die Möglichkeiten, nach Einsicht in die Notwendigkeiten zu handeln. Gelegentlich

wenden. Wie Max Horkheimer schrieb: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen.« Mit Blick auf Deutschland konnte dies auch heißen, dass die heimlich-unheimliche Kontinuität zwischen den Eliten des Hitlerregimes und Westdeutschlands blind machen konnte für die institutionellen Brüche und die Diskontinuität. Die Restauration des Kapitalismus und seiner herrschenden Klassen war gerade für offene Gegner des Faschismus, die größte Opfer gebracht hatten, schwer zu unterscheiden von der Frage, inwieweit damit auch die Möglichkeit zu einer erneuten Wendung zum Faschismus oder Militarismus offen gehalten wurde. Darüber wird später noch zu sprechen sein.

Die Schrecken der Zivilisationsbrüche einerseits und die Größe der kommunistischen Vision einer Gesellschaft, in der die Wurzeln von Krieg, Ausbeutung, Rassismus durch Gemeineigentum und Volksherrschaft beseitigt sein würden, andererseits waren es zusammen, die die Bereitschaft erzeugten, mit Rückblick auf die Katastrophen und im Vorausblick auf eine Große Freiheit auf Zeit zu Ausnahmemitteln zu greifen oder sie zumindest hinzunehmen. Wie Christa Wolf, die 1945 gerade 16 Jahre alt war, später sagen sollte: Marxismus und SED waren für mich genau das Gegenteil von dem, was im faschistischen Deutschland geschehen war. Und ich wollte genau das Gegenteil. Ich wollte auf keinen Fall mehr etwas, was dem Vergangenen ähnlich sehen könnte. Ich glaube, das ist in meiner Generation häufig so gewesen. Das war der Ursprung dieser Bindung; das war auch der Grund, warum wir so lange an ihr festhielten, nicht gegen innere Widerstände; ich sah auch später noch keine Alternative dazu.«²⁰

Die Entscheidungen für den sowjetischen Kommunismus und Staatssozialismus waren oft Lebensentscheidungen, die aus den Erfahrungen tiefgreifender traumatischer Zivilisationsbrüche getroffen wurden. Durch den Kampf gegen die Barbarei und die dabei erbrachten Opfer wurde die Wahl eines kommunistischen Lebenswegs oft unwiderruflich, entzog sich jeder Kritik. Es waren Entscheidungen größerer Teile einer ganzen Generation, nicht selten damit verbunden, verantwortlich zu werden und in Verantwortung genommen zu werden. Der Aufstieg des Staatssozialismus war der Aufstieg neuer Gruppen in der Gesellschaft. Zugleich war es ein Leben im Widerspruch zwischen kommunistisch-emanzipativer Vision und Wirklichkeit.

Die Ablösung der Gründerväter des Staatssozialismus bzw. jener, die ihn im Großen Vaterländischen Krieg in einem Meer von Blut gegen den Hitlerfaschismus verteidigt hatten, war eine Bedingung seiner humanen Auflösung. Erst als eine neue Generation an die Macht kam, war er nicht mehr »heilig«, konnte der Versuch unternommen werden, ihn gemäß seinen Idealen umzugestalten. Neue Richtungen konnten eingeschlagen werden im Namen der alten Vision.

Das Werden und das Vergehen

Das Ende des Staatssozialismus offenbarte noch einmal die humanistische Vision, der Anfang war geprägt durch den Willen, der Barbarei um fast jeden Preis Einhalt zu gebieten. Es ist dieser doppelte Zweck, der sich durch die Geschichte des Staatssozialismus hin-

habe ich auch einige jener Freiheiten genossen, welche die bürgerliche Gesellschaft in der Hoffnung gewährt, daß sie nicht sehr stören. Es war mit etwa erlaubt zu sagen, daß der Krieg zur Lebensweise der kapitalistischen Länder gehört und mitunter ihre Sterbensweise wird. Wie man weiß, habe ich dadurch Kriege nicht aufgehalten.« Bertolt Brecht: Schriften zur Politik und Gesellschaft. Bd. II, Berlin und Weimar: Aufbau Verlag 1968, S. 227 f.

20 Zit. in: Jörg Magenau: Christa Wolf. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2002, S. 43.

21 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes, Berlin: Akademie-Verlag 1967, S. 11.

durchzieht. Aber der Blick auf die Zwecke genügt genauso wenig wie auf die abgestorbene Form einer Gesellschaft, die zwischen 1989 und 1991 ihr Ende fand. Wie Hegel 1807 in seiner Vorrede zur »Phänomenologie des Geistes« schrieb: »... der Zweck für sich ist das unlebendige Allgemeine, wie die Tendenz das bloße Treiben, das seiner Wirklichkeit noch entbehrt, und das nackte Resultat ist der Leichnam, der sie hinter sich gelassen.«²¹ Weder Zweck noch Resultat bilden die Wahrheit einer historischen Formation, wie er betonte, sondern beide nur in Einheit mit ihrer wirklichen Geschichte. Wer nur auf die Absichten blickt, verkennt den objektiven Gehalt eines historischen Prozesses, wer nur auf das nackte Ergebnis im Moment des Absterbens starrt, kann die Gründe des Entstehens und der Dauer großer sozialer Erscheinungen nicht begreifen.

Die Zwecke geschichtlicher Bewegungen werden objektive Wirklichkeit, wenn sie sich mit durchsetzungsmächtigen Mitteln verbünden können. In diesen Mitteln wird der Zweck konkret. Historisch-materialistische Analyse muss deshalb vor allem auch Analyse jener Mittel sein, die soziale Akteure einsetzen, um ihre Zwecke zu realisieren, denn: Wer die Freiheit will und dazu Diktatur sät, wird Diktatur ernten. Wer Krieg gegen den Terror führt, wird einen umfassenden Weltkrieg neuer Art auslösen. Wer die Arbeitslosigkeit bekämpft, indem er Armut der Arbeitslosen schafft, wird vor allem die Armut (anderer) hervorgebracht haben. Die Mittel, so Hegel, sind (auch) »der ausgeführte Zweck«²². Es muss sich immer erst historisch erweisen, ob tatsächlich die Mittel gegeben sind und genutzt werden, damit der Gegensatz von Sollen und Sein, von reiner Subjektivität und äußerlicher Objektivität überwunden werden kann.

22 Ders.: Wissenschaft der Logik. Zweiter Teil, Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 481.

Historisch waren Sozialistinnen und Sozialisten immer wieder über die Frage der Mittel gespalten. Die Sozialreformisten verzichteten um der Wirkungsfähigkeit im Gegebenen völlig darauf, die Frage nach Mitteln zu stellen, die über kapitaldominierte Gesellschaften noch hinausweisen. Wirtschaftsdemokratie wurde auf Mitbestimmung unter den Vorgaben von Profitdominanz verkürzt, politische Demokratie auf die bessere Verwirklichung der Imperative des Standorts der Kapitalverwertung. Die sozialen Grundrechte blieben damit bestenfalls Zugeständnisse des Kapitals auf Zeit.

Die anderen, die sich als Kommunisten unter Führung der sowjetischen III. Internationale konstituierten, setzten auf die Gewalt einer zentralistisch organisierten Kraft und auf die kommunistische Diktatur als dem machtvollen Mittel, um den Katastrophen des 20. Jahrhunderts gegenüber bestehen zu können und der großen Vision einer freien und solidarischen Gesellschaft mit dieser geballten Kraft zum Durchbruch verhelfen zu können.

Eine dritte Gruppe von Sozialistinnen und Sozialisten konnte sich in der Geschichte des 20. Jahrhunderts niemals gegen die beiden anderen genannten Gruppen durchsetzen. Es waren jene, die mit der Sozialisierung und Demokratisierung auf sozialistische Weise ernst machen wollten, die nach einer positiven Überwindung der kapitaldominierten bürgerlichen Gesellschaften strebten und deren Politik auf die schrittweise Aneignung ökonomischer und politischer Macht durch die arbeitenden Klassen der Gesellschaft zielte. Sie wollten die zivilisatorischen Errungenschaften in den Dienst von sozialer

Gerechtigkeit und Volksherrschaft stellen und dabei radikalisieren. Wie Rosa Luxemburg in Auseinandersetzung gleichermaßen mit den Sozialreformisten wie den Bolschewiki schrieb: »Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Freiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu werfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.«²³

Die Unfähigkeit der Sozialreformisten, die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verhindern und den Gewalten eines entfesselten Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus sowie Faschismus wirksam zu begegnen, machte den Raum frei für eine kommunistische Alternative zu dieser Barbarei. Diese versprach, die machtvollsten Mittel einzusetzen, um die Gewalten dieser kapitalistischen Moderne und ihrer totalitären Vernichtungsmaschinerien zu stoppen – den organisierten und zentralisierten Machtapparat einer Diktatur mit kommunistischen Zielen. Die Fähigkeit des sowjetischen Parteikommunismus, der humanistischen Idee des Sozialismus und dem Kampf gegen die Barbarei derartige Mittel zur Verfügung zu stellen, war Bedingung seines frühen Erfolges und späteren Niedergangs.

Der Aufbau einer kommunistischen Einparteindiktatur, die sich auf eine Zentralverwaltungswirtschaft stützt und durch die Ideologie des Marxismus-Leninismus legitimiert wird, schien der endlich gefundene Ausweg aus der Kapitulation des Sozialreformismus und der Wirkungsschwäche des demokratischen Sozialismus. Die Konzentration der gesamten politischen, wirtschaftlichen und geistigen Macht in einer Hand und die Unterordnung der Gesellschaft unter die dort gesetzten Ziele des Kampfes gegen äußere Bedrohung und innere Zersplitterung hat sich gegen viele andere Alternativen durchgesetzt, weil sie zugleich für viele überzeugend und von durchschlagender Effizienz bei der Machteroberung war. Nur: Die Unfähigkeit, sich produktiv von diesen Formen kommunistischer Macht zu trennen, wurde zur Ursache des Untergangs des sowjetischen Staatsparteisozialismus.

Der Staatsparteisozialismus bot eine Lösung an, wie die Kräfte der Moderne sozial und zivil zu bändigen seien, wie Anarchie und Zerstörung verhindert, wie Sicherheit und Stabilität gewährleistet werden könnten: durch die radikale Unterordnung aller gesellschaftlichen Kräfte unter ein Zentrum. Daraus sollten schrittweise die Bedingungen für die spätere freie Entwicklung aller und jedes Einzelnen erwachsen. Eine möglichst schnelle gleiche Teilhabe an den Rechten wie Pflichten des kommunistischen Aufbaus wurde angestrebt. Beides macht deutlich, dass der Staatsparteisozialismus keinesfalls einfach aus der Geschichte des Sozialismus als bloße »Abweichung« gestrichen werden darf. Er hatte durchaus sozialistische Merkmale und die Erinnerung an ihn als an einen sozialistischen Versuch muss bleiben. In ihm konnten Elemente der sozialistischen Vision Wirklichkeit werden. Eine hohe soziale Gleichheit und die Verantwortung der Gesellschaft für die Möglichkeit, Grundbedürf-

23 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: Werke, Bd. 4, S. 363.

nisse nach Arbeit, persönlicher Zukunftssicherheit, Bildung oder Gesundheit gehören dazu. Es war auch ein Stück Zukunft in diesem Staatssozialismus.

Die Lösung, die der Staatsparteiisozialismus für die Probleme moderner Gesellschaften fand, war jedoch eine, die eine der wichtigsten Grundmerkmale moderner Gesellschaften vernichtete, die Fähigkeit zur ständigen innovativen Umwandlung aller ihrer Grundlagen, von Marx im »Manifest« bezogen auf den Kapitalismus beschrieben. Durch die absolute Zentralisation der Verfügungsmacht wurden alle Betriebe und Unternehmen der Fähigkeit zu innovativer Erneuerung beraubt. Indem nur eine zentralisierte politische Kraft zugelassen war und jede selbständige Positionsbildung unter dem Verdikt des Fraktionsverbots stand, gab es kaum noch Möglichkeiten der rechtzeitigen realistischen Kursveränderungen. In der dominanten Tendenz gilt: Die Verabsolutierung des zentralistischen Staatseigentums führte zur Enteignung, die monolithische Macht der Partei zur Entmachtung, das Monopol auf die wahre Lehre zur öffentlichen Bewusstlosigkeit. Wirken im Staatssozialismus war immer auch der Versuch, diesen Tendenzen zu begegnen und Gegenkräfte zu stärken.

Moderne Gesellschaften ziehen ihr Erneuerungspotenzial aus der Freiheit und Selbständigkeit vieler sozialer Kräfte in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit.²⁴ Autonomie wirtschaftlicher, politischer und geistiger Subjekte sowie ihre Kooperation und ihr Wettbewerb sind die Bedingungen von Innovation und Effizienz. In der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Konkurrenz von Staaten und Systemen überleben nur die, die diese Bedingungen bewahren. Zugleich können diese Bedingungen auch Ursache einer entfesselten Kapitaldominanz, von Diktatur, Militarismus und Rassismus werden und in Katastrophen schlimmsten Ausmaßes münden.

Der Staatsparteiisozialismus löste das genannte Grundproblem moderner Gesellschaften wie Alexander der Große den gordischen Knoten – er zerschlug es. Aus der Kontrolle über die Entwicklungspotenziale moderner Gesellschaften wurde ihre Beseitigung. Die Stagnation und das Zurückbleiben der Sowjetunion gegenüber den USA, Westeuropa oder Japan waren die notwendige Konsequenz. Es blieb bei einer nachholenden Entwicklung, die nach Phasen extensiven Ausbaus schließlich scheiterte, da keine neuen Ressourcen gewonnen werden konnten.

Der Staatsparteiisozialismus war nicht fähig, die westlichen kapitaldominierten Gesellschaften zu überwinden, da er ihnen gegenüber kein höheres Maß von freier Entwicklung der Einzelnen und auch kein höheres Maß der Verwandlung dieser Entwicklung in die solidarische Entwicklung aller zu ermöglichen vermochte.²⁵ Ohne die Erfüllung dieser beiden Bedingungen aber ist Sozialismus kein bleibender Sozialismus. Nur ein moderner, auf Freiheit gegründeter Sozialismus ist ein überlebensfähiger Sozialismus. Es mag schwer oder unmöglich sein, den Tiger der Moderne zu reiten, aber wer ihn einfach umbringt, bleibt selbst auf der Strecke. Das Problem muss neu gestellt werden.

Die Tragödie des Staatsparteiisozialismus geht aber über seine Unfähigkeit, die Gewalten der Moderne in überlegener Weise zu bändigen, hinaus. Mit dem Ziel der Unterdrückung des Kapitalismus und

24 Als moderne Gesellschaften seien alle jene Gesellschaften bezeichnet, die strukturell die Prinzipien ständiger Erneuerung durch Innovation verankert haben.

25 Vgl. dazu ausführlich: Michael Brie: Der sowjetische Staatsparteiisozialismus im Lichte der Marx'schen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«, in: Ernstger Kalbe, Wolfgang Geier, Holger Politt (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19. 9. – 20. 9. 2003. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197-233.

der politischen Gegner setzten die sowjetischen Kommunisten und ihre Nachfolger Kräfte frei, die ihrer eigenen, geschweige der gesellschaftlichen Kontrolle entglitten. Die Zentralisation der Macht in einer Partei, einer Parteispitze und letztlich bei einer Person führte zur Verfolgung, Einkerkering und Vernichtung von Angehörigen »feindlicher Klassen« und schließlich zur Verfolgung und Vernichtung der bolschewistischen Partei und ihrer Kader bis hin zur gesamten Armeeführung und Wirtschaftsleitung. Niemand hat so viele Kommunisten umgebracht wie die Führungen der kommunistischen Staatsparteien selbst.

Der Horror von Bürgerkrieg, Hunger, Terror und Zwangsarbeit erwuchs (auch) aus der Eigenlogik jener Mittel, zu denen die Kommunisten griffen, um gegen die Barbarei zu kämpfen und die sozialistische Vision zu verwirklichen. Militarismus und imperiales Expansionsstreben verankerten sich im System. In den schlimmsten Zeiten des Stalinismus hatte der Staatsparteisozialismus Formen angenommen, die selbst einen fundamentalen Zivilisationsbruch darstellten.

Die mühsame Eindämmung dieser Gewalten führte niemals zur Durchsetzung der wichtigsten politischen Freiheiten. Unkontrollierte Überwachung und willkürliche Repression konnten erst im Herbst 1989 überwunden werden. Die zeitweilige Verwandlung des Staatsparteisozialismus in eine totalitäre Diktatur war eine objektive Möglichkeit, die in seinen Strukturen angelegt war. Es waren dieselben Strukturen, die einen Widerstand dagegen so schwer machten. Sie waren es aber auch, die es erlaubten, dass ein einzelner Führer, Gorbatschow, von oben herab die Selbstdemontage des Staatssozialismus einleiten konnte. Noch einmal wirkte die Allmacht im Zentrum des Systems – bei seiner Auflösung.

Rückblickend erscheint die Bilanz des Staatsparteisozialismus auf deutschem Boden ambivalent. Er war nicht auf Dauer zu stellen und hat doch Leistungen erbracht, von denen die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wünschen, sie wären dauerhaft gewesen. Eine Befragung von Personen, die 1989 sechzehn Jahre alt waren und nun einunddreißig Jahre sind, nach den Vorzügen von DDR und BRD im Vergleich, zeigt auf, dass die Erfahrung von Freiheitsgewinn, gewachsenen Möglichkeiten der Selbstbestimmung sowie – mit zunehmenden Einschränkungen – der höheren Achtung der Menschenwürde der Verlust an sozialer Sicherheit und zwischenmenschlicher Solidarität sowie der deutlich gesunkenen Einlösung der sozialen Grundrechte gegenüberstehen. Das Recht auf Arbeit wird zunehmend zur Bedingung von Freiheit angesehen.

Das Vergehen des Staatssozialismus hat unvollständig gelöste Aufgaben hinterlassen. Wir stehen am Beginn eines neuen Katastrophenzeitalters und neuer Barbarei und totaler Herrschaft, wenn es nicht gelingt, durch eine grundlegende Transformation einen Richtungswechsel einzuleiten. Die Überwindung der Kapitaldominanz und imperialer Herrschaft werden zur Bedingung, erneute Zivilisationsbrüche zu verhindern. Neue Bewegungen haben sich der alten Aufgabe gestellt, durch eine Umgestaltung der Gesellschaft Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu verwirklichen²⁶ und für jede und jeden den sicheren Zugang zu den fundamentalen Freiheitsgütern moderner Gesellschaften zu gewährleisten²⁷.

26 Vgl. Jai Sen, Anita Anand, Arturo Escobar, Peter Waterman: Eine andere Welt – Das Weltsozialforum, Berlin: Karl Dietz Verlag 2004.

27 Vgl.: Parteiprogramm der PDS (2003).

Worin noch niemand war: Heimat

Das Ende und der Anfang, das Werden und das Vergehen, das richtige Leben oder das falsche – von vielem kann heute, fünfzehn Jahre nach dem Ende des Staatssozialismus, mit einem ersten historischen Abstand erzählt werden. Was 1989 zur Fußnote der Geschichte abgewertet wurde, als Unglücksfall und Zufälligkeit, erweist sich mir von heute gesehen und mit Blick auf Tendenzen neuer Barbarei und totaler Herrschaft als bleibendes Lehrstück der Geschichte. Deutlicher liegen wieder die Gründe der Entscheidung für diesen Sozialismus vor Augen und wichtiger wird es, die Lehren seiner Verkehrung in Diktatur und Stagnation nicht zu vergessen.

Fünfzehn Jahre danach hat aber auch Neues angefangen – wieder. Erneut wird eine andere Welt eingefordert. Und die alte Vision, die Ernst Bloch in die folgenden Worte fasste, beginnt neue Kraft zu werden: »*Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende*, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt, sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.«²⁸

28 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1985. Werke, Bd. 5, S. 1628.

WOLFRAM ADOLPHI

PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus

Skizzen zu ihrer Geschichte

Eine Geschichte der PDS ist noch nicht geschrieben. Freilich gibt es schon etliche Literatur zum Thema, aber eine Gesamtschau steht noch aus. Wer sich dem Thema zuwendet, stößt zunächst auf zwei Chroniken, von denen aber selbst die neuere nur bis 1997 reicht,¹ dann auf den gründlich kommentierten Protokollband des Außerordentlichen Parteitagess der SED/PDS² und schließlich auf eine Fülle von Titeln, die als Bausteine für eine solche Geschichte unverzichtbar sind³. Nun ist die Partei 15 Jahre alt, und es scheint, daß die Zeit gekommen ist, Vorhandenes mit Neuem zusammenzufügen und sich der Aufgabe einer umfassenden Betrachtung des Gewordenseins der Partei zu stellen.

Ich will im folgenden dazu einige Skizzen beisteuern. Es sind Skizzen voller Fragen, formuliert, um zur Diskussion anzuregen und zum Widerspruch herauszufordern. Nirgends geht es mir um fertige Urteile, und es werden bei weitem nicht alle Themenfelder berührt, die in einer solchen geschriebenen Geschichte ihren Platz haben müssen. Wichtig ist mir, daß das Thema überhaupt stärker ins Bewußtsein gerückt wird. Denn ist es nicht seltsam, daß die PDS ihren 15. Geburtstag gar nicht begangen hat? Kein Parteitreffen, keine Tagung? Und daß eine Konferenz ihrer parteinahen Bildungsstiftung – der Rosa-Luxemburg-Stiftung – zu diesem Jubiläum am 9. und 10. Dezember 2004 zwar insgesamt gut besucht wurde, aber bei den Politikerinnen und Politikern der Partei nur ein sehr eingeschränktes Interesse fand? Was ist los mit dieser Geschichte in der Partei? Ist der Alltag so mächtig, absorbiert er so sehr alle Kraft und Aufmerksamkeit, daß sie in ihm nicht mehr atmen kann, sondern erstickt? Aber Geschichte bahnt sich immer ihren Weg, ist immer präsent im heutigen Tun, nur: Welche Teile von Geschichte in welcher Form und Stärke zur Wirkung kommen, ist eine Frage von Deutungsmacht, und wer Deutungsmacht aufgibt, gibt auch Zukunft auf. Kann sich die Partei des Demokratischen Sozialismus das leisten?

Mit den hier vorgelegten Skizzen knüpfe ich an Überlegungen an, wie ich sie im Winter 2003/2004 mit der Kommentierung von Texten und Reden von Michael Schumann (1946-2000), einem der führenden Theoretiker der PDS, begonnen habe.⁴ Unmittelbare Anregung entnehme ich vor allem zwei der in diesem Band versammelten Schumann-Arbeiten: den Vorträgen »Politik ohne Ideologie?«, gehalten in Leipzig im Mai 1997, und »Theorie, Ideologie und Politik im Kontext sozialistischer Erneuerung«, gehalten in Moskau im September 2000.⁵

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur bei »UTOPIE kreativ«; in der Zeitschrift Veröffentlichungen vorwiegend zur Geschichte und Gegenwart der internationalen Beziehungen und zur Geschichte der PDS; zuletzt »Wohlfeile Keule und geistige Selbstverstümmelung. Zwei neue Bücher mit ›linkem‹ Antiamerikanismus-Vorwurf«, Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 662-671. Foto: privat

1 Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989-1994. Erarbeitet von Otfried Arnold, Frank Schumann, Edwin Schwertner, Reinhard Thyzel und Helmut Zessin, Berlin 1995; Chronik der PDS 1989-1997. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998.

2 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Herausgegeben von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999.

3 Das ist zunächst eine umfangreiche Erinnerungs- und Selbstzeugnisliteratur: von Prof. Dr. Lothar Bisky (1993-2000 und dann wieder seit 2003 Parteivorsitzender der PDS, 1990-2004 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg) siehe z. B.: Wut im Bauch. Kampf um die PDS 29. November bis 7. Dezember 1994. Erlebnisse – Dokumente – Chronologie, Berlin 1995; Der »Brandenburger Weg«. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999; von Dr. sc. André Brie (zeitweilig stellvertretender Parteivorsitzender, wiederholt in den Parteivorstand gewählt, mehrfach Wahlkampfleiter der PDS, seit 1999 Mitglied der Gruppe der PDS im Europäischen Parlament) siehe z. B.: Befreiung der Visionen. Für eine sozialistische Erneuerung, Hamburg 1992; Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, Berlin 1996; von Dr. Gregor Gysi (Parteivorsitzender der PDS von 1990 bis 1993, Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR von März bis Oktober 1990, 1990-1994 Vorsitzender der Gruppe der PDS-Linke Liste, 1994-1998 der Gruppe der PDS und 1998-2000 der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag, von Januar bis Juli 2002 Wirtschaftssenator und Bürgermeister von Berlin) siehe z. B.: Das war's. Noch lange nicht!, Düsseldorf 1995; Ein Blick zurück, ein Schritt

Der Beginn

Der Beginn der Geschichte der PDS ist nicht mit der Nennung eines einzigen Datums bestimmt. Die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) hat keinen eigentlichen Gründungstag. Sie war keine Neugründung. Sie entwickelte sich aus einer bereits existierenden Partei – der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) – heraus. Formal an den Eckdaten gemessen erstreckte sich der Entstehungszeitraum der PDS von Dezember 1989 bis Februar 1990: vom Außerordentlichen Parteitag der SED mit zwei Tagungsabschnitten – dem ersten am 8. und 9. und dem zweiten am 16. und 17. Dezember 1989 – bis zum 1. Parteitag der PDS am 24. und 25. Februar 1990. Im zweiten Tagungsabschnitt des Außerordentlichen Parteitages der SED am 16. und 17. Dezember 1989 beschlossen die über 2700 Delegierten die Umbenennung der SED in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 beschloß der im Dezember gewählte Parteivorstand, den Doppelnamen SED-PDS durch den Namen PDS zu ersetzen.

Der inhaltliche Umwandlungs- und Erneuerungsprozeß von der SED zur PDS ist mit diesen Eckdaten nicht erfaßt. Er hat eine Vorgeschichte, die in die Mitte der achtziger Jahre (Einfluß der Perestrojka in der Sowjetunion auch auf die SED) zurückreicht, und er ist bis heute nicht abgeschlossen. Die Entwicklung einer Partei des demokratischen Sozialismus, agierend in einem demokratisch verfaßten, rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Gemeinwesen, heraus aus einer stalinistischen Staatspartei, die sich die Verwirklichung der »Diktatur des Proletariats« zur Aufgabe gemacht hatte und dafür Menschenrechte verletzte, sozialistische Grundsätze verriet und sich schließlich als unfähig erwies, der Gesellschaft eine Perspektive zu eröffnen, kann nicht in wenigen Monaten oder Jahren geschehen, sondern nur als langwieriger, widerspruchsvoller und komplexer Vorgang begriffen werden. An diesem Vorgang ist selbstverständlich die PDS nicht allein beteiligt. Er vollzieht sich in enger Wechselwirkung mit der Gesellschaft, die sich ihrerseits in ständiger Bewegung befindet, womit auch die Maßstäbe für die Veränderung der PDS und die Anforderungen an diese Veränderung einem ständigen Wandel unterliegen.

Das Herkommen

Mit der Feststellung, daß die PDS keine Neugründung darstellt, sondern aus der rasch in sich zusammenfallenden, eben noch allmächtigen und Tage später schon nur noch von anderen getriebenen SED herausgewachsen ist, verbindet sich eine andere: Die PDS ist kein »Kind der Wende«. Sie hat den Umbruch weder mit herbeigeführt, noch hat sie sich eingefügt – oder ist sie eingefügt worden – in den Strom der mit der Wende bis zum März 1990 entstehenden oppositionellen Parteien und Bewegungen. Sie ist nicht das Produkt des politischen Willens des aufbegehrenden Volkes, sondern das Produkt des Versuches eines Teils der SED, unter dem Druck dieses aufbegehrenden Volkes – und auch ausdrücklich gegen einen Teil von ihm – einen Teil der Parteimitgliedschaft, einen Teil der in der Partei existierenden sozialistischen Ideale, einen Teil der Parteistrukturen und einen Teil des Parteivermögens zu erhalten. Sie ist nicht das Resultat eines Zusammenflusses vieler ganz unterschiedlicher, in den Wo-

chen des Zusammenbruchs der DDR entstandener kleinerer und größerer Strömungen, die in Opposition zur SED nach demokratischer Erneuerung einer sozialistischen DDR und nach emanzipatorischer Parteien-, Gewerkschafts- oder Bewegungsentwicklung strebten, sondern statt all dessen das Resultat des fundamentalen Scheiterns der herrschenden Partei selbst. Sie ist eher das Resultat von Reaktion (auf den von anderen getragenen Umbruch) denn das Resultat von Aktion (die den Umbruch mitgestaltet). Und: Sie blieb auch nach dem Rücktritt des SED-Politbüros am 3. Dezember 1989 trotz ihrer nun gänzlich anderen Lage, in der sie über reale Macht kaum noch verfügte, Regierungspartei, blieb die Partei des Ministerpräsidenten, blieb die Partei, gegen die sich das Wirken der Opposition richtete. Das änderte sich erst mit den freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990, als die Regierungsgewalt an die CDU-SPD-Koalition übergang. Erst dann beginnt die Geschichte der PDS als Opposition.

Dies festzustellen ist für das Verständnis sowohl der Geschichte der PDS als auch ihres heutigen Wirkens bedeutsam. Es schärft sich der Blick dafür, daß bei einer Periodisierung der Geschichte die erste Phase von Dezember 1989 bis März 1990 in mehrere hart voneinander abgesetzte Unterabschnitte eingeteilt werden muß, von denen jeder einzelne schwerwiegende Folgen für die gesamte Parteientwicklung zeitigte, und es tritt zugleich die widerspruchsvolle Gleichzeitigkeit zweier Prozesse zutage, die die Situation und das Wirken der meisten PDS-Mitglieder – auszunehmen sind nur die wenigen in dieser Zeit eingetretenen Neumitglieder – in dieser Phase bestimmte: Sie waren nicht einfach nur Erben der untergegangenen SED, sondern als deren Mitglieder auch Träger von – natürlich unterschiedlich zu gewichtender – Verantwortung, sie waren Mitglieder der Noch-Regierungspartei, und sie fühlten sich zugleich mit Recht als eine im Verhältnis zur alten SED-Führung innerparteiliche Opposition – zu der die meisten von ihnen freilich erst geworden waren, als durch den Druck des aufbegehrenden Volkes der Führung die Unterdrückungsmittel aus der Hand geschlagen waren.

Im Grunde bestand die SED-PDS in den ersten Wochen ihrer Existenz aus drei verschiedenen Parteien: *erstens* aus einer (sehr kleinen) Partei derjenigen, die bereits seit 1987/88 Überlegungen zu einer grundlegenden Reformierung der SED erarbeitet hatten und somit am ehesten darauf vorbereitet waren, gemeinsam mit denjenigen neuen, aus oppositionellen Gruppen hervorgegangenen Parteien und Bewegungen, die dies ebenfalls wollten – und von denen sie auch anerkannt wurden –, einen tiefgreifenden Umbau der sozialistischen Gesellschaft in Angriff zu nehmen; *zweitens* aus einer (großen) Partei derjenigen, die bis zum Oktober/November 1989 dem Kurs der SED gefolgt waren, dies aber mit einem wachsenden Unbehagen und zunehmender Kritik getan hatten und nun froh darüber waren, eine neue Perspektive zu gewinnen, und bereit dazu, diese neue Perspektive auch selbst mitzugestalten; und *drittens* aus einer (ebenfalls großen) Partei derjenigen, die einen radikalen Umbau nicht für notwendig erachteten, sich der Radikalität der Auseinandersetzung mit der Geschichte verweigerten und das Bewahren und Verteidigen in den Vordergrund stellten.

nach vorn, Hamburg 2001; Was nun? Über Deutschlands Zustand und meinen eigenen, Hamburg 2003; von Prof. Dr. Christa Luft (17. 11. 1989-18. 3. 1990 Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung der DDR, Mitglied der Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR von März bis Oktober 1990, 1990-1994 der Gruppe der PDS-Linke Liste, 1994-1998 der Gruppe der PDS und 1998-2002 der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag, mehrfach in den Parteivorstand der PDS gewählt) siehe z. B.: Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991; Die nächste Wende kommt bestimmt, Berlin 1994; Abbruch oder Aufbruch? Warum der Osten unsere Chance ist, Berlin 1998; von Dr. Hans Modrow (Ministerpräsident der DDR vom 17. 11. 1989 bis zum 18.3.1990, Ehrenvorsitzender der PDS, Mitglied der PDS-Fraktion in der Volkskammer 1990, der Gruppe der PDS-Linke Liste im Deutschen Bundestag 1990-1994 und der Gruppe der PDS im Europaparlament 1999-2004) siehe z. B.: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991; (in Zusammenarbeit mit Hans-Dieter Schütt): Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998; Von Schwerin bis Strasbourg, Berlin 2001; von Gerhard Zwerenz (1994-1998 Mitglied der Gruppe der PDS im Bundestag): Krieg im Glashaus oder Der Bundestag als Windmühle, Berlin 2000. Eine – allerdings unkommentierte – Herausgabe von Gysi-Texten siehe in: Gregor Gysi: Einspruch! Gespräche, Briefe, Reden, hrsgg. von Hanno Harnisch und Hannelore Heider, Ber-

lin 1992. – Des weiteren siehe z. B.: Klaus Höpcke (März bis Oktober 1990 Mitglied der PDS-Fraktion in der Volkskammer, dann bis 1999 Mitglied der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag); Geordnete Verhältnisse. Streitbares aus dem Thüringer Landtag, Schkeuditz 1996; Dr. Dietmar Keller (in der Modrow-Regierung Kulturminister der DDR, März bis Oktober 1990 Mitglied der Fraktion der PDS in der Volkskammer, 1990–1994 Mitglied der Gruppe der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und dort Vertreter der PDS in der Enquête-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«); Minister auf Abruf. Möglichkeiten und Grenzen von 121 Tagen im Amt, Berlin 1990; Christine Ostrowski (Stadtvorsitzende der Dresdner PDS 1990–2000, Mitglied der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 1994–1998 und im Bundestag 1998–2002); Im Streit, Querfurt 1993; Irene Runge, Uwe Stelbrink; Gregor Gysi: »Ich bin Opposition«, Berlin 1990; und: Gisela Oechelhaeuser; Lothar Bisky: »So tief bücke ich mich nicht!«, Berlin 1993. Weitere Arbeiten, die als Bausteine Verwendung finden müssen, sind z. B. (in der zeitlichen Reihenfolge ihres Erscheinens): Gregor Gysi (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990; Dietmar Keller: Minderheitenvotum der PDS zum Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, hrsgg. von PDS/Linke Liste im

Die Dreiteilung wirkt bis heute fort. Es wird auf die Periodisierung und auf die Langzeitwirkung der Entwicklungen und Entscheidungen insbesondere der ersten Wochen der Existenz der PDS weiter unten noch zurückzukommen sein.

Die Erfolgsgeschichte

Die Geschichte der PDS ist in vieler Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Wahlergebnisse in den Mittelpunkt der Analyse stellt – und ganz gewiß sind diese Wahlergebnisse in der parlamentarischen Demokratie ein herausragendes Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg einer Partei. Die PDS ist von den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 an immer in die höchste Volksvertretung gewählt worden – zunächst in die Volkskammer, dann, seit dem 2. Dezember 1990, auch immer in den Bundestag –, sie hat sich in den Landtagen der ostdeutschen Bundesländer (außer Berlin) aus einer Partei mit Resultaten knapp über 10 Prozent der Stimmen zu einer Partei mit stabil über 20 Prozent entwickelt, hat in den Ostbezirken Berlins häufig über 30 Prozent erreicht und 2001 auch in Berlin insgesamt bei über 20 Prozent gelegen, ist in allen ostdeutschen Kreistagen und ungezählten Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen präsent, stellt einige Landräte und eine beachtliche Zahl an Bürgermeistern und Bezirksbürgermeistern und hat auch in den westdeutschen Bundesländern auf der kommunalen Ebene Wahlerfolge zu verzeichnen.

Von 1990 bis 2002 kann man – alle Wahlen zusammengenommen – von einem beständigen Wachstum an Wählerzuspruch sprechen. Erst 2002 gab es erste ernst zu nehmende Rückschläge: Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt blieb das prozentuale Ergebnis gegenüber 1998 konstant, aber die absolute Stimmenzahl sank in bemerkenswertem Umfang; bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern sank das prozentuale Ergebnis; und bei den Bundestagswahlen gelang es nicht, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, womit sich die Präsenz der PDS im Bundestag auf die beiden Gewinnerinnen von Direktmandaten, Gesine Löttsch und Petra Pau (beide in Berlin), reduzierte.

Der sich zu diesem Zeitpunkt abzeichnende Abwärtstrend – verschärft durch einen starken Ansehensverlust der PDS in Berlin, wo nach dem Wahlerfolg vom Herbst 2001 mit anschließender Bildung eines SPD-PDS-Senats im Juli 2002 Bürgermeister und Wirtschaftsminister Gregor Gysi (PDS) im Gefolge einer »Freiflugaffäre« zurück trat – wurde im Jahre 2004 durch den Wiedereinzug der Partei ins Europaparlament mit bis dahin auf Bundesebene noch nie erreichten sechs Prozent der Wählerstimmen und durch Rekordwahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Thüringen (26,1 Prozent), Brandenburg (28 Prozent) und Sachsen (23,6 Prozent) zumindest aufgehoben, mit Zugewinnen an absoluten Stimmen zum Teil sogar umgekehrt.

Die Wahlerfolge der PDS gründen sich auf viele und sehr unterschiedliche Faktoren, die bei den jeweiligen Wahlen auch ein unterschiedliches Gewicht besitzen. Die unterschiedliche Gewichtung durch die Wählerinnen und Wähler differiert dabei nicht nur nach der Ebene der Wahlen – Bundestag, Europaparlament, Landtage, Kommunalwahlen –, sondern auch nach dem Zeitpunkt der Wahlen

und nach der jeweiligen Politik der anderen Parteien. Gewürdigt werden: die Ernsthaftigkeit des Erneuerungsprozesses der Partei; die Programmatik der Partei; das Image; die politische Kompetenz; Offenheit, Bürgernähe, Erkennbarkeit; das persönliche Engagement gut bekannter Politikerinnen und Politiker. Daneben und gleichzeitig gibt es aber immer auch den ganz »einfachen« Faktor »Protest«. Eine Stimme für die PDS ist nicht immer ein »Ja« zu genau dieser Partei, sondern nicht selten nur ein »Nein« zu allen anderen Parteien.

Die Schwierigkeit der Selbstreflexion

Die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Faktoren, die die Wahlerfolge der PDS begründen, stellt für die Lageanalyse und die Entwicklung der Programmatik und der Strategie der Partei schon immer ein großes Problem dar – was allerdings in der Partei zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich reflektiert worden ist. Auf eine Phase besonders intensiven und heftigen Streits um den Kurs der Partei in den Anfangsjahren folgte in den Jahren von etwa 1994 bis 2000 – parallel zur ziemlich stabilen Verbesserung der Wahlergebnisse – eine Zeit der abgeschwächten Auseinandersetzungen. Der Münsteraner Parteitag im Jahre 2000 mit dem Scheitern des Vorstandsantrages zur Einzelfallprüfung bei der Haltung der PDS zu Blauhelmeinsätzen machte deutlich, daß die Unterschiede in den Auffassungen nicht wirklich geklärt, sondern nur überdeckt worden waren.

Nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen im September 2002, bei denen die PDS statt 5,1 Prozent und vier Direktmandaten wie noch 1998 nur 4,1 Prozent und zwei Direktmandate erreichte, womit sie erstmals in ihrer Existenz im Bundestag nicht einmal Gruppenstatus gewann, brachen die konzeptionellen Konflikte offen aus, und es traten zugleich die Schwächen in der Analysefähigkeit ungeschminkt zutage. Dies führte zu einer tiefen Krise der Partei, die sich mit der Zurückholung von Lothar Bisky ins Amt des Parteivorsitzenden 2003 abschwächte, bevor es dann 2004 zu den erwähnten Wahlerfolgen kam.

Hier nun stellt sich die Frage, was in der Zeit von Mitte 2003, da die PDS bei bundesweiten Umfragen im 3-Prozent-Bereich lag, bis Mitte 2004, da sie zeitweilig die 7-Prozent-Marke berührte – was mehr als eine Verdoppelung des Wählerzuspruchs darstellt –, im Bereich von Programmatik, Strategie, Image und politischer Schwerpunktsetzung so entschieden umgebaut worden ist, daß damit diese gewaltigen Veränderungen erklärt werden könnten. Oder sind es in der Hauptsache ganz andere Faktoren, die sowohl im Niederlagen wie auch im Erfolgsfalle die Wahl- und Umfrageergebnisse begründen? Ist eine 5-Prozent-Partei viel stärker von äußeren Faktoren abhängig als von inneren?

Innere und äußere Faktoren

Die Geschichte der PDS gibt darauf keine eindeutigen, aber bedenkenswerten Antworten. Ein zumindest sehr großes, wenn nicht gar überwiegendes Gewicht hatten äußere Faktoren in Gestalt der Politik anderer Parteien in mindestens den folgenden drei für die PDS positiven Fällen: beim Bundestagswahlkampf 1994, als die »Rote-Strümpfe«-Kampagne der CDU einen Teil der Wählerschaft dazu er-

Deutschen Bundestag, Bd. III, Bonn/Berlin 1994, S. 9-86; Gerhard Zwerenz: Links und lahm, Hamburg 1994; Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer (Hrsg.): Die PDS. Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996; André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997; Frank Schumann, Edwin Schwertner, Helmut Zessin (Hrsg.): Ankunft in Deutschland. Zehn Jahre Partei des Demokratischen Sozialismus. Briefe und Meinungsäußerungen von 1989 bis 1999, Berlin 1999; Michael Brie: Die PDS. Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität. Texte 1 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2000; Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Schriften 4 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2000; Dietmar Wittich: Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten, Hamburg 2001; und der Beitrag von Dietmar Keller »Der Versuch einer wirklich demokratischen Republik« in dem Buch: Reiner Eppelmann, Dietmar Keller: Zwei deutsche Sichten. Ein Dialog auf gleicher Augenhöhe, hrsgg. von Christian v. Dittfurth, Bad Honnef 2000. An Arbeiten von außerhalb der PDS seien hervorgehoben: Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996; Eva Sturm: »Und der Zukunft zugewandt«? Eine Untersuchung zur »Politikfähigkeit« der PDS, Opladen 2000; Jürgen P. Lang:

Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; ferner die Bücher des von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung geförderten Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992; Ders. (in Zusammenarbeit mit Jürgen Lang und Viola Neu): Was will die PDS?, Berlin 1994; Ders., Rita Schorpp-Gradick: Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit. Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002. Von Viola Neu siehe in den Folgejahren verschiedene Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einzelnen Themen der PDS-Entwicklung. – Eine Gesamtdarstellung, die vor allem die Rolle der PDS als ostdeutsche Regionalpartei hervorhebt, hat der an der Universität von Perth, Australien, tätige Sozialwissenschaftler Franz Oswald vorgelegt: The Party That Came Out of the Cold War. The Party of Democratic Socialism in United Germany (Die Partei, die aus dem Kalten Kriege kam. Die Partei des Demokratischen Sozialismus im vereinigten Deutschland), Westport, Conn. 2002.

4 Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnungen PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Texte 12 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2004.

5 Ebenda, S. 121-129 und S. 177-183.

munterte, die PDS »nun erst recht« zu wählen und der regierenden CDU/CSU, deren Sieg über die SPD als sicher gelten konnte, damit einen Denkkzettel zu erteilen; bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001, als sich die bis dahin regierende Koalition aus CDU und SPD durch Bankenskandal und Korruptionsaffären im Übermaß selbst diskreditiert hatte; und bei den Europawahlen und den ostdeutschen Landtagswahlen (Thüringen, Brandenburg und Sachsen) im Jahre 2004, als der von der SPD geführten Bundesregierung und der mit ihr in dieser Frage paktierenden CDU/CSU (in Thüringen und Sachsen bis dato außerdem allein regierend und in Brandenburg an einer SPD-CDU-Koalition beteiligt) die Quittung für den in »Hartz IV« kulminierenden Kurs der Zerschlagung des Sozialstaates ausgestellt werden sollte. Mit für die PDS negativer Wirkung waren von mindestens großem, möglicherweise aber auch überwiegendem Gewicht die äußeren Faktoren bei den Bundestagswahlen 2002, als die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen der PDS das überaus wichtige Thema Friedenserhaltung durch ihre Ablehnung einer Beteiligung an der von den USA geplanten Invasion im Irak »stahlen« und außerdem beim Hochwasser in den ostdeutschen Bundesländern durch rasche Hilfeleistung ihrem bereits ins Wanken geratenen sozialen Anspruch und dem ebenfalls nicht mehr überzeugenden Engagement im Osten neue Glaubwürdigkeit zu verleihen vermochten.

»Äußerer Faktor« ist bei einer solchen Betrachtung übrigens nicht nur die konkrete Aktion der anderen Parteien selbst, sondern auch das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen CDU/CSU auf der einen und SPD/Bündnis 90-Die Grünen auf der anderen Seite. Wenn dieses Verhältnis eine der beiden Seiten mit relativ klarem Vorsprung sieht – wie das bei den Bundestagswahlen 1994 zugunsten der CDU/CSU und 1998 zugunsten von SPD/Bündnis 90-Die Grünen der Fall war –, fällt es der Wählerschaft offensichtlich leichter, sich für die PDS auszusprechen, als dann, wenn – wie 2002 – dieses Verhältnis auf der Kippe steht. In diesem letzteren Falle gibt es den starken Hang zum »kleineren Übel« – also zu SPD und Grünen.

Bei all dem ist immer zu bedenken, was mathematisch ganz selbstverständlich ist, aber bildhafter Aufhellung bedarf, um richtig eingeordnet werden zu können: Ein Abstieg von 5 auf 4 Prozent der Wählerstimmen bedeutet den Verlust von einer Wählerstimme auf 100. Eine Wählerin/ein Wähler von 100 geht verloren. Es ist bei der deutlich gewachsenen »Mobilität« der Wählerschaft – also ihrer Bereitschaft, schnell von der einen zur anderen Partei oder zur Nichtwählerschaft zu wechseln – zunehmend schwieriger, sich diesen einen von hundert Wählern in seinen Motiven und Ansichten konkret vorzustellen.

Soll mit einer solchen Darstellung äußerer Faktoren von der Parteientwicklung selbst, von den sie bestimmenden richtigen und falschen Entscheidungen, abgelenkt werden? Mitnichten. Es geht um das richtige Maß – und das, so scheint mir, ist sowohl im Falle der Niederlage bei den Bundestagswahlen im Jahre 2002 als auch im Falle der Erfolge des Jahres 2004 in der Partei insgesamt noch nicht gefunden worden. In beiden Fällen gab es eine Überbetonung der inneren Faktoren. Im Falle der Niederlage wurde diese Überbetonung benutzt für

scharfe Machtkämpfe innerhalb der Partei und zugleich für eine bis heute nachhallende, tiefgreifende Schwächung dessen, was in der Partei selbst gern als »Bundespartei« bezeichnet wird und nach dem Verlust der Bundestagsfraktion eigentlich nur noch den Parteivorstand und die beiden direkt gewählten Bundestagsabgeordneten mit ihren (kleinen) Büros sowie die an den Parteivorstand angeschlossenen (nur noch wenigen und relativ kleinen) Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften und Interessengemeinschaften meinen kann.

Kritiker der Überbetonung der inneren Faktoren sahen sich rasch in den Ruf von »Entschuldigern« und »Herunterspielern der eigenen Fehler« gebracht. Darum geht es aber nicht. Es geht vielmehr darum, den Blick für die notwendigen *strategischen* Veränderungen zu gewinnen, und das geht nur, wenn die äußeren Faktoren gründlich bedacht werden und die Debatte nicht auf die inneren Probleme beschränkt bleibt. Und diese Debatte der inneren Probleme hatte zudem noch einen entscheidenden Fehler: Es war eine selektive Debatte. In den Landes- und Kreisverbänden sah man kaum Anlaß, die Niederlage als die eigene zu begreifen – man sah die Niederlage als Angelegenheit der »Bundespartei«, die entscheidenden Fehler waren »oben« gemacht worden (und es gab auch nur »oben« personelle Konsequenzen – womit freilich die Bundestagsfraktion als Ganzes gemeint war).

Ganz anders im Falle der Erfolge des Jahres 2004. Hier diente die Überbetonung der inneren Faktoren auf *allen* Ebenen zur Bestätigung der Richtigkeit des Weges, ohne daß aber die Veränderungen in Wahlprogrammatik und Image, die es nach 2002 gegeben hatte, wie auch die neuerlichen Schwächen und eben die bei den Landtagswahlen geradezu sensationell hohe Zustimmung zur PDS, die es schon einen Monat später so nicht mehr gegeben hätte, umfassend thematisiert worden wären. 23 Direktmandate waren in Brandenburg erreicht worden, bei den Wahlen 1999 waren es nur 5 gewesen – es liegt auf der Hand, daß dies weder allein noch überwiegend auf innere Faktoren zurückgeführt werden kann. Die äußeren Faktoren sind es, die hier entscheidend waren, und sie genau zu erkennen ist für die Strategieentwicklung wesentlich.

Maßstab Wahlen – und sonst nichts?

Aber sprechen die Wahlergebnisse nicht eine so deutliche Sprache, daß sich alles tiefergehende Analysieren erübrigt? Man kann, verfolgt man die Wahlen seit 1998, zu der Auffassung gelangen, daß es in der PDS tatsächlich eine starke Strömung gibt, die eine solche Auffassung vertritt und ihre Politik entsprechend gestaltet.

Angesichts dessen muß an Folgendes erinnert werden: So wichtig und demokratie-konstituierend die Wahlen sind – sie haben in der tiefen, dann zum Faschismus führenden Krise der Weimarer Republik den Aufstieg der NSDAP nicht nur nicht zu verhindern vermocht, sondern es ist dieser Aufstieg entscheidend per Wahlen geschehen. Und obwohl der KPD noch bei den Reichstagswahlen im November 1932 sechs Millionen und selbst bei den nach der faschistischen Machtergreifung am 5. März 1933 4,8 Millionen Menschen ihre Stimme gaben, wurde sie unmittelbar danach ohne nennenswerten Widerstand der Gesellschaft von der politischen Bühne gewischt,

und bedeutende Teile ihrer Wählerschaft wechselten direkt zur NSDAP.

Dieses Menetekel verweist auf die unbedingte – ja: unbedingte! – Notwendigkeit, aufs genaueste zu prüfen, was hinter den jeweiligen Wahlergebnissen steht. Nicht nur das Tagesergebnis ist entscheidend, sondern Tendenzen sind wichtig, und vor allem: Es gilt, sich dessen bewußt zu sein, daß es neben den Wahlergebnissen auch andere Kategorien zur Bestimmung des tatsächlichen Erfolges von Parteien gibt. Und diese anderen Kategorien können unter Umständen sogar wichtiger sein als das Wahlergebnis selbst.

Die Frage der kulturell-ideologischen Hegemonie

Die entscheidendste unter diesen Kategorien ist die der kulturell-ideologischen Hegemonie.

Von dieser Hegemonie ist die PDS sehr viel weiter entfernt, als das ihre Beteiligung an Landesregierungen und ihre Wahlergebnisse in den östlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) vermuten lassen. Oder noch schärfer ausgedrückt: Selbst dort, wo die PDS an der Regierung beteiligt ist, wird sie vielfach noch als nur halb-legal wahrgenommen und behandelt und verhält sich selbst auch so, ist also meilenweit davon entfernt, im Kampf um diese Hegemonie, die immer stärker vom Neoliberalismus ausgeübt wird, ein hörbares Wort mitreden zu können.

Ein Wort mitreden zu können, das heißt: in Bündnisse hineinzugehören, die das Potential besitzen, der Hegemonie des Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen zu können. Diese Bündnisse dürfen selbstverständlich nicht auf Parteien beschränkt bleiben, sie müssen Gewerkschaften, Bewegungen, Initiativen, Kirchen und Einzelpersonen einschließen; sie sind auch keine stabilen Institutionen, sondern dynamische Verhältnisse mit wechselndem Gewicht der einzelnen Partner und unterschiedlich engen Bindungen der Partner untereinander. Voraussetzung dafür, in solchen Bündnissen wirken zu können, sind vor allem programmatisches Profil – das heißt auch: an bestimmten Punkten programmatische Alleinstellung – und zugleich Offenheit, Attraktivität, Toleranz und Kompromißfähigkeit.

Und diese Bündnisse: Sie müssen die Kraft entwickeln, im Medienhauptstrom gehört, beachtet, widergespiegelt zu werden – einem Medienhauptstrom, der bei der Verbreitung neoliberaler Ideologie – ja, es *ist* Ideologie! – eine Hegemonie völlig neuer Qualität und völlig neuen Ausmaßes erreicht hat.

Öffnung oder Verengung

Dies ist der Punkt, wo an die Wurzeln der PDS zurückgegangen, ihre Entstehungsgeschichte neu befragt werden muss. Dabei interessieren insbesondere jene Momente, wo sich die Partei entweder besonders öffnete oder besonders verengte.

Eine erste, bis heute noch kaum in all ihrer Bedeutung reflektierte Verengung gab es schon wenige Tage nach dem eigentlich auf Öffnung gerichteten – und auch Öffnung bewirkenden – Außerordentlichen Parteitag. Gemeint ist die 250 000 Teilnehmer vereinigende Kundgebung am 3. Januar 1990 am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Dieses Ehrenmal war einige Tage zuvor mit national-

stischen und antisowjetischen Schmierereien besudelt worden. Da die Täter nie gefaßt wurden, es keine vergleichbaren Anschläge anderswo in der DDR gab und einige der auf der Kundgebung gehaltenen Reden restaurativen Charakter trugen, lag auf der Veranstaltung von Beginn an ein Schatten, der nie beseitigt werden konnte. Nach dieser Kundgebung verließen viele erneuerungswillige Intellektuelle demonstrativ die Partei – ein intellektueller Aderlaß, von dem sich die Partei nie erholte. Die scharfen Auseinandersetzungen im Januar 1990 um eine Auflösung der Partei – die auf dem Außerordentlichen Parteitag noch einmütig abgelehnt worden war – und die Bildung kleiner neuer linker Parteien und Gruppen waren Ausdruck dieses Aderlasses und dieser Verengung.

Verengend wirkten in der Periode 1990/91 weiter der Finanzskandal – eine Gruppe von Funktionären hatte im Oktober 1990 versucht, eine Summe von 107 Mio. DM Parteigeldern auf einem Moskauer Konto zu deponieren, worauf es zu einer neuerlichen tiefen Krise der Partei kam – und das Bekanntwerden von Fällen früherer »informereller Mitarbeit« (IM) von PDS-Funktionären im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Eine heftige, zunächst auf Öffnung gerichtete, in der Art der Bewältigung letztlich aber verengend wirkende Erschütterung gab es dann noch einmal im Februar/März 1993 mit einer außerordentlich kontroversen Debatte um die Rede von Bundestagsmitglied Dietmar Keller, Vertreter der PDS in der Enquête-Kommission des Bundestages Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«.

Der Verengung entgegen wirkten in den folgenden Wahlkämpfen die offenen Listen der PDS, die Anstrengungen, in den westlichen Bundesländern und in Westberlin Mitglieder und Verbündete zu gewinnen, und die Entwicklung von Parteistrukturen, die es auch Nichtmitgliedern ermöglichte, an der Arbeit der Partei und ihrer Gliederungen einschließlich der Arbeits- und Interessengemeinschaften teilzunehmen. Den Höhepunkt auf dem Weg der offenen Listen stellte die Bundestagswahl 1994 dar, als mit Stefan Heym, Gerhard Zwerenz und Heinrich v. Einsiedel drei herausragende, in der Öffentlichkeit weithin bekannte Repräsentanten eines demokratisch-sozialistischen, antifaschistischen und parteiunabhängigen Denkens und Handelns für eine Kandidatur auf den Listen der PDS gewonnen werden konnten. Die von der CDU/CSU-Fraktion demonstrativ mit eisigem Schweigen aufgenommene Eröffnungsrede von Alterspräsident Stefan Heym zur Eröffnung des 13. Deutschen Bundestages gehört zweifellos zu den bedeutendsten Momenten des Wirkens der PDS im parlamentarischen und öffentlichen Raum. Stefan Heyms Rede ist – unter anderem – ein so nicht wieder erreichter Höhepunkt in der Vermittlung von Ideologie eines demokratischen Sozialismus im besten Sinne dieses Wortes.

Im Selbstverständnis der PDS kommt der Ideologie-Begriff jedoch kaum einmal mit positiver Konnotation vor. Es gehört daher zum wichtigsten Teil des Erbes von Michael Schumann, daß er genau diesen Umstand immer wieder namhaft gemacht und gegen ihn – die »Entideologisierung der Politik« – angekämpft hat.⁶ Denn ein Gebäude gemeinsamer demokratisch-sozialistischer Werte und Vorstellungen, Ziele und Visionen ist nicht nur eine Grundbedingung für

6 Ebenda, S. 122.

die Existenz und Politik der PDS, sondern auch für ihre Ausstrahlung in die Gesellschaft, für ihre Attraktivität und Lebenskraft.

Verengung produzierten später wieder die Parteitage von Münster 2000 und Gera 2002, und verengend wirkte das Scheitern eines eigentlich zur Öffnung der Partei im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion entwickelten Projekts mit dem Namen »Forum 2000plus!«, das in den Jahren 2000 und 2001 einige Veranstaltungen erlebte, aber von der Partei nie wirklich angenommen wurde.

Ostpartei und Fremdheit in der westdeutschen Gesellschaft

Ein äußerer Faktor von bis heute geradezu niederschmetternder Kraft ist die Fremdheit der PDS in der westdeutschen Gesellschaft – und zwar in nahezu allen deren Milieus, so unterschiedlich diese auch sein mögen. Es scheint so, als werde die PDS tatsächlich in all diesen Milieus mehr oder weniger als »Hypothek der deutschen Wiedervereinigung«⁷ angesehen – also als etwas, was irgendwann »getilgt« werden muß. Die PDS ist in doppelter Hinsicht ein »Fremdkörper«: *erstens* generell als Partei links von der SPD, weil sich die westdeutsche Gesellschaft mit dem KPD-Verbot von 1956 darauf geeinigt hatte, daß es links von der SPD keine gesellschaftlich relevante Partei geben dürfe, womit sie dem antikommunistischen »Grundkonsens« dauerhaft Nahrung gab; und *zweitens* speziell als Partei aus dem Osten, als die einzige auch im parlamentarischen Raum existente politische Kraft, die Trägerin der sehr realen und lebendigen Ostidentität ist.

Diese mannigfache Fremdheit drückt sich – wenn denn schon die Grundfrage der Tilgung der Hypothek bisher nicht gelöst werden konnte – in einem Anforderungskatalog der westdeutschen Gesellschaft bzw. ihrer einzelnen Milieus an die PDS aus, der schlechthin nicht zu erfüllen ist. Ist sie den etablierten Parteien und deren jeweiligen Wählerschaften selbstverständlich viel zu links, so ist sie den verschiedenen Milieus der Linken – seien es Linke in der SPD, Linke in den Gewerkschaften, linke Intellektuelle außerhalb organisierter Strukturen oder neue Bewegungen wie ATTAC – entweder generell zu »ostig« oder noch immer nicht »modern« genug oder bereits viel zu angepaßt oder noch immer stalinistisch.

Die Ablehnung seitens der etablierten Parteien soll an dieser Stelle nicht näher zur Debatte stehen. Zur Ablehnung und Kritik von links scheint mir indes Folgendes bemerkenswert zu sein: Wie viel an dieser Kritik auch immer dran sein mag – sie geht bisher einher mit einem erstaunlichen Verzicht dieser verschiedenen Kräfte und Milieus auf Kritik an ihrer eigenen Geschichte und auch an ihrem Platz in der heutigen – und zwar gegenüber 1990 sehr deutlich veränderten! – »gesamtdeutschen« Gesellschaft. Die bisherige Entwicklung der »Wahlalternative soziale Gerechtigkeit« (WASG) ist dafür nur eines unter mehreren treffenden Beispielen.

Linke und rechte westdeutsche Kritik an der PDS treffen sich in dem erstaunlichen Phänomen, die westdeutsche Gesellschaft und Demokratie als etwas seit den achtziger Jahren im wesentlichen Unverändertes und in *jedem* einzelnen Falle Besseres als die DDR zu sehen und darauf zu warten, wie sich die ostdeutsche Gesellschaft im allgemeinen und die PDS im besonderen unter endgültiger Ab-

7 Jürgen P. Lang: Ist die PDS eine demokratische Partei?, a. a. O., S. 15.

streifung dieses in *jedem* Falle Schlechteren in dieses Unveränderte einfügt. Mit der realen Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1990 hat das freilich nichts zu tun. Und programmatisch ist es ohnehin ein gänzlich untauglicher Ansatz.

In einer präzedenzlosen, außerordentlich kommunikativen, wesentliche Inhalte demokratisch-sozialistischen Denkens öffentlichkeitswirksam ausbreitenden und zahlreiche Strömungen westdeutschen demokratischen und linken Denkens aufnehmenden Weise hat Gregor Gysi von Beginn seines Wirkens als Parteivorsitzender und später Gruppen- und Fraktionsvorsitzender der PDS im Bundestag versucht, diese vielfachen Schranken der Fremdheit zu durchbrechen. Seine bereits genannte »bunte Truppe« von 1994 war ein parlamentarischer Ausdruck dieser Anstrengungen. Warum ein tatsächliches Durchbrechen der Fremdheit bis heute dennoch nicht gelungen ist, muß in der PDS selbst sehr viel gründlicher, als das bisher geschehen ist, analysiert werden. Aber auch hier gehört es dazu, die äußeren Faktoren selbstbewußt in die Analyse einzubeziehen – und daraus neue Aufgaben abzuleiten.

Womit wiederum der Bogen zur Bedeutung des Ideologischen geschlagen ist.

Mitregieren gleich Verantwortung, Opposition gleich – was?

Die Beteiligung der PDS an Landesregierungen gehört zweifellos zur Erfolgsgeschichte der PDS. Die Idee des seinerzeitigen PDS-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Roland Claus, nach den Landtagswahlen von 1994 der knapp hinter der CDU eingekommenen SPD und deren wahrscheinlichem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen eine Tolerierung durch die PDS anzubieten und damit die Ablösung der vorherigen CDU/FDP-Regierung möglich zu machen, führte zu nichts Geringerem als der Überwindung einer Blockade, die ja mit der »Rote-Socken«-Kampagne der CDU (siehe oben) gerade hatte verfestigt werden sollen und darauf hinauslief, die PDS »auf ewig« in Opposition zu halten und – auf die Erfahrung von Sektierungsprozessen bei Linken in solcher Lage bauend – gesellschaftlich irrelevant zu machen. Die »bunte Truppe« und die Tolerierung markierten im Jahre 1994 den Beginn einer neuen Etappe der PDS-Entwicklung und gaben der Partei eine Lebensfähigkeit, mit der viele schon nicht mehr gerechnet hatten.

1998 wurde in Mecklenburg-Vorpommern nach einer mehrjährigen Phase der Annäherung zwischen der dortigen Landes-PDS und Landes-SPD eine erste wirkliche Regierungsbeteiligung der PDS erreicht. Im Winter 2001/2002 folgte die zweite SPD-PDS-Koalition – diesmal in Berlin. Damit war die PDS bis zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2002, die mit großem Vorsprung von der CDU gewonnen wurden, für ein paar Monate an drei ostdeutschen Landesregierungen gleichzeitig beteiligt. Von einer Unfähigkeit der Partei zur Übernahme von Regierungsverantwortung konnte nicht mehr die Rede sein. Im Herbst 2002 wurde die SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern wiedergewählt – ein weiterer Beweis für die Regierungsfähigkeit der PDS.

Daß die Niederlage vom September 2002 in die Zeit der Regierungsbeteiligungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern fällt,

8 Siehe dazu als jüngstes Beispiel die – endlich einmal in solcher Gründlichkeit vorliegende! – Analyse der Landesvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt, Rosemarie Hein, auf dem 9. Politischen Bildungstag der PDS Sachsen-Anhalt am 20. November 2004 in Bernburg unter dem Titel »Stationen der PDS-Entwicklung in Sachsen-Anhalt – Erfahrungen, Erfolge und Defizite, Aussichten«, in: Pressedienst PDS, Berlin, Nr. 51-52/2004, S. 21-25.

wirft viele Fragen auf, die bis heute nicht gründlich genug beantwortet sind. Unter den vielen Problemen will ich eines herausgehoben benennen: Es ist die Gleichsetzung von Regierung mit *Verantwortung* (oder auch: Verantwortlichkeit, verantwortlicher Politik) und von Opposition mit – nein, so wird das nicht gesagt: *Verantwortungslosigkeit*, sondern gesagt wird: »Populismus« oder »Füllhorn-Politik«.⁸

Mit einem solchen Herangehen tappt man in mindestens zwei Fallen. Die *erste* besteht darin, den Umgang mit dem Landshaushalt nicht einfach nur im Zentrum von Politik zu haben, sondern zum Zweck dieser Politik schlechthin zu erheben. Das führt zu einer Fixierung auf die ohnehin im hegemonialen neoliberalen Meinungs- und Medienhauptstrom unablässig wiederholte Erklärung, daß der Bundshaushalt und die Länderhaushalte unveränderliche Größen seien und alles nur noch in diesem Rahmen gedacht und getan werden dürfe. Und die *zweite* ist die, daß andere Wirkungsfelder einer Partei wie eben zum Beispiel das Ringen um ideologische Gegenkraft – mit all den »Seitensträngen« politische Bildung, Geschichtsarbeit, öffentliche Alternativen- und Visionen debate (im Zusammenhang zum Beispiel mit den Erfahrungen des Weltsozialforums und des Europäischen Sozialforums), subtile Aufnahme und Stärkung öffentlichen Protests und Transport desselben in den parlamentarischen Raum *ohne* seine sofortige Abschwächung durch den Hinweis auf die »Unbezahlbarkeit« der in ihm enthaltenen Forderungen – ins Reich des Unwichtigen, Vernachlässigbaren geraten.

Dies mag mit dem Blick auf den Tag noch ganz passabel dahingehen. Auf lange Sicht birgt es jedoch ernsteste Gefahren in sich. Zum ersten, weil damit die *realen* Prozesse der Verarmung, der sozialen Ausgrenzung durch Langzeitarbeitslosigkeit, der Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich wie auch der Aushöhlung von Menschenrechten bagatellisiert werden. Diese Bagatellisierung betreiben die anderen etablierten Parteien ohnehin jeden Tag – und nun schließt sich die PDS unter dem Mantel der *Verantwortlichkeit* diesem im Wesen *unverantwortlichen* Herangehen auch noch an. Und zum *zweiten*, weil das Leben der Menschen als Individuen und als Gesellschaft mehr ist als nur die Befriedigung des unmittelbar Materiellen. Klarster Ausdruck dessen ist die ständig wachsende Zahl der Nichtwähler. Sie suchen etwas, was ihnen Parteien nicht mehr zu geben vermögen. Sie suchen gleichzeitig mit der materiellen Absicherung einen Ausweg aus der ihnen gepredigten Alternativlosigkeit, suchen Gerechtigkeit, Sinnhaftigkeit des Lebens, Hoffnung. Die PDS hat die frei gewordenen Felder bisher nicht besetzen können.

Mediengesellschaft und Personen

Die herausragende Rolle von Gregor Gysi für die Entwicklung der PDS verdient eine eigene Betrachtung. Es ist für viele eine Sensation gewesen, daß dieser in seiner intellektuell umfassend unterfütterten und mit hoher Kommunikationskultur ausgestatteten Medienpräsenz völlig aus dem üblichen Rahmen fallende Politiker ausgerechnet aus der PDS kam, die ja zunächst vom Medienhauptstrom ohne nähere Prüfung als von vornherein dröge und nostalgisch und altkommuni-

stisch beschrieben worden war. Und so hat dieser Medienhauptstrom sich immer wieder mit der Erklärung zu helfen versucht, daß Gysi eigentlich etwas ganz anderes sei als die PDS.

Die PDS sollte sich nicht nur diese Sicht nicht zu eigen machen, sondern die Wirkung Gysis in der Gesellschaft insgesamt neuerlicher Prüfung unterziehen. Denn diese Wirkung besteht nur zu einem Teil in seinen Anstrengungen zur Reformierung der Partei – und dieser Teil ist vielleicht lediglich der kleinere, weil er nur die ohnehin politisch weitergehend Interessierten in der Gesellschaft erreicht. Seine entscheidende Wirkung bezieht er aus seiner grundsätzlichen Opposition zu den Herrschenden, bezieht er aus der Courage, mit der er im öffentlichen Raum sehr einfache Dinge ausspricht, die viele ganz genauso sehen. Er thematisiert wie kein anderer die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Einkommensunterschiede, die alltägliche Erfahrung der Demütigung, wie sie mit der Anschlußpolitik seit 1990 noch immer einher geht, die nach wie vor realen Ost-West-Unterschiede, die alltägliche Ausländerfeindlichkeit und vieles andere mehr. Das heißt nichts anderes als: Er ist als Gegenspieler nicht nur zur neoliberalen Politik, sondern auch zur neoliberalen Ideologie präsent – mit seinen Argumenten *und* seinen Gesten. Mit ihm verbindet sich die Hoffnung, daß Dinge gesagt werden können, die man im eigenen Arbeitsumfeld nicht zum Ausdruck bringen kann, verbindet sich Bestärkung eigener Auffassungen und der Glaube an Visionen und Utopien. Viele andere hochrangige Politikerinnen und Politiker der PDS hingegen erscheinen in der Öffentlichkeit nur als Fortsetzung der ewigen – und in ihren Ergebnissen ohnehin »alternativen« – Haushaltsrechnung mit anderen Gesichtern. Und wo Politikerinnen und Politiker der PDS in der Argumentationslogik und in der oppositionellen Courage an Gysi anknüpfen – wie das etwa bei den beiden Bundestagsabgeordneten Gesine Lötzsch und Petra Pau der Fall ist –, erfahren sie in der Partei entweder nur geringe Beachtung, oder ihr Wirken wird in der Schublade der »nicht-verantwortlichen« Opposition abgelegt.

Wendet man sich einer Geschichte des Medienbildes von Politikerinnen und Politikern der PDS zu, so wird man zweierlei feststellen: *erstens*, daß einmal getroffene Zuschreibungen sich kaum noch verändern; und *zweitens*, daß die Partei solche Zuschreibungen gern übernimmt und weiterträgt. Wer einmal von den Medien als »Pragmatiker« oder »Experte« benannt ist – und zwar mit für selbstverständlich gehaltener positiver Konnotation –, der bleibt das auch, und wem das Adjektiv »rückwärtsgewandt« angehängt ist, hat ebenfalls keine Chance, dies je wieder loszuwerden. Die Partei selbst vergibt auch hier ein (wichtiges) Stück Deutungsmacht.

Es gibt eine Fülle von Fragen, die auf dem Weg der SED von einer stalinistischen zu einer demokratisch-sozialistischen Partei noch zu beantworten sind. Die wichtigste dabei ist die Ernstnahme des Sozialistischen selbst. Ein *sozialistisches* Profil ist es, worum es geht in einer Welt, in der sich nicht nur die Produktionsverhältnisse ändern, sondern auch der Klassenkampf von oben neue Formen und neue Schärfe angenommen hat.

ROLF REISSIG

Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung

Erfahrungswerte und Anregungspotenziale

Aus der Beobachtung und Analyse der Politik der Berliner PDS in Regierungsverantwortung können – unter Berücksichtigung des ehemaligen Tolerierungsmodells in Sachsen-Anhalt und der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch der Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa – einige Erfahrungen abgeleitet und problematisiert sowie strategische Schlussfolgerungen formuliert werden.

Das Projekt »Linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung« ist ein Projekt strategischen Lernens.

Im Unterschied zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern ist für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Existenz einer einflussreichen und koalitionsfähigen Partei links von der Sozialdemokratie keine Normalität. Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung galt als unvorstellbar. Die PDS, hier und im folgenden idealtypisch als Synonym für eine linkssozialistische Partei bzw. linkssozialistisches Projekt verstanden,* wäre demnach der erste Ansatz, dies zu ändern.¹

Ihre Regierungsbeteiligung ist in der Bundesrepublik praktisch-politisch und theoretisch-konzeptionell Neuland und ein einmaliger gesellschaftlicher »Test« für die Partei selbst, aber auch für die demokratische Linke, die Öffentlichkeit und die politische Kultur des Landes.

Als Projekt strategischen Lernens spielt »Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung« bislang jedoch weder in der PDS und ihrem Umfeld noch in der politischen Öffentlichkeit und im politikwissenschaftlichen Diskurs eine ernsthafte Rolle. Das in diesem Projekt enthaltene Reflexions- bzw. Anregungspotenzial – z. B. zu Fragen über die heutigen Regulations- und Steuerungsmöglichkeiten, über effektive Instrumente politischer und sozialer Gestaltung angesichts der Krise des Staatskapitalismus, über alternative Handlungsoptionen, über Einstiegs- und hegemoniefähige Transformationsprojekte, über das perspektivische Zusammenwirken der demokratischen Linken – bleibt deshalb weitgehend unerschlossen.

Für die PDS bildet der Umgang mit diesem Projekt einen Prüfstein ihrer Fähigkeit zum Organisationslernen als Erfahrungslernen.

Die Diskussion über Regierungsbeteiligungen linkssozialistischer Parteien wurde in der Bundesrepublik bislang aufgrund der strukturellen Schwäche des Linkssozialismus zumeist als theoretische Ob-

Rolf Reißig – Jg. 1940, Prof. Dr., Sozial- und Politikwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), letzte Buchpublikationen u. a.: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Campus Verlag Frankfurt/Main/New York 2002; Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Dietz Berlin 2000; Artikel und Beiträge in Fachzeitschriften und Tagespresse. Demnächst: Rolf Reißig, Michael Thomas (Hrsg.): Neue Chancen in alten Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen, LIT Verlag Münster, Hamburg, Berlin, London 2005 (i. E.).
Foto: privat

und nicht als praxisorientierte Wie-Debatte geführt.² Eine solche Einengung der Diskussion widerspricht der geänderten gesellschaftlichen Praxis.

Regierungsbeteiligung wird wie Opposition zu einem immanenten Bestandteil der Politik einer linkssozialistischen Partei. Dies belegen nicht zuletzt die Erfahrungen linkssozialistischer und kommunistischer Parteien in Westeuropa.³ In der heutigen Bundesrepublik gilt das vor allem für die neuen Bundesländer, wo die PDS sowohl im Parteiensystem wie in der Gesellschaft verankert ist.

Im politischen Wettbewerb bildet die Frage Opposition oder Regierungsbeteiligung für Parteien in Systemen parlamentarischer Demokratien keinen grundlegenden Gegensatz. Dies sollte auch für linkssozialistische Parteien gelten. Sie sind Teil dieses politischen Wettbewerbs um politischen Einfluss und Macht geworden. Zumindest dann, wenn man sich die Funktion von Parteien im parlamentarisch-politischen System der Bundesrepublik vergegenwärtigt. Regierungsbeteiligung ist für eine linkssozialistische Partei nicht einfach nur »Schadensbegrenzung« und »notwendiges Übel«, sondern eine legitime und unter Umständen innovative Bewegungsform von Politik, von politischem Handeln.

Politische Parteien verfolgen u. a. das Ziel, ihr Programm, ihre Alternativen, also ihre Politik auch in die Realität umzusetzen. Dass sich über Regierungsbeteiligung und -macht dafür prinzipiell neue Möglichkeiten bieten, ist ernsthaft nicht zu bestreiten. Obgleich Regierungshandeln in systembedingte Logiken und Sachzwänge eingebunden ist und die Spielräume auf Landesebene enger geworden sind, impliziert Regierungshandeln immer Möglichkeiten politischer Gestaltung und gesellschaftlicher Veränderung. Streben doch auch solche Parteien, die eine oppositionelle Rolle einnehmen wollen, politischen Einfluss an und versuchen, im parlamentarischen Regierungssystem nicht zuletzt der Regierung ihren positiven Gestaltungswillen aufzuzwingen. Das Parlament *allein* als Bühne und als Sprachrohr außerparlamentarischen Protests zu nutzen, kann auch für linkssozialistische Parteien nicht die allein bestimmende strategische Grundorientierung sein.

Dennoch kann es für eine Partei unter Umständen eine wesentlich erfolversprechendere Strategie sein, die Rolle der Opposition im politischen System einzunehmen.

Eine linkssozialistische Partei benötigt deshalb eine kohärente Gesamtstrategie, die das Wechselverhältnis von Opposition und Regierungsverantwortung als zwei Formen politischen Handelns sowie ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede neu definiert. Dazu bieten die Erfahrungen der Regierungsbeteiligung in Berlin neue Erkenntnisse.

Über die Zukunft einer linkssozialistischen Partei entscheidet jedoch nicht zuerst die Frage Regierungs- oder Oppositionspartei, sondern die Frage ihres Profils, ihrer Glaubwürdigkeit, ihrer Kompetenz und gesellschaftlichen Verankerung.

Ob Regierungsbeteiligung tatsächlich angestrebt oder wahrgenommen wird – dafür gibt es kein allgemein gültiges Rezept. Regierungsbeteiligung ist jeweils konkret-historisch zu entscheiden, wie

Bei den nachfolgenden Thesen handelt es sich um das 4. Kapitel der Studie »Die PDS in der Berliner Koalition – Erfahrungen und strategische Schlussfolgerungen«. Diese Thesen sind eine erste Verallgemeinerung, die der weiteren kritischen Reflexion bedürfen.

* Dabei kann an dieser Stelle nicht interessieren, inwieweit die PDS tatsächlich eine linkssozialistische Partei ist oder nicht.

1 Vgl. auch Benjamin Hoff: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, Thesenpapier, Workshop in Srbska Kamenice 2004, S. 1.

2 Ebenda, S. 2.

3 Siehe z. B. Peter Birke: Skizze zur Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten, Studie, Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls), Berlin 2003; drs. Sozialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen, in: UTOPIE kreativ, Heft 163 (Mai 2004), S. 426-435; Sabine Kebir: Das Bündnis und das Erbe. Ein Blick über Deutschlands Grenzen – Nachdenken über Wege zur Neuformierung der europäischen Linken, in: Neues Deutschland, 20./21. September 2003; Mimmo Porcaro: Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven, Ms., rls, Berlin 2002; Rainer Schultz: Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung, Studie, rls, Berlin 2003; Henning Süßner: Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise. Die Erfahrungen der

Linkspartei Schwedens, Ms., rls, Berlin 2003, auch in: UTOPIE kreativ, Heft 163 (Mai 2004); Roger Martelli: Kommunistische Partei Frankreichs. Beitrag für den Internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Linke Parteien im Vergleich«. Manuskript, Berlin 2002; Paulo Vannuchi: Brasilien 2002: Wie der Sieg der Arbeiterpartei PT erreicht wurde. Beitrag für den Internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Linke Parteien im Vergleich«. Manuskript, Berlin 2002; Fausto Bertinotti: 15 Theses for the PRC Congress, Rom 2004.

nicht zuletzt die Erfahrungen linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa zeigen.

Aus den Erfahrungen Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns können dafür drei Maßstäbe formuliert werden:

- Bestehen gesellschaftliche und koalitionspolitische Chancen für die Einleitung eines Kurs- und Politikwechsels?
- Gibt es beim Koalitionspartner Bereitschaft für einen politischen Neuanfang?
- Sind die konzeptionellen, kulturellen und personellen Ressourcen der linkssozialistischen Partei so, dass sie in Regierungsverantwortung »Eigenes« einbringen und als selbständige politische Kraft und zuverlässiger Partner in der Koalition handeln kann?

Diese allgemeinen Maßstäbe sind in Koalitionsverhandlungen und in der Regierungspolitik jeweils konkret zu untersetzen.

Es ist aber auch ein gesellschaftlicher Zustand denkbar, wo Regierungsbeteiligung oder -tolerierung von Linkssozialisten allein deshalb erforderlich wird, um die Bildung einer ausgesprochenen Rechtsregierung zu verhindern. In diesem Sinne Regierungsbeteiligung auch dann, wenn gesellschaftliche Voraussetzungen für einen grundlegenden Kurs- und Politikwechsel oder gar für eine gesellschaftliche Transformation fehlen und allein »Verhinderung von Schlimmerem« das Handeln dominieren muss.

Für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung gibt es keine Garantie des Gelingens. Regierungsbeteiligung bedeutet neue Chancen und neue Risiken zugleich. Die Frage, wie Gewinne zu maximieren und Verluste zu minimieren sind, muss deshalb das Regierungshandeln ständig kritisch begleiten.

Mögliche Gewinne sind auf verschiedenen Ebenen auszumachen: *Materiell*, weil Forderungen, die zu Oppositionszeiten vergeblich eingefordert wurden, nun eher Chancen der Realisierung haben. *Politisch*, weil Regierungsbeteiligung und -verantwortung die Gestaltungs- und Handlungskompetenzen der Linkssozialisten erhöht, ihnen Wege zu neuen institutionellen und gesellschaftlichen Akteuren öffnet und insgesamt die Akzeptanz der linkssozialistischen Partei zu stärken vermag. *Gesellschaftspolitisch*, weil überzeugendes Regierungshandeln einer linkssozialistischen Partei ein entscheidender Schritt sein kann zur Etablierung eines linkssozialistischen Projekts als politische Normalität in Deutschland. Das würde einen tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur in Deutschland bewirken.

Den neuen Chancen stehen neue *Risiken* gegenüber. Die systemischen Integrations- und Absorbierungstendenzen und die Erfordernisse sowie Sachzwänge in der Regierungsverantwortung können sich als »Fallstricke« für linkssozialistische Regierungsbeteiligungen erweisen. Regierungshandeln bedeutet Einbindung in die Ambivalenzen der Systemlogik, in die Überlappung von Kapital- und Soziallogiken.⁴ Die einen (Kapitallogiken) zu meiden und nur auf die anderen (Soziallogiken) zu setzen, ist im Regierungshandeln innerhalb einer kapitaldominierten Ordnung kaum möglich. Um so wichtiger ist es für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, die Soziallogiken zu stärken und sich an einer Politik sozialer Gerechtigkeit und Bürgerpartizipation zu orientieren.

4 Vgl. Michael Brie, Dieter Klein: Wie: die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen, Ms., rls, Berlin 2004, S. 9/10.

Angesichts der tiefen Umbrüche in der kapitalistischen Ökonomie und der zivilen bürgerlichen Gesellschaft macht sich der fehlende konzeptionelle Vorlauf über die Regulationsmöglichkeiten linken Handelns in Regierungsverantwortung, über alternative Handlungsoptionen, über die heutige Wirksamkeit keynesianischer Instrumente der Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit neuer besonders nachhaltig bemerkbar.

Die Frage nach dem sozialistischen Profil, der sozialistischen Identität stellt sich schon deshalb auf neue Art und Weise. Kompetenzzugewinn im Regierungshandeln kann mit Profil- und Identitätsverlust des linkssozialistischen Projekts einhergehen.

Gerade der kleine Partner in einer Koalition unterliegt schnell der Gefahr, dass seine Handschrift, seine Identität in den Kompromissen der Regierungspolitik und der vielfältigen Aushandlungsmechanismen der Koalition nicht mehr (genug) kenntlich wird. Doch verfügt der kleine Koalitionspartner nicht nur über begrenzte, sondern – was zumeist übersehen wird – auch über spezifische Möglichkeiten des Handelns in einer Koalition. Vor allem dann, wenn von ihm innovative Ideen ausgehen, tragfähige Alternativen formuliert werden und dafür die politische Öffentlichkeit gesucht wird.

Linkssozialistische Parteien müssen es lernen, mit diesen Widersprüchen umzugehen und sie produktiv zu handhaben. Risiken begegnet man nicht mit Abschottung und Rückzug, sondern am ehesten durch Mobilisierung des intellektuellen und gesellschaftskritischen Potenzials. Auch in diesem Sinne ist Regierungsbeteiligung ein permanenter Lernprozess, der, kritisch reflektiert und ausgewertet, zum eigentlichen Gewinn für eine linkssozialistische Partei werden kann.

Um die unvermeidlichen Dilemmata linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung zu begrenzen, gibt es keinen Königsweg. Mit einem Blick auf die PDS-Regierungsbeteiligung in Berlin können jedoch einige Erfahrungen problematisiert werden:

- Vor der Regierungsbeteiligung sollten keine Erwartungen geweckt (ungedechte Versprechen) werden, die später beim besten Willen nicht eingehalten werden können und nur Enttäuschungen produzieren. Notwendig ist eine ernsthafte Analyse der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen Situation im Lande, eine kritische Bilanz der Vorgängerregierung und vor allem ein Aufzeigen machbarer Alternativen.

- Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung erfordert, das Ziel der Regierungsbeteiligung klar und nachvollziehbar zu definieren. Erforderlich ist eine der (Regierungs-)Politik zugrunde liegende zentrale Idee und die Kommunizierung eines positiven Leitbildes, das in die Zukunft weist: Die Linke wird nur dann hegemoniefähig, wenn sie mit den »Mühen der Ebene« zugleich ein zukunftsfähiges und glaubwürdiges Bild von dem »Wohin« aufzuzeigen vermag. Ein gesellschaftspolitisches Konzept also, das im Vergleich zu anderen drei Merkmale aufweisen sollte: Sozial gechter, produktiver (innovativer), bündnisfähiger.

- Wichtig gerade für den kleineren Partner in der Koalition ist die Definition eigener, zentraler politischer Projekte. Sie sollten diese Par-

tei als »moderne politische Kraft« ausweisen, »milieuverträglich« sein, innerhalb der Legislaturperiode umsetzbar sein und eine gute Wahlkampfpräsentation ermöglichen. Diese ressortübergreifenden Projekte gilt es in operative Politiktechniken zu übersetzen und mit der gemeinsamen Kraft der Senatoren und der Fraktion umzusetzen. Hier lohnt ein Blick auf die Grünen in der Bundesregierung, denen – bei aller Kritik ihrer Gesamtpolitik – dies weitgehend gelungen ist.⁵

5 Vgl. Peer Pasternack: Hochschulbildung zwischen Zweckfreiheit und Nützlichkeit, Theorie und Politik, Ms., Halle/Wittenberg 2004, S. 15.

- Das Hauptproblem für linke Parteien, gerade in einer Koalition, ist offensichtlich, wie glaubwürdig ihre Politik ist bzw. wahrgenommen wird. Wie Erfahrungen zeigen, erlangt man Glaubwürdigkeit dadurch, dass sich die Politik durch Stetigkeit statt Anpassung an wechselnde Gegebenheiten und Stimmungen, durch klar umrissene Ziele und Projekte statt Beliebigkeit, durch Gerechtigkeit und Offenheit auszeichnet.

Das Projekt einer linkssozialistischen Regierungsbeteiligung auf Landesebene hat nur als gemeinsames Projekt von Landes- und Bundespartei eine ernsthafte Realisierungschance. Im Grunde können nur beide gewinnen oder beide verlieren.

Diese Erkenntnis bestimmte für lange Zeit nicht das Handeln der PDS. Das konflikthafte Verhältnis zwischen dem Projekt der Regierungsbeteiligung in Berlin und der Politik der Bundespartei durchlief zwischen 2001 und 2004 mehrere Phasen, die mit den symbolischen Begriffen vom unproblematisierten »Miteinander« über ein »Gegeneinander« zum »Nebeneinander« mit Übergängen zu einem problematisierten »Miteinander« beschrieben werden können.

Mit der Regierungsbeteiligung hat der Landesverband den beschwerlichen Weg von politischem Neuland beschritten: praktisch-politisch, geistig-ideell, strategisch-programmatisch. Und dies, ohne sich auf entsprechenden konzeptionellen Vorlauf in der Gesamtpartei stützen zu können. Die Schwächen der Regierungsbeteiligung widerspiegeln deshalb immer auch die Schwächen der Bundespartei.

Mit der Regierungsbeteiligung wird nun praktisch geprüft, ob und wie durch eine rot-rote Koalition in der Bundesrepublik Deutschland eine »andere Politik« machbar ist; ob und wie Linkssozialismus in Regierungsverantwortung hierfür einen eigenen und anerkannten Beitrag leistet. Die Befürworter und Akteure dieser Regierungsbeteiligung stehen damit aber auch in der Verantwortung, zu beweisen, dass dadurch nicht nur eine Politik der Schadensbegrenzung und des »kleineren Übels«, wie ihre Kritiker mutmaßen, sondern ein Kurs- und Politikwechsel möglich wird. Die Verantwortung der Akteure dieser Regierungsbeteiligung ist also beträchtlich. Auf die Ergebnisse dieses »Tests« werden sich Befürworter und Gegner berufen.

Das mindeste, was die Akteure einer Regierungsbeteiligung bei ihrem »Praxistest« von der Bundespartei erwarten können, ist eine solidarisch-kritische Begleitung und Unterstützung. Denn es liegt im Interesse der Gesamtpartei, die Prüfung dieses Experiments zu bestehen und aus den Erfahrungen zu lernen. Beim Gelingen kann sie Nutzen ziehen: Entwicklung von Lernfähigkeit als Aneignung neuen Umwelt(Gesellschafts)wissens, Kompetenz- und Akzeptanzgewinn, Stärkung ihres politischen Einflusses in der Gesellschaft, neue Chancen für neue Akteurskonstellationen. Wie sie andererseits beim

Scheitern die Verluste zu tragen hätte, d. h. vor allem mit den Konsequenzen und Folgen umzugehen, dass linkssozialistische Regierungsbeteiligung keine praktische Alternative zum hegemonialen neoliberalen Gesellschaftsprojekt bietet.

Statt kritisch-solidarischer Begleitung und Unterstützung gab es seit September/Oktober 2002 vermehrt Schuldzuweisungen an die »Berliner« und wechselseitige Blockaden. Erst mit der Wahl Lothar Biskys zum Parteivorsitzenden und der Konstituierung des neuen Parteivorstandes 2003 hat sich diese Situation schrittweise verändert. Damit trat auch ein Wandel in der offiziellen PDS-Debatte um Regierungsbeteiligungen ein. Regierungsbeteiligung soll nun nach Vorstellungen der Führungsspitze als »immanenter Bestandteil der Politik der PDS« verstanden und gehandhabt werden. Die Ergebnisse der Regierungsbeteiligung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern werden inzwischen durch den Parteivorstand ausgewogen interpretiert. Der Informationsaustausch und das Zusammenwirken bei der Erarbeitung bestimmter bundespolitischer Alternativkonzepte ist, wie Insider feststellen, besser geworden. Im Juni 2004 fand das zweite Treffen des Parteivorstandes, der Landes- und Fraktionsvorsitzenden zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin statt, auf dem ein sachlicher und konstruktiver Erfahrungsaustausch erfolgte.

Die Nachwirkungen der grundlegenden Differenzen in der Bewertung der Regierungsbeteiligung innerhalb der Gesamtpartei sind jedoch auf beiden Seiten noch immer spürbar. Das kann kaum überraschen. Denn die kontroverse Diskussion um die Regierungsbeteiligung der PDS hat tiefer liegende Gründe. Widerspiegeln sich hierin doch letztlich nur die unterschiedlichen Vorstellungen vom Charakter der (einer) Partei, von ihrer Rolle in der heutigen Gesellschaft, ihren strategischen Orientierungen und der Wirksamkeit der verschiedenen politischen Handlungsebenen.

Der Dissens in der Beurteilung der Chancen und Risiken der Regierungsbeteiligung wird deshalb nicht so rasch zu überwinden sein. Die Frage ist, ob diese Diskussion »praxistauglich« zu den spezifischen Gestaltungsoptionen und -ergebnissen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung geführt wird und so zu einem möglichen politischen Substanzgewinn beiträgt. Dies verlangt von den Führungsgremien der Bundespartei die Erfahrungen der Regierungsbeteiligung systematisch und unvoreingenommen auszuwerten und konzeptionell zu verarbeiten.

Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung erfordert Dialog und Verständigung mit den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften.

Dies ist um so dringender, als sich mit der Beteiligung einer linkssozialistischen Partei an einer Koalitionsregierung die Funktion und die Verantwortung zwischen ihr und den sozialen Bewegungen sowie Gewerkschaften weiter ausdifferenzieren. Eine linkssozialistische Regierungspartei ist nicht verpflichtet, eine außerparlamentarische Bewegung zum Sturz der eigenen Regierung zu unterstützen. Aber ohne offenen und öffentlichen Dialog mit den verschiedenen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, ohne gesellschaftliche Mobilisierungsstrategien ist ein Politikwechsel nicht zu schaffen und

kann eine linkssozialistische Partei auf Dauer nicht überleben. Die neuen Möglichkeiten der Regierungsbeteiligung sind zu nutzen, um die demokratische Linke sozial und kulturell tiefer in der Gesellschaft zu verankern und vor allem, um die zivilgesellschaftlichen Akteure und das Bürgerengagement zu stärken. Dafür sind neue, auch institutionelle Formen, zu erkunden.

Darüber hinaus ist die Diskussion mit den Vertretern der Linken in der Sozialdemokratie und den Grünen sowie von Linkspartei-Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene zu organisieren. Ein solcher Diskurs könnte dazu beitragen, sich u. a. über Möglichkeiten alternativer Politikgestaltung und transformatorischer Projekte zu verständigen.

Linkssozialistische Regierungsbeteiligung verändert das Beziehungsgeflecht zwischen den Akteuren der Partei – vor allem zwischen den Ministern (Senatoren), der Fraktion und dem Landesverband.

Wie sich zeigt, rücken unter Bedingungen der Regierungsbeteiligung die Senatoren (Minister) und die Fraktion ins Zentrum der Öffentlichkeit und der Bewertung der Partei. Auch innerhalb des Landesverbandes verschieben sich die Proportionen hin zur Fraktion und den Regierungsvertretern, deren Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen beträchtlich herausgefordert sind.

Für den Landesverband ergibt sich daraus zweierlei: Er sollte zum einen die Regierungsbeteiligung solidarisch begleiten, aktiv unterstützen und auch kontrollieren. Seine Rolle ist jedoch nicht auf die einer Assistenz des Regierungshandelns und Absicherung der Regierungspolitik zu reduzieren. Er sollte im Gegenteil die Fähigkeit zur strategischen Offensive bewahren bzw. zurück gewinnen (geistige Offensive, Initiativen zur Projektformulierung, Verbindungen zu den sozialen Bewegungen, Mobilisierung der Mitgliedschaft). Zum anderen ist gerade der Landesverband berufen, eine »authentische« (aber realistische) linkssozialistische Politik zu entwickeln und öffentlich zu diskutieren, da Regierungspolitik durch komplizierte parlamentarische Aushandlungsverfahren in aller Regel Kompromisscharakter trägt. Dies ist kein Plädoyer für eine Doppelstrategie, aber linkssozialistische Politik in unterschiedlichen Handlungsräumen nimmt unterschiedliche Formen an.

Die Regierungsbeteiligung einer linkssozialistischen Partei stellt auf neue Art die Frage nach dem Verhältnis zum sozialdemokratischen Koalitionspartner.

Die bisherigen Erfahrungen der PDS Berlin (wie übrigens die der PDS von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommerns) korrespondieren mit denen, die linkssozialistische Parteien West- und Nordeuropas während der Beteiligung an sozialdemokratisch geführten Regierungen gesammelt haben:

- Weder die kritiklose Nähe zum sozialdemokratischen Koalitionspartner noch die scharfe Abgrenzung oder gar das Zusammengehen mit populistischen Kräften zum Sturz linker Regierungen haben der sozialistischen Linken Erfolg gebracht, wie die Erfahrungen in Italien, Frankreich, Spanien, Schweden und Niederlande belegen. Unkritische Nähe führt zu Verlust an Identität, Glaubwürdigkeit und

Wählern; scharfe Abgrenzung, opportunistisches Taktieren gegen die Sozialdemokratie gefährden das linke Regierungsprojekt, führen zu Verunsicherung (u. U. zur Spaltung) des linken Lagers, zum Machtverlust der demokratischen Linksregierung und bedeuten in aller Regel Einbußen im linken Wählerpotenzial.⁶

- Notwendig ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stärkung des eigenen Profils in Programmatik und praktischer Politik (Projektdefinition, Ausarbeitung von Alternativen, enge Beziehung zu sozialen und demokratischen Bewegungen, Präsenz in sozialen Brennpunkten) sowie einer vertrauensvollen, unaufgeregten Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner. Dies erfordert auf beiden Seiten zu akzeptieren, dass der andere anders ist als man selbst und es im Grundlegenden bleiben soll.

Die Sicherung einer »strategischen Unabhängigkeit« gegenüber der Sozialdemokratie wie gegenüber den beiden großen politisch-parlamentarischen Blöcken (Rot-Grün, Schwarz-Gelb) wird für die PDS langfristig zu einem entscheidenden Erfordernis ihrer Politik. Dies stellt neue Fragen im Verhältnis von parteipolitischer Kooperation und Autonomie.

Koalitionsbruch ist die Ausnahme und das letzte Mittel. Er ist in aller Regel nicht die Lösung der Probleme, sondern ihre Vertagung oder ihre Verschärfung.

D. h. andererseits nicht, dass das vorzeitige Verlassen einer Koalition, einer Zusammenarbeit auf Regierungsebene auf Zeit, völlig tabu sein kann: Wenn die Grundlagen der Zusammenarbeit (Koalitionsvertrag) von einer Seite aufgekündigt werden oder/und die andere Seite zur einseitigen Anpassung an den Koalitionspartner, zur Preisgabe des eigenen Profils, der eigenen Projekte veranlasst wird, ist ein Koalitionsbruch prinzipiell nicht auszuschließen.

Nach dem Eintritt in eine Koalition auf Zeit und nach einer beachtlichen politischen und personellen Investition in diese wäre der Bruch jedoch die schlechteste Variante der Politik der PDS. Die Folgen eines Koalitionsbruchs wären absehbar:

- Die Glaubwürdigkeitskrise der PDS in der Öffentlichkeit würde sich vor allem längerfristig stärker ausprägen (»Eigenes Scheitern wird kaschiert«, »Verlassen des sinkenden Schiffes«, »Können es eben nicht«, »Unzuverlässigkeit«) als infolge von objektiven und subjektiven Schwächen des Regierens.

- Die PDS wäre für lange Zeit als Koalitions- und Regierungspartner ausgeschlossen.

- PDS-intern würde es als »Sieg« der »Protest- und Oppositionsanhänger« über die Anhänger einer »linkssozialistischen, reformgestaltenden und damit gesellschaftsverändernden Kraft« gedeutet werden mit Langzeitwirkung für Profil und Politik der Partei.

Zustimmung bei einem eher kleinen Kreis und möglicherweise kurzfristiger Akzeptanzgewinn in bestimmten gesellschaftlichen Akteursgruppen (in der Regel oft Partner eines linkssozialistischen Projekts) stünden in keiner Relation zu den langfristigen negativen Folgen für Glaubwürdigkeit, Ansehen, Profil, Politikfähigkeit und die gesellschaftspolitische Verankerung der PDS im Land und im Bund.

6 Vgl. Sabine Kebir 2003 und Quellen der Fußnote 2.

Bei allen Überlegungen zur Thematik Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien ist zu bedenken: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung ist nur *eine* Form politischen Handelns, mit spezifischen Möglichkeiten und Restriktionen. Sozialer und politischer Wandel bzw. gesellschaftliche Transformation erfordern die »Einheit und Differenz« zwischen den *verschiedenen* Formen politischen *und* gesellschaftlichen Handelns, zwischen politischen *und* zivilgesellschaftlichen Akteuren und Projekten. Um so mehr, als eine Abnahme ausschließlich staatlicher, machtpolitischer Orientierungen und eine Zunahme hegemonialer, gesellschafts-politischer Orientierungen zu registrieren sind. Ein linkssozialistisches Projekt dürfte in Deutschland jedoch nur in der Einheit *beider* Handlungs- und Orientierungsebenen eine gesellschaftliche Chance haben. Schon deswegen ist die in der PDS zu beobachtende pauschale Entgegensetzung der einen gegen die andere Ebene fragwürdig.

In diesem Sinne ist das Projekt »Linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung«, unabhängig von Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern, ein politisch-zivilgesellschaftliches Projekt und zugleich ein »Projekt strategischen Lernens« für neuen Kompetenzerwerb, für die Qualifizierung politischer Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft.

ULRICH BUSCH

Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019

»Die Wirtschaft ist unser Schicksal!«
Walther Rathenau

Die Jahreswende 2004/2005 bedeutet für die neuen Bundesländer eine Zäsur: Die erste Etappe des *Aufbau Ost* (1990-2004), welche durch das »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« und den ersten »Solidarpakt« geprägt war, geht zu Ende und die zweite Etappe (2005-2019), welche durch den »Solidarpakt II« bestimmt wird, nimmt ihren Anfang. Damit aber nicht genug: Dieses Datum ist mehr als nur eine Wegmarke. Es steht zugleich auch für eine Richtungsänderung und Zielkorrektur der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ostdeutschland und damit für ein grundsätzlich *neues* Verständnis der deutschen Einheit.

Am deutlichsten brachte dies Bundespräsident Horst Köhler zum Ausdruck, indem er die bestehenden Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West als normal charakterisierte, die Bemühungen zu ihrem Abbau aber als unerwünschte »Einebnung« kritisierte, welche den »Subventionsstaat« zementieren und die Staatsverschuldung vergrößern würde.¹ Im Klartext bedeutet dies die Kapitulation der Politik vor den aktuellen Herausforderungen der deutschen Einheit, die Aufkündigung der föderalen Solidarität sowie die Aufgabe Ostdeutschlands als Förder- und Entwicklungsgebiet von gesamt-nationalem Interesse.

Unzufriedenheit mit dem Aufbau Ost

War die Politik der Bundesregierung bisher, trotz zunehmend differenziert zu wertender Ergebnisse und nur mäßiger Erfolge, immer noch von dem Bemühen getragen gewesen, den Aufbau im Osten zugleich als einen Aufhol- und Konvergenzprozess gegenüber Westdeutschland zu gestalten, was ihm Ziel und Richtung gab, so ist davon inzwischen kaum noch die Rede. Sowohl in den letzten beiden *Jahresberichten zum Stand der Deutschen Einheit*² als auch in den bisher vorgelegten *Fortschrittsberichten* der Wirtschaftsforschungsinstitute kommt »Enttäuschung« über den unbefriedigenden Stand des Aufbaus in den neuen Ländern zum Ausdruck, ohne daraus jedoch die Notwendigkeit einer Intensivierung des *Aufbaus Ost* sowie Maßnahmen zu seiner Verstärkung und Beschleunigung abzuleiten³. So gibt es von seiten der Politik kaum neue Impulse zur wirtschaftlichen Belebung, kein großangelegtes Investitionsprogramm zur Schließung der nach wie vor beachtlichen Produktionslücke, keine zusätzlichen Finanzmittel – nichts also, was dem Osten wirklich hel-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur ökonomischen Theorie und Politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Geiz ist geil! Wieso auf einmal?, Heft 163 (Mai 2004).
Foto: privat

1 Der genaue Wortlaut der betreffenden Passage im Interview des Bundespräsidenten lautet: Es »gab und gibt nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.« (Focus, 13. 9. 2004, S. 23)

2 Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Ein-

heit 2003, Berlin 2003, S. 21 und Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, Berlin 2004, S. 7.

3 Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle 2002, S. 3; Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle 2003, S. 9.

4 Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, S. 20.

5 Vgl. Steffen Mau: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 38/2004.

6 Vgl. Jahresbericht 2004, a. a. O., S. 11.

7 Udo Ludwig: Ostdeutsche Wirtschaft kommt schwer in Tritt, in: IWH: Wirtschaft im Wandel, 12/2004, S. 322.

8 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht, 56. Jg. (2004) 9, S. 7*.

9 Angabe für NBI ohne Berlin (Quelle: IWH: Wirtschaft im Wandel, 6/2004, S. 174).

10 »Der Osten verdummt, verarmt und vergeist.« (Edgar Most in: Der Spiegel, Nr. 39, 20.9.2004, S. 68)

11 Wolfgang Thierse: Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin 2001, S. 16.

fen würde, wirtschaftlich voranzukommen, sondern lediglich eine als »erneuertes Gesamtkonzept« ausgewiesene Fortschreibung der seit Jahren praktizierten Strategie. Dabei werden die »Ergebnisse und Erfolge der bisherigen Politik« zur »Grundlage für die Neujustierung der Struktur- und Förderpolitik in Ostdeutschland« erklärt⁴, was in bestimmtem Maße eine konzeptionelle *Wende* bedeutet, da man sich nunmehr am Erreichten als dem vermeintlich Erreichbaren orientiert und das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost als Normalität akzeptiert. Für die Lebensverhältnisse bedeutet dies, daß die noch bestehenden Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern faktisch zementiert werden, ihre Angleichung aber bis auf weiteres suspendiert ist. Damit droht in Deutschland ein Prozeß an Dynamik zu gewinnen, der auf europäischer Ebene mit großem Kraftaufwand verhindert werden soll, nämlich die »Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten«⁵.

Der Abschied vom Aufholprozeß Ost läßt sich an verschiedenen Kriterien festmachen. Zuerst an den wirtschaftlichen Daten, am Zurückbleiben der neuen Länder beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitsproduktivität, bei den Investitionen, beim Export, bei der Beschäftigung, bei der Lohnentwicklung, beim Konsum. Hier stagniert die Entwicklung seit Jahren bzw. sind nur minimale Fortschritte zu verzeichnen. Sodann am *Scheitern* des Konvergenzprozesses – anders läßt sich der nunmehr seit neun Jahren andauernde Stillstand beim Aufholprozeß Ost nicht mehr interpretieren. Die ökonomischen Daten sprechen eine eindeutige Sprache: So betrug das durchschnittliche Wachstumstempo des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1997 bis 2003 in den alten Ländern (ohne Berlin) 1,2 %, in den neuen Ländern aber nur 0,9 %. Die Schere schließt sich also nicht, sondern geht weiter auf. Angesichts dieser Zahlen erscheint es als geradezu grotesk, wenn die Bundesregierung aus der Tatsache, daß das Wachstum im Jahr 2003 im Osten um 0,3 % höher lag als im Westen (+0,2 % gegenüber -0,1 %) den gegenteiligen Schluß zieht, nämlich daß sich die Schere zwischen Ost und West allmählich schließen würde.⁶ Schon im ersten Halbjahr 2004 kippte das Wachstum im Osten wieder ins Minus: das heißt, Ostdeutschland konnte »mit der konjunkturellen Entwicklung im Westen nicht mithalten«⁷. Diesmal war der Unterschied aber viel größer: 1,5 % im ersten Quartal und 2,2 % im zweiten Quartal.⁸

Das BIP/Einwohner lag 2003 in den neuen Bundesländern bei 63,9 % des Westniveaus.⁹ Korrigiert man diese Größe um den vor allem migrationsbedingten Bevölkerungsrückgang der letzten Jahre (vgl. Tabelle 1), so rutscht der Wert sogar noch unter den Wert von 1996. Ähnlich verhält sich dies auch bei anderen makroökonomischen Indikatoren (vgl. Tabelle 2), was den Schluß erlaubt, daß seit Mitte der 90er Jahre auf wichtigen Gebieten zwischen Ost- und Westdeutschland faktisch *keine Konvergenz* mehr stattfindet. Vielmehr vergrößert und verfestigt sich der Abstand zwischen beiden Landesteilen. Dies betrifft die Wirtschaft ebenso wie die Kultur, die Forschung, die Bildung¹⁰, nicht zuletzt die Demographie – Bereiche also, wo eine Konvergenz »unabdingbar« ist und »für die Zukunft entscheidend«¹¹, sofern man an der Einheit Deutschlands, die *ohne* einheitliche Lebensverhältnisse keine wirkliche ist, festhält.

Tabelle 1:
Wanderung zwischen neuen und alten Bundesländern 1989-2002

Jahr	Fortzüge aus den NBL und Berlin-Ost	Zuzüge nach den NBL und Berlin Ost	Wanderungs- saldo
1989	388.396	5.135	-383.261
1990	395.343	36.217	-359.126
1991	249.743	80.267	-169.476
1992	199.170	111.345	-87.825
1993	172.386	119.100	-53.286
1994	163.034	135.774	-27.260
1995	168.336	143.063	-25.273
1996	166.007	151.973	-14.034
1997	167.789	157.348	-10.441
1998	182.476	151.750	-30.728
1999	195.530	151.943	-43.587
2000	214.456	153.179	-61.277
2001*	192.004	94.281	-97.723
2002*	176.700	95.876	-80.824
2003	160.400	97.897	-62.503

* ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, S. 53.

Trotz beachtlicher Fortschritte auf *einzelnen* Gebieten und vieler positiver Beispiele ist die Gesamtbilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 unbefriedigend, seit einigen Jahren sogar negativ. Dabei ist jedoch eine zunehmende regionale Differenzierung und ungleichmäßige Entwicklung in einzelnen Bereichen zu berücksichtigen. Die »Lichtblicke« in einzelnen Branchen und Regionen reichen aber *bei weitem* nicht aus, um in den neuen Ländern insgesamt »einen Umschwung in der Wirtschaftslage und der zwischenzeitlich stark strapazierten Stimmungslage herbeizuführen«¹². Eher sind sie Ausdruck für eine nach wie vor »wirtschaftlich, regional und sozial völlig unausgewogene Mischung« gegensätzlicher Entwicklungstendenzen, was schon 1997 Anlaß zu der Frage war: Ostdeutschland, quo vadis – in Richtung High-Tech-Region oder in Richtung Mezzogiorno?¹³ Inzwischen sind sieben Jahre vergangen, ohne daß sich hier viel bewegt hätte. Da es sich bei dem wirtschaftlichen Zurückbleiben Ostdeutschlands aber weder um einen nebensächlichen Aspekt noch um einen bloß temporären Prozeß handelt, sondern um einen nun schon fast ein Jahrzehnt andauernden Trend, wird die von Wolfgang Thierse zur Jahreswende 2001 aufgeworfene Frage, ob es für die neuen Länder *überhaupt noch* »eine Angleichungsperspektive« gibt¹⁴, immer dringlicher. Bei ihrer Beantwortung kann jedoch immer weniger ausgeschlossen werden, daß die Weichen für Ostdeutschland derzeit bereits in Richtung einer dauerhaft rückständigen und transferabhängigen Region, eines deutschen Mezzogiorno, gestellt sind.

Das diesem Aufsatz vorangestellte Zitat von Walther Rathenau ist auch heute noch gültig. Denn, wenn es nicht gelingt, Ostdeutschland wirtschaftlich zu entwickeln und an das Niveau Westdeutschlands

12 Helmut Seitz: Thesenpapier zur Lage in Ostdeutschland und zur weiteren Vorgehensweise beim »Aufbau Ost«, Frankfurt/O. 2003, S. 1.

13 Jörg Roesler: Zwischen High-Tech und Mezzogiorno. Ostdeutschlands ungewisse Zukunft, in: UTOPIE kreativ, Heft 83 (September 1997), S. 34 ff. Der Autor konstatierte damals, daß die »Mezzogiornoversion« aus mikroökonomischer Perspektive in der ostdeutschen Unternehmenslandschaft strukturell bereits angelegt sei (S. 41). Dies hat sich heute, acht Jahre später, leider im großen und ganzen bestätigt.

14 Wolfgang Thierse, a. a. O., S. 16.

- heranzuführen, dann wird es auch nicht möglich sein, in Deutschland einheitliche bzw. gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Jetzt nicht und auch nicht in der Zukunft. Da hilft auch kein optimistischer Blick auf das Erreichte, wie ihn Bundespräsident Köhler von den Ostdeutschen fordert¹⁵, denn hier geht es nicht um Stimmungen und Gefühle, sondern um ökonomische Fakten. Die »ökonomische Wirklichkeit« aber, schreibt ifo-Chef Hans-Werner Sinn, ist mittlerweile »so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt hatten, daß man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann«¹⁶. Trifft dies zu, so wäre damit auch die Angleichungsoption der neuen Länder in Frage gestellt, denn ohne wirtschaftliche Konvergenz kann es keine wirkliche Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse geben. Selbst wenn die Regierung verbal an diesem Ziel festhält, so wäre dieses doch in einem Staat, worin die Ostdeutschen kaum 18 % der Bevölkerung stellen, politisch kaum durchsetzbar und auf Dauer auch nicht finanzierbar. Die aktuelle Debatte um die Transferzahlungen zeigt dies sehr klar: »Der Osten steht still – und der Westen stürzt ab, weil er die Milliardentransfers längst aus der eigenen Substanz begleichen muß«, behauptete der *Spiegel*¹⁷ und löste damit eine neue Ost-West-Kontroverse aus. Argumentiert wird dabei mit einer Bruttogröße der Transfers in Höhe von 1 250 Mrd. €. Andere Autoren beziffern die Zahlungen sogar noch höher, auf 1 500 Mrd. €, was selbst für die Regierung zuviel ist und deshalb von Manfred Stolpe schlichtweg als »Unsinn« bezeichnet wurde.¹⁸
- Tatsächlich sind die »Sonderleistungen« für Ostdeutschland, und *nur diese* stehen hier zur Debatte, deutlich niedriger zu veranschlagen, laut IWH auf »nicht mehr als 15 Mrd. € im Jahr«¹⁹, insgesamt – seit 1991 – also auf 200 bis 250 Mrd. €. Das sind etwa 0,7 % des jährlichen BIP – wahrlich keine Größe, die wirtschaftlich ernstlich ins Gewicht fällt.
- Rechnet man alle Ausgaben des Bundes, der Länder und der Sozialversicherungen in Ostdeutschland, die dort nicht selbst erwirtschaftet werden, deren Zahlung aber gesetzlich geregelt ist und die deshalb unabhängig von der ökonomischen Leistungskraft erfolgt, zu den Transferleistungen, so erhöht sich deren Umfang auf ca. 80 Mrd. € pro Jahr bzw. rund 1 Billion € für den Zeitraum von 1991 bis 2004. Dies entspricht etwa 4 % des westdeutschen BIP, was beachtlich ist, aber bei weitem noch »keine Größenordnung« darstellt, »die Westdeutschland wirtschaftlich herunterzieht«²⁰. Für eine ökonomische Würdigung der West-Ost-Transfers ist es zudem unverzichtbar, dem finanziellen Aufwand die Vorteile, welche damit für die westdeutsche Wirtschaft verbunden sind, gegen zu rechnen. Diese bestehen in einem zusätzlichen Produktionsvolumen von rund 100 Mrd. € pro Jahr, mindestens einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze, entsprechend höheren Steuer- und Beitragseinnahmen u.a.m. Am meisten wiegt jedoch der »Zuzug gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus dem Osten«²¹, dessen Wert als *Humankapital* den Umfang der Transferleistungen bei weitem übersteigen dürfte. Derartige Überlegungen werden jedoch im Westen nicht gerne gehört, da sie die o. g. Argumentation ad absurdum führen würden.²² Diese aber braucht man, um von den wahren Ursachen der Wirtschaftsmisere in Deutschland
- 15 Handelsblatt, 30. 9. 2004.
- 16 Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, Düsseldorf 2003, S. 221.
- 17 Stefan Berg et al.: Tabuzone Ost, in: Der Spiegel, 15/2004, S. 25.
- 18 Berliner Zeitung, 20. September 2004.
- 19 Joachim Ragnitz: Transferleistungen für die neuen Länder – eine Begriffsbestimmung, in: IWH-Pressemitteilung 27/2004, S. 3.
- 20 Rüdiger Pohl: Die Wachstumsschwäche in Deutschland – ist der Osten schuld? – ein Kommentar, in: IWH-Pressemitteilung 15/2004, S. 2.
- 21 Ebenda.
- 22 Vgl. Ulrich Busch: Abstieg West durch Aufbau Ost?, in: Prokla 135, 34 (2004) 2, S. 321-329.

abzulenken. Und die liegen weder in Ostdeutschland noch in den Folgen der Wiedervereinigung. Deshalb wurde die abenteuerliche Aufrechnung der Transferzahlungen im *Spiegel* einige Monate später, ohne auch nur mit einem Wort auf die Gegenargumente einzugehen, noch einmal wiederholt, ebenso die unsinnige Behauptung, die Schaffung annähernd gleicher Lebensverhältnisse innerhalb der Landesgrenzen Deutschlands zehre bereits heute »von der Substanz«²³.

Dies zeigt vor allem eins: Die Zeit der Vereinigungseuphorie und -solidarität ist endgültig vorbei; der *Aufbau Ost* ist im wesentlichen abgeschlossen. Was jetzt noch folgt, sind Auslaufprogramme und Nachbesserungen im Rahmen der allgemeinen regionalen Wirtschaftsförderung und Reformpolitik – mehr nicht.

Aufbau Ost als »passive Sanierung«

Mit der 2001 getroffenen Entscheidung über den Solidarpaket II und das integrierte Konzept für den *Aufbau Ost* wurde ein Kompromiß gefunden, um den sofortigen wirtschaftlichen und sozialen Absturz der neuen Länder zu verhindern, ein selbsttragender Aufschwung aber wird mit diesem Konzept – soviel ist bereits heute erkennbar – nicht erreicht werden. Eher nimmt das Ganze allmählich Formen einer »passiven Sanierung« an.

Inzwischen gibt es bereits ernst zu nehmende Versuche, selbst dieses halbherzige Konzept zu demontieren und die dafür vorgesehenen Mittel zu streichen. So forderte Roland Koch im Namen der westdeutschen Bundesländer die Streichung des Artikels 91a GG, welcher Bund und Länder verpflichtet, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in wenig entwickelten und strukturschwachen Regionen finanziell beizutragen. Kann er sich damit durchsetzen, so hätte dies für die neuen Länder zur Konsequenz, »bei knapper Haushaltslage des Bundes in Zukunft kein Geld mehr zu bekommen«²⁴. Das läßt vermuten, daß es vor dem Hintergrund defizitärer Haushalte, verschärfter Sparauflagen und zunehmender Verteilungskämpfe zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie zwischen den Ländern selbst aller Voraussicht nach für Ostdeutschland in der nächsten Zeit zu harten Einschnitten und Mittelkürzungen bei fast allen finanziellen Zuwendungen kommen wird.

Hieran vermag auch der Solidarpaket II, welcher für die neuen Länder im Zeitraum 2005 bis 2019 degressive Finanzzuweisungen (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) in Höhe von 105 Mrd. € (Korb 1) sowie zusätzliche 51,1 Mrd. € (Korb 2) als »Zielgröße« (das heißt, mit Haushaltsvorbehalt) für die Wirtschaftsförderung vorsieht, wenig zu ändern. Zum einen ist der Umfang dieser Mittel – gemessen am festgestellten Nachholbedarf – »kaum als ausreichend anzusehen«, um die »Infrastrukturücke« zu schließen.²⁵ Auch der absolute Betrag ist, berücksichtigt man die längere Laufzeit, verglichen mit dem des Solidarpakts I, geringer.²⁶ Künftig stehen den neuen Ländern also ohnehin deutlich *weniger* Mittel zur Verfügung als bisher. Zum anderen besteht die reale Gefahr, daß die Solidarpaketmittel zu einem nicht unwesentlichen Teil in den defizitären Haushalten der neuen Länder »versickern« und nicht für Investitionen verwendet werden.²⁷ Da ihre investive Verwendung für

23 Stefan Berg et al.: Trübsal in der Zwischenwelt, in: *Der Spiegel*, 39/2004, S. 45 f.

24 Westen will raus aus dem Solidarpaket, in: *Handelsblatt*, 30.9.2004, S. 1.

25 Joachim Ragnitz: »Solidarpakt II«: Die ostdeutschen Länder in der Verantwortung, in: *Wirtschaft im Wandel 10/2001*, Halle 2001, S. 248.

26 Im Rahmen des Solidarpakts I wurden neben den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und den Finanzhilfen gem. IfG auch noch andere Finanzzuweisungen an die neuen Länder und Berlin erfaßt, so daß der jährliche Leistungsumfang zwischen 21 und 28 Mrd. € schwankte. Der Gesamtumfang wird auf 262 Mrd. € veranschlagt (vgl. Ulrich Busch: *AmT Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin 2002, S. 189 ff.).

27 Helmut Seitz weist darauf hin, daß die finanziellen Belastungen der neuen Länder, die aus der Erfüllung von Ansprüchen aus dem »Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz« (AAÜG) resultieren, schon heute mehr als ein Viertel der für den Aufbau Ost bestimmten Solidarpakettransfers ausmachen (Helmut Seitz: *Die Leistungen der neuen Länder im Rahmen des AAÜG – Bestimmungsgründe und Belastungsdynamik – Gutachten*, 2003, S. 13.)

28 Jahresbericht 2003, a. a. O., S. 21.

29 Vgl. Ulrich Busch, Anja Schneider: Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen, in: UTOPIE kreativ 127 (2001), S. 416-426.

30 Karl Schiller: Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft, Berlin 1994.

31 Vgl. Ulrich Busch: Mezzogiorno Ost! Na und?, in: Berliner Debatte INITIAL, 13 (2002) 5-6, S. 144-156.

32 Vgl. z. B. Hans-Werner Sinn, Frank Westermann: Two Mezzogiornos, in: CESifo Working Paper No. 378, München 2001 sowie Jan Prieue: Ostdeutschland 1990-2010 – Bilanz und Perspektive, in: AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hg.): Ostdeutschland – eine abgehängte Region. Perspektiven und Alternativen, Dresden 2001, S. 16 ff.

33 Der eigentliche Mezzogiorno umfaßt die wirtschaftsschwachen, durch die historische Entwicklung und eine rückständige Wirtschaftsstruktur ökonomisch wie sozial hinter der Gesamtentwicklung des Landes zurückgebliebenen Regionen Süditaliens. Trotz staatlicher Transfers ist es in den zurückliegenden 150 Jahren nicht gelungen, den Abstand dieser Gebiete gegenüber dem fortschrittlicheren Norden spürbar zu verringern.

34 Geny Piotti: Akteure und Strategien regionaler Umstrukturierung in Süditalien, in: Berliner Debatte INITIAL 14 (2003) 6, S. 66.

die wirtschaftliche Entwicklung aber »entscheidend«²⁸ ist, käme dadurch das *gesamte* Aufbaukonzept ins Rutschen: Statt eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und einen dynamischen Aufholprozeß zu generieren, sicherten die Finanzzuweisungen den neuen Ländern dann bestenfalls noch den Status quo. Das wirtschaftliche Programm des *Aufbau Ost* würde dadurch vollends zu einem Konzept der »passiven Sanierung« werden. Zum größten Teil ist es dies heute schon, wie die Verwendungsstruktur der Transferleistungen mit einem Konsumanteil von mehr als zwei Dritteln unschwer erkennen läßt.²⁹

Dabei gilt es zu beachten, daß der hohe Konsumanteil in erster Linie Sozialausgaben umfaßt, welche vor allem Ausdruck sind für die wirtschaftliche Misere im Osten. Die angespannte Finanzlage der ostdeutschen Länder und Kommunen sowie die Kürzung der Finanzzuweisungen insgesamt werden diesen Trend nicht umkehren, sondern zwangsläufig weiter verstärken. So wird der Umfang der nicht kürzbaren, da gesetzlich geregelten, Transfers weiter zunehmen und die öffentlichen Haushalte (Bund, Sozialversicherungen, West-Länder) belasten. Diese »permanente Alimentierung des Ostens« wird sich schließlich, wie Karl Schiller es vorhersagte, »in einer Deformation der Gesellschaft niederschlagen. Eine große subventionierte Reservearmee von Arbeitskräften im Wartestand jeglicher Art (aber) wäre das Gegenteil einer wirklichen Integration ... das Ganze wäre eine moderne, deutsche Variante des Mezzogiorno.«³⁰

Die neuen Bundesländer als der »Mezzogiorno Deutschlands« – ein Szenario, das Anfang der 90er Jahre noch als Horrorvision zurückgewiesen wurde, wird inzwischen von nicht wenigen Ökonomen durchaus als »realistisch« angesehen.³¹ In der Literatur spiegelt sich dies bereits heute entsprechend wider, indem der Topos Mezzogiorno nicht mehr nur als Menetekel verwendet wird, sondern immer häufiger auch zur anschaulichen Beschreibung der Wirklichkeit, der ostdeutschen Realität.³² Dabei wird dieser Begriff weniger in seiner geographischen und historischen Bestimmtheit³³ gesehen, sondern eher als Metapher für eine vergleichsweise schwach entwickelte Region. Er steht damit für Gebiete, Regionen oder Landesteile, die »durch wirtschaftliche Rückständigkeit im Vergleich zum restlichen Teil ihres Landes ... geprägt sind, und bei denen Fragen der ›Therapie‹ zur Reduzierung der Disparitäten und zur Schaffung einer selbsttragenden Entwicklung sowie die Rolle, die staatliche Intervention dabei spielt, diskutiert werden.«³⁴ In Europa gibt es zahlreiche, zumeist periphere Regionen, die als »europäische Mezzogiornos« klassifiziert wurden. Neben dem gemeinsamen Merkmal ihrer relativen Rückständigkeit weisen sie jeweils spezifische Züge und Charakteristika auf, die sie voneinander unterscheiden. Dabei schneidet Ostdeutschland bisher noch vergleichsweise günstig ab, denn es besitzt weder eine lange Tradition als entwicklungsschwacher Raum, noch ist es generell, in allen Territorien und Bereichen, als rückständig oder zurückgeblieben einzustufen.

Das Zurückbleiben Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland datiert frühestens seit 1945, als sich infolge von Demontagen, Reparationszahlungen und Abwanderung das Wirtschaftspotential im Osten verringerte, während es im Westen kräftig zunahm. Der DDR ist es dann bis 1989 nicht gelungen, diese in der Nachkriegszeit ent-

standene Potential- und Produktivitätslücke wieder zu schließen. Nach 1971 hat sie sich sogar noch vergrößert, ohne daß die DDR dadurch jedoch wirtschaftlich oder sozial auch nur in die Nähe eines der europäischen Mezzogiornos gelangt wäre.

Den entscheidenden Ausschlag für die heutige Situation hat der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands infolge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 1990/1991 gegeben. Aber auch die Vorgehensweise der Treuhandanstalt zwischen 1991 und 1994 und die Transformations- und Integrationspolitik der Bundesregierung(en) bis heute sind hierfür verantwortlich.³⁵

1996 stand der Osten wirtschaftlich »auf der Kippe«³⁶, ohne daß die Regierung mit geeigneten Maßnahmen reagiert hätte. Inzwischen ist er in großen Teilen ökonomisch und sozial »gekippt«: Die Wirtschaft stagniert, die Beschäftigung sinkt, soziale Problemedrohen zu eskalieren. Ostdeutschland ist heute mehr denn je eine Transferökonomie und Transfergesellschaft, die »am Tropf« des Westens hängt. Die Politik hat es nicht vermocht, hier eine Wende herbeizuführen, für Optimismus und Aufbruchstimmung zu sorgen und mit ihren Finanzmitteln und Förderinstrumenten einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren. Vielmehr beschränkt sie sich seit einiger Zeit neben der Förderung einzelner Projekte auf die »passive Sanierung« der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft³⁷, so daß Unterbeschäftigung, Abwanderung, Überalterung, Lohndumping und Verarmung weiter Platz greifen. Dies aber sind typische Charakteristika für wirtschaftlich schwach entwickelte Regionen, für »Mezzogiornos«. Für die neuen Bundesländer trifft dies zu, sofern die regionale Differenzierung sich weiter ausprägt und die Räume außerhalb der Wachstumspole und Entwicklungszentren und der Entvölkerung und Verödung preisgegeben werden.

Tabelle 2:
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozeß Ostdeutschlands (1991-2003)

	1991	1997	2003
BIP je Einwohner (Preisbasis 1995) ¹	49,4	67,1	66,4
BIP je Einwohner ² (nominal)	33,4	62,2	63,9
Ausrüstungsinvestitionen ²	62,0	108,0	89,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) ¹	51,2	72,5	74,6
Arbeitnehmerentgelt je A. ³	49,3	76,1	77,4
Lohnstückkosten ² (Personenbasis)	141,1	111,8	106,8
Haushaltsnettoeinkommen ³	54,0	82,0	81,0
Arbeitszeit je Arbeitnehmer	99	110	109
Erwerbsbeteiligung ²	96,0	91,0	88,0
Arbeitslosenquote	207	197	233
Kapitalstock je Einwohner	38,0	66,0	71,0
Exportquote ²	52,0	44,0	60,0
Öff. Infrastruktur je Einwohner	50,0	64,0	78,0
Originäre Steuerkraft	15,0	36,0	33,0

1 NBL mit Berlin, ABL ohne Berlin;

2 NBL ohne Berlin, ABL mit Berlin;

3 SOEP.

Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, S. 154; IWH: Wirtschaft im Wandel 6/2004, S. 174; IW: Positionen 10/2004, S. 26.

35 »Kein Politiker, egal welcher Partei, hat bisher ernsthaft versucht, den Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft zu beschleunigen ... Wenn nichts speziell zugunsten des Ostens geschehen sollte, so wird man im Jahre 2020 feststellen, weitere 15 Jahre nach der Vereinigung, daß es zwar auch im Osten vorangegangen ist, daß aber von Aufholen keine Rede sein kann.« (Helmut Schmidt, in: Die Zeit Nr. 36, 26.8.2004, S. 1).

36 Diese eingängige Beschreibung des Tatbestandes einer ökonomisch wie sozial schweren Krise stammt von Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, in: Die Zeit, Nr. 2 v. 3.1.2001.

37 Jan Prieue: Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven – Bestandsaufnahme: Wo steht Ostdeutschland heute?, in: Wipo-Schnelldienst, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, 7/2004, S. 6.

38 Klaus Steinitz: Wie offen ist die Zukunft Ostdeutschlands?, in: Sozialismus, 7/2004.

39 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000; PDS Sachsen (Hg.): Alternatives Entwicklungskonzept für Sachsen (Aleksa), Dresden 2003 u. a.

40 Hans-Georg Draheim: Sieg der Reformen – auch ein Sieg der Reformvorschläge?, in: Sozialismus, 12/2003, S. 13.

41 Klaus von Dohnanyi, Edgar Most (Redaktion): Kurskorrektur des Aufbau Ost, Hamburg/Berlin 2004. Dieses Papier unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von der vorläufigen Fassung vom 10.2.2004.

42 Klaus von Dohnanyi, Edgar Most, a. a. O., S. 2 f.

43 Ebenda, S. 3.

Zweifellos ist es richtig, im politischen Diskurs auch weiterhin darauf zu setzen, daß die Zukunft Ostdeutschlands – trotz möglicherweise bereits erfolgter Weichenstellung in Richtung Mezzogiorno – immer noch ein Stück weit »offen« ist, wie Klaus Steinitz³⁸ schreibt. Denn nur auf dieser Grundlage lassen sich Vorschläge für eine Kurskorrektur sowie strategische Alternativen sinnvoll diskutieren. Utopien und Zukunftsmodelle, für die es politisch keinerlei Chancen gibt, bringen hier jedoch wenig. Bestenfalls erweitern sie das Spektrum der Diskussion bzw. tragen sie, wie die Reform- und Zukunftskonzepte der PDS³⁹, mit dazu bei, auch linkssozialistische Denkansätze immer wieder in die Debatte einzubringen.

Die Bewältigung der mit einer wirklichen Kurskorrektur für Ostdeutschland verbundenen Aufgaben setzt jedoch »ein Niveau der ökonomischen Kompetenz und der politischen wie gesellschaftlichen Akzeptanz voraus, von dem die PDS (wie auch andere alternative Parteien, Vereine und Gruppen – U.B.) noch sehr weit entfernt ist«⁴⁰. Der einzige Entwurf, der heute vielleicht eine Chance besitzt, von der Politik auf Bundesebene aufgegriffen und zumindest vom Ansatz her verwirklicht zu werden, ist das Konzept einer »Kurskorrektur« des Gesprächskreises um Klaus von Dohnanyi und Edgar Most vom 28. Juni 2004.⁴¹

Eine Kurskorrektur beim Aufbau Ost als Lösung?

Ausgehend von der Feststellung, daß »Lage und Perspektive« Ostdeutschlands absolut »dramatisch« seien und mittelfristig für die neuen Länder die Gefahr bestehe, »in weiten Teilen endgültig abgehängt zu werden«, plädieren die Mitglieder des Gesprächskreises für ein radikales Umdenken bei der Aufbau-Politik. »Auf dem bisherigen Weg«, so ihre Begründung, sei »das Ziel einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten offenbar nicht zu erreichen.« Was not tut, sei ein »Neuanfang«, eine radikale »Kurskorrektur beim Aufbau Ost«⁴². – Dies mahnt jedoch zur Vorsicht und genauen Prüfung der Vorschläge, denn nicht jeder Neuanfang verheißt automatisch etwas Gutes.

Die angestrebte Neuausrichtung des *Aufbau Ost* soll vor allem durch »eine Schwerpunktverlagerung von der Infrastruktur zum Aufbau von Wirtschaftsunternehmen« und einer sie stützenden Forschungslandschaft erfolgen, ferner durch eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf »Wachstumskerne« sowie den »Übergang von Anschubhilfen zu mehr längerfristig ertragsstützenden Maßnahmen«⁴³. Zur Umsetzung dieser Strategie wird eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und -vorschlägen unterbreitet, deren Umsetzung jedoch nur gelingen wird, wenn Ostdeutschland wirtschaftspolitisch für eine bestimmte Zeit »einer besonderen Behandlung« unterworfen wird. Im Kern geht es dabei um mehr Entscheidungsfreiheit der neuen Länder zum Abbau von Bürokratie im Rahmen der Föderalismusreform, um die Deregulierung des Arbeitsmarktes, um einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor und – nicht zuletzt – um Steuervergünstigungen für Unternehmen, die in Ostdeutschland ansässig sind. Für die Finanzierung ihrer Vorschläge fordern die Experten des Gesprächskreises im Unterschied zum Sachverständigenrat und zu einigen Wirtschaftsforschungsinstituten (ifo München,

DW Köln und RWI Essen) *keine* Kürzung der Finanztransfers, sondern eine Umschichtung und den effizienteren Einsatz der bis 2019 zugesagten Mittel. Sichergestellt werden müßte dazu jedoch, daß die Solidarpaktmittel tatsächlich fließen, der Haushaltvorbehalt also aufgehoben wird, und daß sie nicht, wie bisher, »zweckentfremdet«, also konsumtiv statt investiv, verwendet werden.⁴⁴

Klaus von Dohnanyi hält zu diesem Zweck die Schaffung einer *Sonderwirtschaftszone Ost* für »nötig«⁴⁵, auch wenn dieser Begriff in der Fassung des Berichts vom 28. Juni 2004 fehlt. Unterstützt wird er darin unter anderem von Helmut Schmidt, der für den Osten für »mindestens 15, besser für 25 Jahre« eine weitgehende Deregulierung (im Bau-, Planungs-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht) vorschlägt, ferner eine »deutlich spürbare Steuerpräferenz« sowie eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf regionale Schwerpunkte (Wachstumskerne).⁴⁶ Dem liegt die andernorts gemachte Erfahrung⁴⁷ zugrunde, daß für die Gewinnung externer Investoren und die Erreichung nachhaltigen Wachstums die steuerliche Förderung unter Umständen weit wirksamer sein kann als der Ausbau der Infrastruktur. Die Errichtung einer »Sonderwirtschaftszone Ost« würde sich jedoch nicht auf steuerliche Erleichterungen beschränken, sondern zudem weitreichende Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen in den Bereichen Bau, Planung, Umwelt und Arbeit umfassen, ferner eine verschärfte Sparstrategie und Privatisierungsoffensive im öffentlichen Sektor, die breite Einführung von Niedriglöhnen sowie eine spürbare Verlängerung der Arbeitszeit.

Berücksicht man, daß Ostdeutschland mit seinen im Vergleich zu Westdeutschland niedrigen Löhnen und Alterseinkünften, aber hohen Subventionen und zahlreichen Sonderregelungen de facto schon jetzt ein Sonderwirtschaftsgebiet ist, dies alles für den wirtschaftlichen Aufbau aber nur wenig gebracht hat, so liegt die Vermutung nahe, daß auch dieses Konzept die Probleme nicht lösen wird, sich durch seine Umsetzung aber die Gefahr vergrößern würde, daß Ostdeutschland vom westdeutschen Wohlfahrtsstaat endgültig abgekoppelt wird.⁴⁸ Zudem stützt sich die Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone auf die »unrealistische Annahme«, man könne Deutschland heute noch »ökonomisch, steuerrechtlich oder EU-rechtlich problemlos zweiteilen. Wenn überhaupt«, glaubt Helmut Seitz, »wäre ein solches Szenarium nur unmittelbar nach dem Fall der Mauer möglich gewesen«⁴⁹. Das liegt inzwischen aber 15 Jahre zurück. – Offensichtlich hat es der Bundesregierung damals diesbezüglich an politischem Willen gefehlt, für den Osten ein Aufbaukonzept durchzusetzen, das diesen nicht nur als Absatzmarkt und Arbeitskrätereservoir »ausbeutet«, sondern zugleich als wettbewerbsfähigen und attraktiven Produktionsstandort entwickelt. Vorschläge dafür hat es genug gegeben.⁵⁰ Aber die politikbeherrschenden Interessen der westdeutschen Wirtschaft standen dem offensichtlich entgegen – damals wie heute –: Die Außenmärkte sind schon genug Konkurrenz, man brauche den »Tiger« nicht auch noch im eigenen Haus! Wen wundert es da, daß Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone im Osten inzwischen ausdrücklich ablehnt, obwohl dieses Konzept eine Reihe richtiger und erfolgversprechender Ansatzpunkte enthält,

44 Ebenda, S. 18 f. Gegenwärtig werden bis zu 7 % der Solidarpaktmittel anders als vorgesehen, also nicht verwendungskonform genutzt (Helmut Seitz: Thesenpapier, a. a. O., S. 20).

45 Klaus von Dohnanyi: Ein allgemeiner Aufbau-Pakt ist notwendig, in: Wirtschaftskurier, Mai 2004, S. 2.

46 Helmut Schmidt: Was der Osten wirklich braucht, in: Die Zeit, Nr. 36 v. 26.8.2004, S. 1.

47 Derzeit gibt es in über 80 Staaten Sonderwirtschaftszonen. Ihre Einrichtung diene überwiegend der Förderung der regionalen Entwicklung und war in den meisten Fällen ein wirtschaftlicher Erfolg (vgl. Klaus-Heiner Röhl: Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Regionalentwicklung, Köln 2004).

48 Ulrich Busch: Löst die Probleme nicht: »Sonderwirtschaftszone Ost«, in: Disput 6/2004, S. 14 f.

49 Helmut Seitz: Zur zukünftigen Ausgestaltung des »Aufbau Ost«, in: Ifo Schnelldienst, 57 (2004) 10, S. 11.

50 Sonderwirtschaftszonen werden seit langem als »Instrument der Systemtransformation« wie auch als »Instrument einer gezielten Regionalentwicklung« diskutiert (vgl. Berthold Busch: Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Systemtransformation, Köln 1992).

die es zumindest verdient hätten, öffentlich diskutiert zu werden. Dazu gehört zweifellos die Hervorhebung der Rolle der Industrie für Ostdeutschlands Zukunft.

Ohne eine leistungsstarke industrielle Basis wird es keine erfolgreiche Entwicklung im Osten geben, auch keine moderne Dienstleistungsgesellschaft, wie die bisherigen Erfahrungen belegen. Nun steht es auf diesem Gebiet gegenwärtig gar nicht so schlecht, besser jedenfalls als auf anderen Gebieten. Aber reicht dies bereits für einen Aufschwung? Das verarbeitende Gewerbe hat sich in den letzten Jahren in den neuen Ländern trotz anhaltender gesamtwirtschaftlicher Stagnation positiv entwickelt. Im Jahr 2003 lag die Zuwachsrate hier bei 4,3 % (unter Einschluß Berlins), ohne Berlin lag sie sogar bei 5,7 %. Für 2004 werden 6,2 % Wachstum erwartet.⁵¹ In den vergangenen zehn Jahren wuchs die ostdeutsche Industrie im Jahresdurchschnitt um 5,5 %.⁵² Auf diese Weise vergrößerte sich ihr Wachstumsbeitrag kontinuierlich, so daß der Unternehmenssektor, trotz weiterhin rückläufiger Daten für das Baugewerbe und einem stagnierenden Dienstleistungssektor, seine Position als Wachstumsträger ausbauen konnte.

Ob die Industrie damit aber bereits auf Dauer einen »robusten Wachstumspfad« eingeschlagen hat und zum »Motor« der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden ist⁵³, bleibt abzuwarten. Allzu groß sind die strukturellen Defizite der ostdeutschen Wirtschaft. Auch die industrielle Basis ist hier nach wie vor sehr schmal.⁵⁴ So liegt der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern lediglich bei 16,1 % (2003), in den alten Ländern hingegen bei 23 %.⁵⁵ Nur 15,4 % der Erwerbstätigen sind im Osten in der Industrie tätig, das sind 633 000 Personen. In der DDR waren es zuletzt 3,34 Millionen!⁵⁶

Seit Ende der 90er Jahre zeichnet sich im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ein verändertes Grundmuster des Strukturwandels ab. Der bis dahin zu konstatierende Trend einer Regionalisierung der Produktion konnte aufgebrochen und von einer verstärkten Präsenz ostdeutscher Unternehmen auf überregionalen Märkten abgelöst werden. Dementsprechend vergrößerte sich das Gewicht leicht handelbarer Güter von 9,3 % (1996) und 12,8 % (2000) auf einen Wert, der nur noch wenig unter dem für Westdeutschland (16,8 %) liegt.⁵⁷ Dies spiegelt sich in einer Zunahme des Exportanteils und einem Anwachsen der Exportquote (2003: 25,1 %) wider, einer Entwicklung also, die unter den gegenwärtigen Bedingungen einer rückläufigen Binnennachfrage die Basis für mehr Wachstum bildet.

Hierin wird aber zugleich auch die Fragilität des Ganzen sichtbar: Verringert sich nämlich infolge einer konjunkturellen Abschwächung die Nachfrage aus dem Ausland bzw. aus Westdeutschland, so wäre die ostdeutsche Industrie davon sofort massiv betroffen. Eine breitere industrielle Basis, die sich auf organisch gewachsene Strukturen und Netzwerke und einen größeren Intra-Handel stützen könnte, wäre hier weit weniger anfällig.

Aber auch in struktureller Hinsicht zeigt die ostdeutsche Wirtschaft nach wie vor große Schwächen: So gibt es hier nicht nur eine schwach entwickelte Industrie, der Großbetriebe fehlen, ebenso Investitionen, Umsatz, Forschung, Innovationen und Beschäftigung.

51 IWH: Wirtschaft im Wandel 8/2004, S. 219.

52 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, a. a. O., S. 11.

53 Fortschrittsbericht 2002, a. a. O., S. 3.

54 Reinhold Kowalski: Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland – Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS, 1/2004.

55 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004, a. a. O., S. 12 und 157.

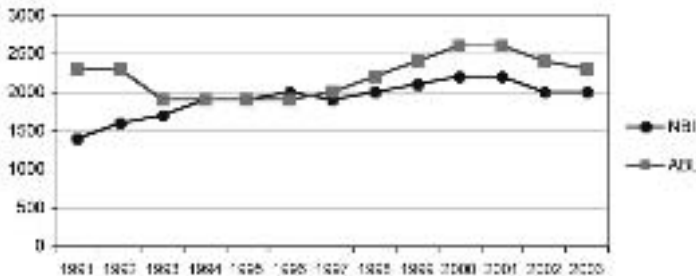
56 Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S. 125.

57 Fortschrittsbericht ... 2002, a. a. O., S. 96.

Wir haben es in Ostdeutschland auch mit einer durch politische und marktdiktierte Entscheidungen ad hoc geschaffenen, aber nicht organisch gewachsenen Industrie zu tun, die starke Züge einer Filial- und Dependenzökonomie trägt. Diese Situation macht sie in hohem Maße abhängig von den Verwertungs- und Expansionsinteressen der großen Konzerne, deren Hauptkapazitäten und Headquarters sich durchweg außerhalb der neuen Länder, in Westdeutschland oder im Ausland, befinden. Eine Re-Industrialisierung Ostdeutschlands erweist sich unter diesen Bedingungen als ausgesprochen schwierig, ist aber nichtsdestotrotz zu fordern. Dies setzt jedoch eine forcierte und staatlich geförderte Investitionstätigkeit voraus, insbesondere für neue Ausrüstungen und Anlagen. Davon ist jedoch praktisch wie konzeptionell nicht viel zu erkennen: Seit 1997 liegen die Investitionsausgaben in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Vergleichswert, seit 2000 sind sie sogar absolut zurückgegangen (vgl. Grafik 1). Das heißt, auch hier, wo die Weichen für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft gestellt werden, hat sich die relative Position der neuen Länder in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Was darf davon ausgehend und bei einem sich weiter verringernden finanziellen Spielraum für die Zukunft erwartet werden?

Abb. 1:

Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlage je Einwohner (in €)



Quelle: Jahresbericht ... 2004, a. a. O., S. 173.

Hinzu kommt, daß sich die Lage Ostdeutschlands durch den Beitritt Polens und Tschechiens sowie weiterer mittel- und osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union dramatisch verschärft hat. Sind die Chancen der EU-Osterweiterung für die deutsche Wirtschaft *insgesamt* deutlich größer als die Risiken, so stellt sich dies für Ostdeutschland umgekehrt dar. Hier überwiegen, insbesondere in den grenznahen Gebieten, ganz eindeutig die Risiken. Eingeklemmt zwischen den wirtschafts- und exportstarken Metropolregionen im Westen und den wachstumsdynamischen, expandierenden Volkswirtschaften mit niedrigen Löhnen, Steuern sowie Sozial- und Umweltstandards im Osten, wird sich Ostdeutschlands Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe nur schwer behaupten können. Die Gefahr, in dieser »Sandwich-Situation« wirtschaftlich zerquetscht zu werden, ist sehr real.

Fazit: Politisch durchsetzbare Alternativen werden gebraucht!

Was die Analyse vor allem zeigt, ist die Fragwürdigkeit *beider* Ansätze, des erneuerten Regierungsprogramms eines »integrierten Konzepts« für den *Aufbau Ost* ebenso wie des Vorschlags eines »Aufbau-Pakts«, wie ihn der Gesprächskreis um Klaus von Dohnanyi und Edgar Most unterbreitet hat. Weder die Fortschreibung des bisherigen Konzepts bei einer allmählichen Abschmelzung der Mittel noch der radikale Bruch mit dem bislang praktizierten Kurs durch die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone führen Ostdeutschland auf den Weg einer selbsttragenden Entwicklung.

Der Regierungskurs nimmt immer mehr Formen einer »passiven Sanierung« an, welche die öffentlichen Haushalte belastet, aber selbst auf lange Sicht keine Gewähr dafür bietet, daß durch den Einsatz der Transfermittel ein wirtschaftlicher Aufschwung generiert wird. Auf diese Weise ist das Ziel einer selbsttragenden Entwicklung im Osten offenbar nicht zu erreichen.⁵⁸ Deshalb der Vorschlag einer radikalen »Kurskorrektur« durch den Gesprächskreis Dohnanyi/Most. Die Umsetzung dieses Vorschlages aber würde bedeuten, daß bereits erreichte Positionen im deutsch-deutschen Konvergenzprozeß im Interesse einer Beschleunigung des *Aufbau Ost* zunächst wieder aufgegeben werden müßten, wobei keineswegs sicher ist, ob sie jemals wieder erreicht werden. Als Sonderwirtschaftszone würde Ostdeutschland wirtschaftspolitisch einer »besonderen Behandlung« unterworfen sein. Dies setzt jedoch voraus, daß die neuen Länder zuvor Maßnahmen einer Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung unterzogen werden. Ostdeutschland würde auf diese Weise nicht nur ökonomisch, sondern – zumindest für eine bestimmte Zeit – auch rechtlich und im Lebensstandard mehr als heute vom Westen abgekoppelt werden, mit der vagen Option auf eine bessere Zukunft.

Hätten die Ostdeutschen eine Wahl zwischen beiden Entwürfen, so wäre dies eine Wahl zwischen Skylla und Charybdis. Unter den gegebenen Verhältnissen aber haben sie keine Wahl. Entschieden wird hier, wie bisher auch, nach Interessenlage, wobei aktuell eher die Wirtschaft als die Politik den Ton angibt. Insofern sind *alternative* Konzepte für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands mehr gefragt denn je, denn nur auf ihrer Grundlage wird die Kritik zu einer konstruktiven Kritik, die letztlich zu besseren Lösungen führt, als Politik und Wirtschaft sie gegenwärtig beithalten.

58 Klaus von Dohnanyi, Edgar Most: Kurskorrektur des Aufbau Ost, a. a. O., S. 2 f.

Gundermann 50



Am 21. Februar wäre Gerhard Gundermann fünfzig geworden. Als er vor sieben Jahren starb, hatte ihn sein im Wortsinne doppeltes Leben überholt. Das eine Leben des Baggerfahrers in der Lausitzer Braunkohle und das andere als Songschreiber, Sänger und Darsteller. In einer fast unübersehbaren Anzahl von Texten und Liedern beschrieb er das Leben und die Landschaft unsereins, seinesgleichen. Das Land, mit dem Geruch von Arbeit, dem Rauch echter und trügerischer Hoffnungen – darin der Poet, der sich zunehmend im Wettlauf gegen die Zeit sah. Überlebe wenigstens bis morgen. Das war seine sehr praktische Option. Und ich habe keine Zeit mehr, im Spalier herum zu stehn – das war sehr direkt und buchstäblich das Wissen um Endlichkeit. In dieser Spannung verkraftete Gundermann die Wende scheinbar bruchlos. Der kurze Herbst der Utopie trug ihn weiter als zu jener Marke, die mit der Deutschen Einheit benannt wird. Seine Bands wechselten, aber er fand und sang mit unglaublicher Kraft seinen Ton. So, dass dieser noch immer in der Luft liegt.

BERND RUMP

Härter als der Rest.
Gerhard Gundermann
zum 50. Geburtstag
Kolloquium, veranstaltet
von der Rosa-Luxemburg-
Stiftung und Gundermanns
Seilschaft e.V.

Anliegen des Kolloquiums ist es, Gundermanns Kunst unter dem Aspekt des Produzierens und ihres Fort-wirkens zu betrachten. Was haben seine Lieder wann gewollt – wofür und wie sind sie entstanden, worin lag ihre Intention? Wie verstanden sich Text, Musik und Auftrittsinszenierung? Woher die Wirkung, die sie damals hatten, woher die, die sie heute haben? Worin bestehen ihre Potentiale für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger gesellschaftlicher Probleme?

Idee, Konzept und Moderation: Bernd Rump
 Beiträge u. a. von Paul Bartsch, Ulrich Burchert, Birgit Dahlke, Simone Hain, Stefan Körbel, Henry-Martin Klemt, Delle Kriese, Bernd Rump, Klaus-Peter Schwarz, Hans-Eckardt Wenzel

19. Februar 2005,
 13.00 Uhr
 Rosa-Luxemburg-Stiftung,
 Franz-Mehring-Platz 1,
 10243 Berlin
 (Konferenzraum)

Anmeldungen und Informationen:
 Lutz Kirschner,
 030/44310146,
 kirschner@rosalux.de

heute bin ich hans im glück
ich habe einen batzen geld
und schon manches gute stück
im kaufhaus dafür ausgewählt

ich könnte kaufen eine kuh
oder besser noch ein schwein
schön wär auch ich käm dazu
und kriege einen schleifstein

ich habe einen batzen geld
und kriege dafür was ich will
ich habe dreimal nachgezählt
ein herrliches gefühl

Gerhard Gundermann

Aus:
Lohntag, in: Gerhard
Gundermann: Männer,
Frauen und Maschinen
(LP 1988)

eure eltern haben es nicht geschafft
aus dem heißen beton der stadt zu fliehn
hatten nach der arbeit nicht mehr die kraft
nochn einfamilienhaus hochzuziehn
unser traum ist ein stückchen garten
ne wiese auf der es sich liegen läßt
mutter trinkt kaffee und vater spielt karten
mit den nachbarn beim lampionfest

an diesen traum glauben wir kaum
es ist schon so lange so wie es ist

Gerhard Gundermann

Aus:
verzweifeltes kinderlied
mit kleinbürgerlichem
einschlag, in: Ebenda.

wir bezwingen ozeane
mitn gebrauchten narrenschiff
über uns lacht ne goldne fahne
unter uns ein schwarzes riff ...

immer noch brennt bis früh um vier
in der heizerkajüte licht
immer noch haben wir den schlüssel
von der waffenkammer nicht

Aus:
sos, in: Silly: Februar
(LP 1988)

Tamara Danz und Gerhard Gundermann

die zukunft ist ne abgeschossne kugel
auf der mein name steht und die mich treffen muß
und meine sache ist wie ich sie fange
mitm kopf mitm arsch mit der hand oder mit der wange
trifft sie mich wie ein torpedo oder trifft sie wie ein kuss

die zukunft ist ein unentdecktes land
schnelle hasen wilde wölfe fülln den wald
und meine sache ist nun wen ich jage
ob ich mich zu den hasen oder zu den wölfen schlage
sterb ich mit den einen oder werd ich mit den andren alt

Gerhard Gundermann

Aus:
die zukunft, in:
Gundermann: Krams –
Das letzte Konzert
(CD 1998)

MAX KOCH

»Noch nie war so viel Ideologie wie heute«

Zu Sebastian Herkommers Buch:
Metamorphosen der Ideologie.¹

Als ich Mitte der achtziger Jahre mein Soziologie-Studium an der Freien Universität Berlin begann, waren Sebastian Herkommers Lehrveranstaltungen außerordentlich beliebt. Dies wollte etwas heißen, lehrten doch dort damals über zwanzig Professoren nebst akademischem Anhang in sechs nach Lehrgebiet unterschiedenen »Kommissionen«. In der von Herkommer mitgegründeten Kommission »Produktion-Klassentheorie« waren unterschiedliche Forschungsschwerpunkte wie kritische politische Ökonomie, Sozialstrukturanalyse, Gesellschafts- und Ideologietheorie angesiedelt. Deren gemeinsamer Nenner war ein kritischer und undogmatischer Marxismus, welcher auf eine Rekonstruktion Marxscher Texte und eine Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule zurückging, der Herkommer selbst in den frühen sechziger Jahren als Assistent angehört hatte. Im Sommersemester 1986 belegte ich einen Lektürekurs zu seinem gerade erschienenen Band »Einführung Ideologie«.² Dabei eigneten wir Studenten uns zum einen den klassischen Ideologie-Begriff bei Marx und Engels an und zum anderen lernten wir die spätere ideologietheoretische Debatte innerhalb des Instituts für Sozialforschung (1956), bei Schnädelbach (1969) und Kofler (1975) sowie nicht zuletzt bei Gramsci³ und Herkommer selbst kennen.

Mit dem Tod Sebastian Herkommers im September 2004 hat die Linke einen ihrer eloquentesten intellektuellen Verbündeten verloren.⁴ Da ist es ein Glück im Unglück, dass es ihm noch gelungen ist, sein letztes Buch über die »Metamorphosen der Ideologie« zu beenden. Darin wird einerseits angeknüpft an die ideologietheoretischen Debatten der siebziger und achtziger Jahre, andererseits werden die aktuellen Strukturveränderungen des postfordistischen Kapitalismus berührt und das ursprüngliche theoretische Konzept entsprechend modifiziert:

»Den Veränderungen der modernen Gesellschaft ... müssen Veränderungen oder Erweiterungen des Ideologiekonzepts entsprechen. Wenn zu Recht von Metamorphosen der Ideologie statt von ihrem Ende gesprochen werden kann, dann wird gezeigt werden müssen, inwiefern der Ideologie in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Legitimität und Legitimation der gesellschaftlichen Verhältnisse, der wirtschaftlichen wie der politischen, die entscheidende Schlüssel-funktion zukommt.« (Herkommer 2004, S. 15)

Es geht also nicht um eine allgemeine und systematische Theorie der Ideologie, sondern vielmehr darum, die »Durchdringung unserer gegenwärtigen Gesellschaft durch Ideologie aufzuzeigen« – mithin

Max Koch – Jg. 1966; Dr. phil. habil.; lehrt Soziologie an der School of Sociology and Applied Social Studies an der University of Ulster, Nordirland. Jüngste Veröffentlichung: Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa (Wiesbaden 2003); zuletzt in UTOPIE kreativ: Der nordirische Friedensprozess vor dem Hintergrund der Theorie der sozialen Schließung, Heft 160 (Februar 2004). Foto: privat

1 Sebastian Herkommer: Metamorphosen der Ideologie. Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive, Hamburg 2004, 161 S., (14,80 €)

2 Damals ging es Herkommer bereits darum, »die Gegenstände der geläufigen Überbau-Disziplinen (Recht, Kunst, Religion usw.) in

übergreifender Weise zu behandeln« (Herkommer 1985, S. 7) – um einen »integralen Ansatz« also, welcher, ausgehend von der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, »die Veränderungen von materieller und immaterieller Produktion im Zusammenhang und als Zusammenhang« darstellt (ebenda).

3 Für Herkommer (1985, S. 98 f.) kommt Antonio Gramsci das Verdienst zu, die Aufmerksamkeit marxistischer Forschung auf das Feld der Kultur gerichtet und »Analysen der Trivialliteratur und Massenkultur selbst vorgenommen oder doch angeregt zu haben. Unter einer doppelten Fragestellung: zum einen steht auch für ihn die Zielsetzung im Vordergrund, sozialistische Wertvorstellungen und Kultur im Volk zu verankern; zum andern aber stellt sich ihm die dringliche Frage, wie es *mittels* der bestehenden Folklore, der in Mode kommenden Fortsetzungsromane, der Krimis und der Kinofilme zur Einbindung der Massen in die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse und zu deren Hinnahme kommt.«

4 Siehe zum wissenschaftlichen und politischen Werdegang Sebastian Herkommers Bischoff & Hüning 2004.

5 Karl Marx (MEW 23, S. 562) begriff zuerst »die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle

um die gesellschaftliche Genese der »Ideologie des Neoliberalismus« (ebenda, S. 16).

Als Ausgangspunkt, und zugleich als Vorbereitung dessen, was als neuartig an der gegenwärtigen Epoche anzusehen ist, dient Herkommer die Erinnerung daran, was unter kapitalistischen Verhältnissen als gleichbleibend gelten kann: die der kapitalistischen Produktionsweise inhärente und in der *Kritik der politischen Ökonomie* dargestellte Stufenfolge der Mystifikation – »von der Ware zum Geld und den Formen des Kapitals bis zur *Trinitarischen Formel*, in der sich die bürgerliche Gesellschaft in ihrer *Oberfläche* darstellt« (ebenda, S. 150; 90 ff.). Welche konkrete Form eine Gesellschaftsformation und die ihr korrespondierenden Ideen auch immer annehmen mögen, diese Stufenleiter der Verkehrung von gesellschaftlich-spezifischen Verhältnissen in sachlich-natürliche Eigenschaften mit der Lohnform⁵ als ihrer Basis liegt dem Alltagsbewusstsein der sozialen Akteure immer schon zugrunde. Indem nachgewiesen wird, dass und wie in der kapitalistischen Produktionsweise unter der Form der Äquivalenz sich ein ihr gegenteiliger Inhalt reproduziert⁶ – Ungleichheit, Eigentum aufgrund der Aneignung fremder Arbeit –, lassen sich Ideen der Freiheit, der Gleichheit und auf individueller Leistung beruhenden Eigentums sowie sozialer Gerechtigkeit als »ideologische« dechiffrieren. Einfach von *falschem* Bewusstsein kann dabei allerdings nicht die Rede sein, wie Herkommer im Anschluss an Schnädelbach⁷ resümiert, vielmehr handelt es sich um »die *richtige* Wahrnehmung eines verkehrt erscheinenden Verhältnisses« (Herkommer 2004, S. 92) oder um *notwendig* falsches Bewusstsein.

Im nächsten Schritt verlässt Herkommer das Abstraktionsniveau der kapitalistischen Produktionsweise und nähert sich einem erweiterten Ideologiebegriff. Dabei gelte es, insbesondere »zwei unübersehbare Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft« zu berücksichtigen: »die enorme Ausfächerung gesellschaftlicher Lebensbereiche jenseits der unmittelbaren Produktion des gesellschaftlichen Reichtums mit der Tendenz ihrer Verselbständigung zum einen, und die politisch vermittelte Umverteilung der primären Einkommen (Lohn und Kapitalgewinn) durch den Sozialstaat zum anderen, wodurch es in der Tat zu der Vorstellung vom Leben ohne eigene Arbeit, freiwillig oder unfreiwillig, kommen kann« – und damit zu einer »Potenzierung des *verkehrten* bzw. *notwendig falschen* Bewusstseins« (ebenda, S. 97). Ein drittes, ebenfalls das Ideologieproblem modifizierende, Moment sieht Herkommer in der »Zunahme des Denkens und Handelns in Kategorien unmittelbarer Natürlichkeit, ethnischer oder rassistischer Gemeinsamkeit, der Abstammung oder der Hautfarbe – oder des Geschlechts« (ebenda). Eine vierte Dimension wird durch Rekurs auf den französischen Soziologen Pierre Bourdieu eingeholt: »dass Ideologie (ursprünglich die Wissenschaft von den *Ideen* oder Vorstellungen) sich nicht beschränkt auf *Bewusstseinsprozesse*, sondern auch non-verbale Elemente enthält, eine *körperliche Dimension* aufweist, sich in der Mimik, Gestik, Körperhaltung der Einzelnen ausdrückt und durch Visualisierung oder durch andere sinnliche Wahrnehmung wirksam wird.« (Ebenda, S. 32) Gemeint ist jene *Inkorporation* der herrschenden Ordnung durch die Beherrschten, welche Bourdieu als *amor fati*, als Bereitschaft oder

sogar Komplizenschaft mit der Macht beschrieben hat.⁸ Wenn aber mit Bourdieu und dem Habitus als »praktischer Sinn« gerade auf die vorreflexiven Momente abgehoben wird – Geschmack, Präferenzen, Gewohnheiten –, dann wird damit über traditionelle Ideologiekritik an den *Gedanken* der herrschenden Verhältnisse hinausgegangen.⁹ Die Unterordnung der Beherrschten, die nichts mit einer freiwilligen Unterordnung gemein hat, erscheint dann als »von einer Macht bewirkt, die sich in Form von Wahrnehmungsprozessen und Dispositionen (zu achten, zu bewundern, zu lieben usw.) den Körpern der Beherrschten auf Dauer eingeschrieben hat, das heisst in Form von Glaubensinhalten, die für bestimmte symbolische Bekundungen wie etwa öffentliche Vorführungen der Macht *empfänglich* machen.« (Bourdieu 2001, S. 219)

Ausgerüstet mit diesem erweiterten Ideologiekonzept macht sich Herkommer an sein eigentliches Untersuchungsobjekt: den Neoliberalismus und die »Ideologie des entfesselten Kapitalismus«. Als hilfreich zur Charakterisierung unterschiedlicher ideologischer Konjunkturen im Laufe der Entwicklung des Kapitals erweist sich dabei die schon bei Marx anzutreffende Unterscheidung von Ideologie im Singular und Ideologien im Plural. Neben die Ideologie in der Einzahl, bestimmt als »der gesellschaftlich notwendige Schein und als Verschränkung des Wahren mit dem Unwahren«, tritt die Vielfalt politischer und kultureller »Ideologien im Plural, die unter Bedingungen der Globalisierung, gleichzeitig aber auch der Pluralisierung und Individualisierung miteinander konkurrieren, mitunter auch friedlich koexistieren.« (Herkommer 2004, S. 153) Als wichtigste Ideologien der Gegenwart identifiziert Herkommer den Neokonservatismus und mehr noch den Neoliberalismus.

Der mit »Reagonomics« und »Thatcherism« in den achtziger Jahren sich durchsetzende Neokonservatismus wird als Übergangsperiode zum neoliberalen Zeitalter begriffen. Die Kritik am Sozialstaat, dem sinkende Wachstums- und steigende Arbeitslosenraten angekreidet wurden, die Beschwörung der Eigeninitiative und der liberalen Werte im allgemeinen (individuelle Freiheit und Postulat der Gleichheit, Eigentum aufgrund eigener Leistung) gingen hier einher mit dem traditionellen Fundus religiös-moralischer und nation- sowie familienzentrierter Werte¹⁰: Einerseits sollte im Neokonservatismus »die überlieferte Wertordnung erhalten werden, die selber schon eine Mischung liberaler und konservativer Elemente darstellt«, andererseits sollte »eine beschleunigte Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft betrieben werden, deren negative Folgen wiederum von der konservativen Kulturkritik beklagt« wurden (Herkommer 2004, S. 126 f.). Der Kompromiss im recht heterogenen politisch-ideologischen Bündnis von Liberalen und Konservativen stand von vornherein auf brüchiger Grundlage, worauf Herkommer seit den späten achtziger Jahren immer wieder hingewiesen hatte.¹¹ So würde die »Konzertierung und Orchestrierung sich unterscheidender ideologischer Strömungen« vor allem dann zum Problem, wenn die erhoffte »Wiederbelebung der Marktkräfte« ausbliebe. Dann wäre »mit der wirtschaftlichen auch die politische Stabilität des Systems und seiner Herrschaftsstrukturen gefährdet.« (Ebenda, S. 132)

Genau dies war nach 1989 der Fall. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahmen zu, und in dem Maße, wie sich die »soziale Uto-

Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.«

6 Dabei hebt Marx (MEW 23, S. 610 f.) hervor, dass die Aneignung von Mehrarbeit sich im »genauesten Einklang mit den ökonomischen Gesetzen der Warenproduktion« vollzieht, vor allem mit dem Prinzip des Austauschs von Wertäquivalenten. Ausbeutung beruht »im Gegenteil aus der Anwendung dieser Gesetze.«

7 »Ideologie ist gesellschaftlich notwendig falsches Bewusstsein, sofern man die Subjektseite betrachtet, und gesellschaftlich notwendiger Schein, wenn man vom Gegenstand des ideologischen Bewusstseins spricht. Der Terminus *gesellschaftlich notwendig* bedeutet nicht einen naturgesetzlichen Zwang zum falschen Bewusstsein, sondern eine objektive Nötigung, die von der Organisation der Gesellschaft selbst ausgeht.« (Schnädelbach 1969, S. 83 f., zitiert nach Herkommer 2004, S. 95)

8 »Eine der Wirkungen der symbolischen Gewalt ist die Verklärung der Herrschafts- und Unterwerfungsbeziehungen zu affektiven Beziehungen, die Verwandlung von Macht in Charisma oder in den Charme, der eine affektive Verzauberung bewirken kann (beispielsweise in den Beziehungen zwischen Chefs und Sekretärinnen). Die Schuldanerkennung wird zur Dankbarkeit, zum dauerhaften *Empfinden* für den Urheber

des großmütigen Akts, das bis zur Zuneigung gehen kann, zur Liebe ...« (Bourdieu 1998, S. 173)

9 Siehe dazu Herkommer 2003.

10 »Die konservativen Topoi, die auch in der neokonservativen Werteordnung ihren Platz behalten haben und hier – wenigstens temporär – gewissermaßen ideologisch versöhnt mit den liberalen Elementen zusammen aufgetreten sind, spielen dabei eine wichtige Rolle: Die *Familie* als Urzelle und Urform aller weiteren Formen sozialer Nähe und Unmittelbarkeit, aber auch als Modell und Vorbild für gesellschaftliche Geschlechts- und Altersrollen; die *Gemeinschaft des Volkes* oder die *Nation* als die überindividuelle Instanz der Gemeinsamkeit, und ihre *Identität* als Orientierungspunkt für die Abwehr des Anderen, des Fremden und des Feindes; der *starke Staat* als Garant für Recht und Ordnung, der in Verbindung mit Nation und Volksgemeinschaft in dem Maße zum höchsten Wert werden muss, wie die integrierenden Kräfte von Mythos und Religion nicht mehr regenerierbar sind.« (Herkommer 2004, S. 133)

11 »Was als Rechtsverschiebung oder als Aufkündigung des ›politischen Grundkonsenses‹ bezeichnet wird, hat in der Bundesrepublik noch immer einen besonders alarmierenden Charakter. Im neokonservativen Diskurs scheint eine Öffnung von Schleusen vorbereitet zu sein, in denen lange Zeit ein Anschluss an die präfaschistischen Traditionen konservativen Denkens verhindert werden konnte.« (Herkommer 1998, S. 34)

pie« des Kapitalismus, die etwa ein Daniel Bell beschworen hatte, als Illusion erwies, begannen »einzelne Elemente des ideologischen und politischen Bündnisses auseinanderzubrechen.« (Ebenda, S. 134) Die Tatsache, dass es zunächst die Linke war, die im Laufe der neunziger Jahre das Erbe der neokonservativen Wirtschafts- und Sozialpolitik antreten konnte, konnte jenen »fatalen Charakter der konservativen Gegenbewegung zum historischen Prozess der Demokratisierung« nur notdürftig übertünchen, deren Funktion im »Abbau von Hemmschwellen gegenüber explizit antidemokratischen und antiliberalen Vorstellungen und Konzepten« (ebenda) bestand. Die Gefährdung für den »Bestand der Demokratie« durch die »Verschiebung von neokonservativer Hegemonie zur Neuen Rechten« detailreich und klar herausgearbeitet zu haben, gehört zu den nachhaltigsten Verdiensten des vorliegenden Buchs.

Begünstigt durch die Erosion des Neokonservatismus war es paradoxerweise einer rot-grünen Koalition vorbehalten, dem »reinen Markfundamentalismus« im Sinne des Neoliberalismus zum Durchbruch zu verhelfen. Sollte im Neokonservatismus die »Forderung nach Deregulierung und vorrangiger Orientierung an den Gesetzen des Marktes einerseits mit der Kräftigung der traditionellen Werte der Familie, der Nation und der Religion andererseits« miteinander versöhnt werden, greift der »neue Diskurs ... auf die klassischen liberalen Prinzipien« zurück – und »die Marktradikalität wird zum beherrschenden Credo.« (Ebenda, S. 136) Was Bourdieu als Fetischisierung im Sinne einer neuen Weltreligion¹² beschreibt, fasst Herkommer als das sich Durchsetzen einer neuen hegemonialen Ideologie: »die Herrschaft (vulgär-) ökonomischen Denkens über alle Lebensbereiche, Arenen und Felder.« (Ebenda) In der neuen Sichtweise sind klassische politische Ökonomie, ihre Kritik und der Keynesianismus vergessen. Ihr Kern, und darin gipfelt der Essay, besteht in der »Wiederbelebung« bzw. im »Praktisch-wahr-Werden der vulgärökonomischen Abkehr« von jedweder seriösen Wissenschaft des Ökonomischen überhaupt.¹³ Im Unterschied aber zu Zeiten eines Karl Marx und seiner Trinitarischen Formel, »wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben« (MEW 25, S. 838), prägt der neoliberale (Un)geist nicht mehr nur die ökonomische Sphäre selbst, sondern durchdringt und strukturiert den gesamten sozialen Raum.¹⁴ Und so schildert Herkommer eindrucksvoll, wie in den »modernen« Leitbildern der *employability*, der Flexibilität und Mobilität die Grenzen zwischen Erwerbs- und Privatleben immer mehr verschwimmen und das *benchmarking* zur Richtgröße ganzer Lebensentwürfe wird.¹⁵ Dabei kommt ihm das Verdienst zu, die ideologische Komponente dieses Prozesses benannt und kritisiert zu haben. Diese besteht darin, dass »angesichts der abnehmenden sozialen Sicherheit und individuellen Zukunftsaussichten die Eigenverantwortung als Chance erklärt und als Perspektive von größerer individueller Freiheit, Kreativität und Selbstverwirklichung verklärt wird.« (Herkommer 2004, S. 147)

In einer Zeit, in der die Nischen intellektueller Autonomie immer spärlicher werden und die Vereinzelung kritischer Geister zunimmt, muss es zunächst einmal darum gehen, bestimmte kritische Denk-

traditionen nicht vollends in Vergessenheit geraten zu lassen. Dazu hat Sebastian Herkommer – durch sein Lebenswerk im allgemeinen und das vorliegende Buch im besonderen – einen wichtigen Beitrag geleistet. Insbesondere hat er sich stets auf einen kritischen Marxismus berufen, das heißt er hat sich reflektiv auf andere und sich selbst bezogen und dadurch seinen Denk- und Forschungsprozess immer wieder neu angestoßen. Ich bin sicher, es wäre in seinem Sinne gewesen, aus den vielen Fragen und Schlussfolgerungen, die sich aus den »Metarmorphosen der Ideologie« im Hinblick auf weitere Forschung und Diskussionen ergeben, zum Schluss zwei herauszustellen.

Anlass zu weiterer Reflexion bietet zunächst das Verhältnis von Soziologie in Bourdieuscher Tradition und marxistischer Ideologietheorie. So sehr Herkommer darin zuzustimmen ist, die vorreflexiven, quasi-körperlichen Momente des Habitus nun auch im Marxismus zu ihrem Recht kommen zu lassen, so sollte auch die Konsequenz diskutiert werden, die Bourdieu aus seiner Analyse zieht, nämlich traditionelle marxistische Bewusstseinstheorie zu überwinden und sie durch das Konzept der symbolischen Gewalt zu ersetzen. Denn um die »doxische Unterwerfung« der Beherrschten unter die Sozialordnung bzw. die Macht der Symbole der Herrschaft zu begreifen, so Bourdieu, greift eine auf die »intellektualistische Tradition der Bewusstseinsphilosophie« reduzierte Ideologiekritik zu kurz. Wenn die sozialen Strukturen nicht nur in die Ideen, sondern vor allem in die Körper der Menschen eingeschrieben sind, »ist das Wort *Bewusstsein* fehl am Platz, und auch von Ideologie sprechen heißt das, was in den Bereich des *Glaubens*, also zu den tiefen körperlichen Dispositionen gehört, in den Bereich der *Vorstellungen* einordnen ...« (Bourdieu 2001, S. 227). Die Überwindung der Bewusstseinsphilosophie aber ist bei Bourdieu nicht nur akademischer Natur, sondern hat praktische Konsequenzen im Hinblick auf politische Arbeit. So würden diejenigen der »scholastischen Illusion« verfallen, welche »politische Befreiung von der automatischen Wirkung der *Bewusstwerdung*« erwarten. Nur durch eine viel umfassendere, die reine Sphäre der Gedankenwelt überwindende »Arbeit der Gegendressur, die ähnlich dem athletischen Training wiederholte Übungen einschließt«, sei eine »dauerhafte Transformation des Habitus zu erreichen.« (Ebenda, S. 220)

Schließlich soll Herkommers Forderung nach empirischen Untersuchungen zur Frage, »wie sich die neoliberale Denkweise in der Krise des Fordismus als die hegemoniale Ideologie hat durchsetzen können« (Herkommer 2004, S. 154), bekräftigt werden. Solche empirischen Anstrengungen sollten jedoch eine Reflexion des Begriffs »Neoliberalismus« selbst einschließen. Herkommers Essay zeigt nachdrücklich seine Tragfähigkeit im Hinblick auf die Beschreibung einer den Markt zum Fetisch stilisierenden Sichtweise, welche in vielen europäischen Staaten mehr oder weniger hegemonial werden konnte. Man säße jedoch selbst diesem Fetisch auf, wenn man die nach wie vor bestehende Heterogenität an Entwicklungsstrategien innerhalb Westeuropas nicht zur Kenntnis nähme und zum Anlass machte, eine politische und ökonomische Alternative zum Fordismus zu finden, die neben wirtschaftlicher Effizienz ein Höchstmaß

12 Nach Bourdieu beschränkte sich die »Konversion zur neo-liberalen Sichtweise« nicht auf »ideologische Stimmungsumschwünge«, sondern war begleitet von einer »Zerstörung der Idee des öffentlichen Dienstes«: »Man macht aus dem Wirtschaftsliberalismus die notwendige und hinreichende Bedingung für politische Freiheit und setzt dadurch Staatsinterventionismus mit *Totalitarismus* gleich; ... man assoziiert Effizienz und Modernität mit dem Privatunternehmen, Archaismus und Ineffizienz mit dem öffentlichen Dienst und will dadurch das vermeintlich egalitäre und effizientere Kundenverhältnis an die Stelle des Verbraucherverhältnisses setzen.« (Bourdieu et al. 1997, S. 209)

13 Um so verdienstvoller ist angesichts dessen Oskar Negts Erinnerung an eine »Ökonomie des ganzen Hauses« (Negt 2001, S. 308 ff.) und all das, »was für die individuelle Lebenswelt und die gedeihliche Gesamtstruktur einer Gesellschaft von Bedeutung ist: das Wohl und Wehe des Gemeinwesens, politische Kultur, ohne die ein innergesellschaftlicher Friedenszustand nicht existieren kann, Moral und Verantwortung, ausgleichende Gerechtigkeit, die seit Aristoteles als wesentliches Moment des gesellschaftlichen Zusammenhalts gilt.«

14 Die »Verschlankung« und letztendliche Abwicklung des Berliner Instituts für Soziologie im besonderen und der Strukturwandel des akademischen Felds im allgemeinen ließen sich mühelos als Paradebeispiele für die von Herkommer beschriebene Durchsetzung

der neoliberalen Sichtweise in alle nur denkbaren Lebensbereiche heranziehen – die alles-muss-sich-rechnen-Ideologie.

15 Ein Kolloquium zu Sebastian Herkommers Abschied vom Institut in der Babelsberger Straße befasste sich gewissermaßen mit der Kehrseite dieses Strukturwandels, den »Aspekten sozialer Ausgrenzung«. Bedeutet für die einen zunehmende Individualität, Mobilität und Flexibilität eine Chance zur Selbstentfaltung, sehen sich die anderen konfrontiert mit »Anzeichen von Anomie, die erinnern an frühere gesellschaftliche Konstellationen von Deklassierung und Deklassierungsängsten, und die auch politische Kräfte und politisches Potential sichtbar machen, die an die monströsen Ausgrenzungsformen und -folgen vor und nach dem Ersten Weltkrieg ideologisch anknüpfen.« (Herkommer 1999, S. 10).

an sozialer Inklusion und Gestaltung beinhaltet. Es lohnt sich, die Gemeinsamkeiten *und* Unterschiede der postfordistischen Entwicklungsstrategien zum Beispiel Schwedens, der Niederlande und Großbritanniens zu analysieren und im Hinblick auf den Bau eines europäischen Wohlfahrtsmodells zu synthetisieren.

Literatur:

- Bischoff, Joachim und Hasko Hüning (2004): Sebastian Herkommer (1.9.1933 – 3.9.2004), in: Sozialismus Vol. 31, Heft 10, S. 55-60.
- Bourdieu, Pierre (1998), *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (2001), *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre et al. (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz.
- Herkommer, Sebastian (1985): *Einführung Ideologie*, Hamburg.
- Herkommer, Sebastian (1998): *Rückblick auf eine Epoche. Werte und Wende – die immanenten Widersprüche des Neokonservatismus*, in: *Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde*, herausgegeben von Joachim Bischoff, Frank Deppe und Klaus Peter Kisker, Hamburg.
- Herkommer, Sebastian (1999): *Deklassiert, ausgeschlossen, chancenlos – die Überzähligen im globalisierten Kapitalismus*, in: *Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus*, herausgegeben von Sebastian Herkommer, Hamburg.
- Herkommer, Sebastian (2003): *Kapitalismus-Kritik bei Bourdieu*, in: *Mit Marx ins 21. Jahrhundert*, herausgegeben von Olaf Gerlach, Stefan Kalmring und Andreas Nowak, Hamburg.
- Herkommer, Sebastian (2004): *Metamorphosen der Ideologie. Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive*, Hamburg.
- Herkommer, Sebastian & Max Koch (1999): *The »Underclass«: A Misleading Concept and a Scientific Myth? Poverty and Social Exclusion as Challenges to Theories of Class and Social Structure*, in: *Social Exclusion in Europe. Problems and Paradigms*, herausgegeben von Paul Littlewood, Ignace Glorieux, Sebastian Herkommer und Ingrid Jönsson, Aldershot: Ashgate.
- Institut für Sozialforschung (1956): *Soziologische Exkurse: Ideologie*, Frankfurt am Main.
- Koch, Max (2003): *Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa. Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland*, Wiesbaden.
- Koch, Max (2004), *Labour Market Regulation after Fordism: Five Countries Compared*, in: *The Future of Work in Europe*, herausgegeben von Ignace Glorieux, Paul Littlewood und Ingrid Jönsson, Aldershot: Ashgate.
- Kofler, Leo (1975): *Soziologie des Ideologischen*, Stuttgart.
- Marx, Karl & Friedrich Engels (1956 ff.): *Werke (MEW)*, Berlin.
- Negt, Oskar (2001): *Arbeit und menschliche Würde*, Göttingen.
- Schnädelbach (1969): *Was ist Ideologie? In: Das Argument*, Nr. 50.

JÖRG ROESLER

Der Relativlohn.

Jürgen Kuczynskis Instrument
zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen

Was Jürgen Kuczynski in der DDR für ein breites Publikum populär machte, war seine generelle Gesellschaftskritik, ob nun auf den Sozialismus bzw. die DDR bezogen oder auf den Kapitalismus.

Im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen stand jedoch ein anderes Thema: Die Lage der arbeitenden Klasse unter dem Kapitalismus. Dazu hat er zwischen Ende der zwanziger Jahre und Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, also über einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren, immer wieder geforscht und publiziert (Weiteres dazu siehe in: Ökonomenlexikon, 278). Diese Forschungen bildeten auch die entscheidende Begründung bei der Nominierung Jürgen Kuczynskis für den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften Ende der achtziger Jahre.¹

Die erste mehrbändige Ausgabe »A Short History of Labour Conditions Under Industrial Capitalism« begann Jürgen Kuczynski 1940 im Londoner Exil zu schreiben. Zwischen 1942 und 1946 veröffentlichte er vier Bände. Die letzte mehrbändige Ausgabe erschien zwischen 1960 und 1972 in der DDR und umfasste insgesamt vierzig Bände.²

Die mehrbändigen Ausgaben hatten Vorläufer. Am Anfang stand ein Buch, das er zusammen mit seiner Frau Marguerite 1929 in den Vereinigten Staaten als Angestellter bei der *American Federation of Labour* (AFL) geschrieben hatte. Die »erste kritische historisch-statistische Darstellung der Lage der amerikanischen Arbeiter«³ erschien 1930 auf Deutsch unter dem Titel »Der Fabrikarbeiter in der amerikanischen Wirtschaft« in Leipzig.

Bei der Analyse bediente sich Kuczynski des vorgefundenen Instrumentariums zur Einschätzung der Lage der Arbeiter und entwickelte es wesentlich weiter. Am besten lässt sich die Vertiefung des Kategoriengehalts am Beispiel des Reallohnes erläutern. Die Kopplung des Nominallohnes an die Kaufkraftentwicklung wurde in den zwanziger Jahren bei Lohnkämpfen zu einer von den Umständen diktierten Notwendigkeit. Mit der Aufhebung des vor dem Ersten Weltkrieg international akzeptierten Goldstandards war nationalen Inflationen Tür und Tor geöffnet, auch deren Nutzung durch Staat und Unternehmerschaft, um erkämpfte Lohnerhöhungen »hinterherum« wieder rückgängig zu machen. Ganz aus diesen historischen Zusammenhängen heraus erklärte Meyers Lexikon in seiner 7. Ausgabe (1927) den Reallohn lediglich als Berechnungsvorgabe im Tarifstreit: »Angestrebt wird die Festsetzung des Geldlohnes so, dass der Arbeitnehmer sich dafür stets die gleiche Menge kaufen kann«.⁴

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: »DDR – Bundesrepublik: Der verweigerte Vergleich«, Heft 164 (Juni 2004), S. 485-493.
Foto: privat

Der hier abgedruckte Text folgt einem Vortrag, den der Verfasser auf dem Kolloquium »Jürgen Kuczynski (1904-1997) zum 100. Geburtstag« am 16. November 2004 in Berlin gehalten hat. »UTOPIE kreativ« setzt mit dem Roesler-Beitrag und dem ebenfalls in diesem Heft abgedruckten Bericht von Wolfgang Girnus die Dokumentierung dieses Kolloquiums fort, nachdem in Heft 171 (Januar 2005) die Beiträge von Mario Keßler und Günter Kröber veröffentlicht worden sind.

1 Vgl. Günther Kröber: Jürgen Kuczynski und der Nobelpreis, in: UTOPIE kreativ, Heft 171 (Januar 2005), S. 50 ff.

2 1946/47 veröffentlichte Jürgen Kuczynski als erste Ausgabe in der späteren DDR »Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart« in zwei Bänden.

3 Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin/Weimar 1973, S. 174.

4 Meyers Lexikon, 7. Auflage, 7. Band, Leipzig 1927, S. 1130.

5 Jürgen Kuczynski: Memoiren, a. a. O., S. 124. Dem zitierten Satz geht die Anmerkung voraus: »Bekanntlich war Marx nach einmaliger Erwähnung nie wieder auf die Idee der relativen Löhne, wie er sie nannte, zurückgekommen« (S. 124).

6 Vgl. Jürgen Kuczynski: Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, Berlin 1964, S. 160.

7 Jürgen Kuczynski: Memoiren, a. a. O., S. 157-161.

Kuczynski ging vom Bruttorealloon, genau genommen vom Bruttorealariflohn, aus und entwickelte ihn als Instrument der Einschätzung der materiellen Lage der Arbeiter weiter. Er arbeitete mit Nettoreallöhnen, Realwochenlöhnen, dem Reallohn für beschäftigte Arbeiter (wobei er die Zahl der Arbeitslosen und die Entwicklung ihrer Einkommen bei der Berechnung der Reallöhne berücksichtigte) und so weiter.

Bedeutete die Einführung und Anwendung verschiedener Reallohnkategorien eine Verfeinerung des Messinstrumentariums und erlaubte sie eine konkretere Beschreibung der Einkommenssituation und Lebensbedingungen der Arbeiter, so hatte es mit dem Relativlohn seine eigene Bewandnis.

Mit ihm setzte Jürgen Kuczynski die Verdienste der Arbeiter, der ausgebeuteten Klasse, und das Einkommen der Eigentümer der Produktionsmittel, anteilmäßig vor allem die Einkommen der ausbeutenden Klasse, ins Verhältnis. Mit Hilfe des Relativlohnes wurde feststellbar, in welchen Proportionen der Anteil beider Grundklassen im Kapitalismus am neugeschaffenen gesellschaftlichen Reichtum aufgeteilt war. Mit dem Relativlohnindex konnte erstmals darüber Auskunft gegeben werden, wie sich diese Proportionen mittel- und langfristig verändern.

Im Unterschied zum Reallohn, den Jürgen Kuczynski vorfand und zum Instrument der Marxschen Theorie der Verelendung im Kapitalismus weiterentwickelte, war der Relativlohn seine Schöpfung bzw. – nach Kuczynskis Worten – seine Wiederentdeckung einer Marxschen Kategorie. Für Jürgen Kuczynski wurde nach eigenem Bekenntnis »diese Idee zum Ausgangspunkt einer vierzigjährigen Beschäftigung mit den Problemen der Lage der Arbeiter«.⁵

Die Berechnungsmethoden machte er erstmals ausführlich in dem 1939 erschienenen Buch »The Condition of the Worker in Great Britain, Germany and the Soviet Union 1932-1938« publik, das 1939 in London erschien.⁶ Die Überlegungen Jürgen Kuczynskis zum Relativlohn reichen jedoch weiter zurück – bis ins Jahr 1926. Erste praktische Berechnungen unternahm er ein Jahr darauf während seiner Tätigkeit bei der *American Federation of Labour*.⁷ Jürgen Kuczynski stellte die (indexierte) Entwicklung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten dem Einkommen aller anderen Schichten gegenüber, setzte deren Einnahmen gleich 100 und gewann so den Relativlohnindex, der Auskunft darüber gab, ob die Einkommen der Arbeiter und Angestellten im Vergleich zu denen der Nichtlohnempfänger gleich geblieben, gestiegen oder gesunken waren.

Die Aussagefähigkeit des von Jürgen Kuczynski entdeckten Relativlohns war bis zu einem gewissen Grade begrenzt. Er blieb mit einer Reihe von Unzulänglichkeiten behaftet, die Jürgen Kuczynski auch offen darlegte. Die Mängel waren nicht theoretischer, sondern praktischer Art. Wie die Reallöhne konnte Jürgen Kuczynski auch die Relativlohnindizes nur aus den ihm zur Verfügung stehenden Erhebungen der offiziellen Statistik der kapitalistischen Staaten herausrechnen, die sich selbstverständlich nicht die Aufgabe stellte, zahlenmäßige Grundlagen für die Klassenanalyse zu liefern. Kuczynski hat die dadurch erschwerte Ausgangsposition beschrieben. Es sei an dieser Stelle daraus zitiert, weil sie Einblick in das Heran-

gehen des marxistischen Wissenschaftlers an »bürgerliches« Quellenmaterial mit dem Ziel der Vertiefung der marxistischen Sozialanalyse gewährt.

»Die (...) Aufgabe wäre (...) eine Gegenüberstellung des Einkommens der Arbeiter und der Monopolkapitalisten. Aber bedauerlicherweise haben wir nicht genügend gutes Material, um eine solche Untersuchung zu machen. Doch ist es möglich, ungefähr ein Bild der vergleichswisen Entwicklung der Löhne und Gehälter auf der einen Seite und allen anderen Einkommen auf der anderen Seite zu geben. Man wird einwenden, das sei ein recht unbefriedigender Weg, Relativlöhne zu berechnen, da die Nichtarbeiter und -angestellten ja eben nicht nur die Großverdiener, sondern auch Bauern und Handwerker usw. mit einschließen. Wenn wir dann auch noch berücksichtigen, dass unsere Lohnzahlen alles andere als erstklassig sind, dann könnte man sehr wohl solche Berechnungen besser unterlassen wollen. Doch sind die Resultate so außerordentlich und gerade in eine Richtung verlaufend, die der der Fehler entgegen gesetzt ist, dass es durchaus berechtigt erscheint, sie (...) zu veröffentlichen.«⁸

Der Relativlohn gewann seinen Platz im Instrumentarium zur Ermittlung der Lage der Arbeiter mittels statistischer Daten durch Kuczynski und über ihn hinaus. Er hatte in den Analysen der ostdeutschen Ökonomen und natürlich auch in den wirtschaftswissenschaftlichen Nachschlagewerken der DDR seinen festen Platz. Im »Ökonomischen Lexikon« (Ausgabe 1970) wurde der Relativlohn z. B. definiert als »Ausdruck, der den Lohn der Arbeiter bzw. die Höhe des variablen Kapitals in Relation zur Masse des Mehrwertes der Kapitalisten setzt«.⁹ Im 1989 in der DDR erschienenen »Ökonomenlexikon« wurde explizit die Entdeckung des Relativlohnes durch Jürgen Kuczynski gewürdigt. »Die Berechnung von Relativlöhnen hatte große politische Bedeutung in der Agitation und Propaganda über die Ausbeutung und die Lage der Arbeiter«, schrieb Werner Krause, damals Professor am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der DDR, in der Jürgen Kuczynski gewidmeten Rubrik.¹⁰

Die etwa zur gleichen Zeit (1990) erschienene 3. Ausgabe des führenden Wirtschaftslexikons der Bundesrepublik, »Gablers Volkswirtschaftslexikon«, kennt den Begriff Relativlohn dagegen nicht. Verwundert hat das Jürgen Kuczynski sicher nicht, und auch wir können nachvollziehen, dass man sich in jedem kapitalistischen Land gegen die Propagierung eines derartigen Instruments der Bloßlegung von Verarmung bzw. Bereicherung von Gesellschaftsklassen instinktiv gewehrt hat und auch heute noch wehrt.¹¹

Das Problem für westdeutsche bzw. westliche Ökonomen besteht jedoch darin, dass der Relativlohn zwar eine scharfe Waffe der Kapitalismuskritik ist, aber keineswegs ein Konstrukt, sondern die ziffernmäßige Widerspiegelung der Entwicklung realer (Einkommens-) Verhältnisse, über die mehr zu erfahren zumindest von einer Seite – der der Arbeiter und Angestellten – ein originäres Interesse bestehen musste. So fand dann ein dem Relativlohn annähernd entsprechender Begriff, die »Lohnquote«, Eingang in die ökonomischen Lexika der Bundesrepublik, definiert als Verhältnis von Lohneinkommen und Volkseinkommen.¹²

8 Jürgen Kuczynski: Geschichte..., a. a. O., 1964, S. 175-176.

9 Ökonomisches Lexikon, Bd. 2, L-Z, Leipzig 1970, S. 554.

10 Werner Krause, Karl-Heinz Graupner, Rolf Sieber: Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 278-279.

11 Vgl. die 14. Auflage von Gablers Wirtschaftslexikon, 1997 erschienen.

12 Gablers Wirtschaftslexikon, (14. Auflage) Wiesbaden 1997, S. 2491.

13 Angegeben sind lediglich Reallöhne im produzierenden Gewerbe. Die Angaben für 1990-2000 beschränken sich auf Westdeutschland. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002, S. 345.

14 Ebenda, S. 250.

15 Alle folgenden Zahlenangaben beziehen sich auf das Bruttoeinkommen bzw. Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit bzw. Vermögen. Die Daten sind, soweit nicht anders angegeben, einem internen Arbeitsmaterial des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung entnommen: Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 – Band West –, Bonn 1999, S. 45-48.

16 Alle Angaben für die Reallohnentwicklung in: Ebenda, S. 51. Es handelt sich um Nettoealverdienste in Preisen von 1991, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen bis 1961; ab 1962 deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

17 Viktor Agartz: Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Ders.: Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften, Berlin 1982, S. 107.

18 Werner Abelshäuser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/Main 1983, S. 53.

Aber auch die ihres Kuczynskischen Ursprungs entkleidete (und auf die Gewinnquote nur indirekt bezogene) Lohnquote ist eine unbequeme Kennziffer. Etwa die Hälfte der der Lohnquote gewidmeten Zeilen verwendet Gablers Lexikon darauf, zu erklären, dass Schlüsse aus dieser Kennziffer aufgrund der Struktur der ihr zugrunde liegenden statistischen Werte wenn überhaupt, dann nur mit äußerster Vorsicht gezogen werden könnten.

Der jährlich erscheinende Datenreport, ein gemeinsam vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn herausgegebener Band, der – fast gratis – die Statistiken »fürs Volk« aufgearbeitet enthält, kennt die Lohnquote natürlich nicht (und den Reallohn kaum).¹³ Angaben, aus denen sich der Leser die Lohnquote berechnen könnte, findet er dagegen vor: Aber nicht etwa dort, wo man das vermuten würde – also etwa in den Abschnitten »Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit« oder »Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte«, sondern im Kapitel »Gesamtwirtschaft im Überblick«.¹⁴

Das Mauerblümchen-Dasein, das die Lohnquote in den gängigen statistischen Publikationen der Bundesrepublik fristet, wird verständlich, wenn man, von ihr ausgehend, einen Blick auf die Verteilungsgeschichte der Bundesrepublik wirft.

Danach ist die Lohnquote, definiert als Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit in Prozent des Volkseinkommens, berechnet auf Grundlage der Erwerbsstruktur von 1991,¹⁵ zwischen 1950 und 1960 – also während des klassischen Jahrzehnts des Wirtschaftswunders – ungeachtet steigender Reallöhne¹⁶ gefallen, und zwar insgesamt um 6,5 Prozentpunkte. Gefallen ist der Relativlohn in der Bundesrepublik von einem Ausgangsniveau (1950) aus, das keinesfalls als besonders günstig gelten konnte. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften lag die Lohnquote im Juni 1950 deutlich – um ein Viertel – unter dem Wert des Jahres 1936.¹⁷ Der Ausgangspunkt hätte noch niedriger gelegen, wenn es nach dem Willen Ludwig Erhards gegangen wäre, der im Zusammenhang mit der Währungsreform vom Sommer 1948 zwar die meisten Preise freigegeben hatte, die Löhne jedoch eingefroren lassen wollte.¹⁸ Ein Generalstreik im November 1948 – der einzige in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik – hatte Erhard jedoch gezwungen, seine Umverteilungspolitik zugunsten der potenziellen Investoren zu zügeln.¹⁹ Viktor Agartz hatte sich Mitte der fünfziger Jahre als Geschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB bemüht, die Gewerkschaften angesichts des an Tempo gewinnenden »Wirtschaftswunders« zu seinem Konzept einer »dynamischen und expansiven Lohnpolitik« zu bekehren, mit der er eine Umkehrung des Trends der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik erreichen wollte.²⁰ Er scheiterte jedoch mit seinen Vorschlägen und wurde 1955 abgelöst.²¹

Erst in der ersten Hälfte der sechziger Jahre (bis 1966) gelang es den Lohnempfängern aufzuholen – wobei zwar nicht der anteilmäßige Besitzstand von 1950 wieder erreicht wurde, aber doch der von 1953. Dazu beigetragen hatte eine erhöhte Streikaktivität. Das Jahr 1963 wies – gemessen an den durch Streiks verlorenen Arbeitstagen – die zweithöchste Streikintensität seit der Gründung der

Bundesrepublik auf.²² Aber sofort wurde die Bundesregierung – Kanzler war ab 1963 der langjährige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard – nicht müde, übermäßigen Lohnzuwachs zu beklagen und den werktätigen Massen »Gürtel enger schnallen!« als Tugend zu predigen. Was jene dem Kanzler, als er im Sommer 1966 im Wahlkampf durch Nordrhein-Westfalen tourte, mit Pfiffen und Buhrufen dankten.²³

Dass die Lohnquote ab 1967 erneut zurückging, ist den Sozialdemokraten zuzuschreiben, die ab Ende 1966 auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik über den von ihnen für die Große Koalition gestellten Wirtschaftsminister Karl Schiller entscheidenden Einfluss erhielten. Zwei Jahre später, 1968, lag die Lohnquote wieder auf dem Niveau von 1959. Den in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erkämpften größeren Anteil am zu verteilenden volkswirtschaftlichen Kuchen hatten die Lohn- und Gehaltsempfänger erneut verloren. Schuld daran waren auch die Gewerkschaften, die als Teilnehmer von Schillers »Konzertierter Aktion« die Arbeiter und Angestellten zum lohnpolitischen Stillhalten im Interesse der Überwindung der Krise von 1967 überredet hatten. Das führte zu einem Vertrauensverlust in Teilen der Mitglieder- und Arbeiterschaft, die sich angesichts sprunghaft gestiegener Unternehmensgewinne im Frühherbst 1969 in so genannten wilden Streiks entlud. Allein die Stahl- und Eisenindustrie verzeichnete 230 000 Streiktage. Im Steinkohlenbergbau wurden 49 000 Ausfallschichten gezählt.²⁴ Bei der Übernahme der Regierung durch die Sozialliberale Koalition Ende 1969 sahen sich die Gewerkschaften veranlasst, »Leistungsgerechtigkeit« zu verlangen, um die »Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft« aufzuheben. Auf wirtschaftlichem Gebiet wollten sie dieses Ziel erst ganz verwirklicht sehen, wenn die Verteilungsverhältnisse aus den Gründerjahren der Bundesrepublik wiederhergestellt sein würden.²⁵ Mitte der siebziger Jahre war tatsächlich das Relativlohnniveau der Arbeiter und Angestellten von 1950 endlich wieder erreicht bzw. leicht – um 0,9 Prozentpunkte – überschritten.

Erneut wurde von Seiten der die Interessen der Unternehmer vertretenden Politik der Teufel des wirtschaftlichen Niedergangs an die Wand gemalt, sollte den Forderungen der Gewerkschaften nachgegeben werden. Die Fronten trafen 1971 im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik aufeinander. Auf gezielte Streikaktionen bei Daimler-Benz, Audi und in anderen Großbetrieben antworteten die Arbeitgeber mit der Aussperrung von über 300 000 Arbeitern in 530 Betrieben. Nach 5 Mill. verlorenen Arbeitstagen und einer Produktionseinbuße in Höhe von 2 Mrd. DM sahen sich die Arbeitgeber gezwungen, die meisten Forderungen der Streikenden zu akzeptieren.²⁶ Aus der Sicht der neoliberalen Wirtschaftsgeschichtsschreibung der BRD ist die Periode der Aufbesserung nicht nur der Realsondern auch der Relativlöhne in der Zeit des deutlich forscheren Auftretens der Gewerkschaften so beschrieben: »Die Flut der öffentlichen Ausgaben und sozialen Ansprüche (...) schwoll mächtig an: Eine Lohnwelle jagte die andere. Die Lohnerhöhungen gingen in den siebziger Jahren weit über den Produktivitätszuwachs hinaus.« Die Überschrift zum Abschnitt 1970-1972 lautet dementsprechend: »Im Strudel der Maßlosigkeit.«²⁷

19 Vgl. Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt/Main 1975.

20 Viktor Agartz: Expansive Lohnpolitik, in: Ders.: Wirtschaft – Lohn – Gewerkschaft, a. a. O., S. 112-117.

21 Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S. 185.

22 Ebenda, S. 586.

23 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 620-621.

24 Michael Schneider, a. a. O., S. 350.

25 Ebenda, S. 341.

26 Ebenda, S. 350-351.

27 Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 212, 214.

28 Reimut Zohlnhöfer: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung 1982-1998, Opladen 2001, S. 60-67.

29 Michael Schneider, a. a. O., S. 377.

30 Anteil der Arbeitnehmer-einkommen am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft 1991-2005, in: IG Metall Herbstanalyse, Teil 1: Gesamtwirtschaftliche Wachstumsaussichten 2004/2005, zitiert nach: Neues Deutschland, 19. November 2004.

31 Harald Schumann: Wer nicht richtig rechnet, in: Der Tagesspiegel, 10. Oktober 2004.

Es bedurfte der – angeblich moralischen, tatsächlich aber wirtschafts- und sozialpolitischen – »Wende«, die 1982 Bundeskanzler Helmut Kohl einleitete, um der Erhöhung des Relativlohnes der Arbeiter und Angestellten ein Ende zu setzen, den Trend umzukehren in Richtung der Steigerung des Relativeinkommens der Unternehmer.²⁸ Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion legte im Juli 1983 »Vorschläge zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit« vor.

Unter dem sozial klingenden Titel verbarg sich ein direkter Angriff auf die in den siebziger Jahren zustande gekommenen und unter den Regierungen Helmut Schmidt (1974-1982) gewährten Verteilungsverhältnisse. Verbilligung der Arbeitskraft war nun die Devise, eine »begrenzte Unterschreitung« der Tariflöhne wurde empfohlen. Der Kündigungsschutz galt als Hindernis für Neueinstellungen.

Die Gewerkschaften haben Kohls »Wende« nicht tatenlos mit angesehen. Im Herbst 1982 wurden in Frankfurt und Nürnberg, Dortmund und Stuttgart, Hannover, Hamburg und Saarbrücken Kundgebungen organisiert, auf denen mehr als eine halbe Million Arbeitnehmer gegen die Politik der neuen Regierung protestierten.²⁹ Doch zu mehr konnte man sich nicht aufraffen, und das, was an Protest organisiert worden war, reichte offensichtlich nicht. Zwischen 1982 und 1990 ging die Lohnquote der Arbeiter und Angestellten erneut, und zwar um volle 8,0 Prozentpunkte, zurück. In fünf der ersten acht Regierungsjahre der Ära Kohl sank auch der Reallohn. In den zwei Jahrzehnten zuvor war er lediglich drei Mal (1960 und 1980/81) gefallen. 1991 waren die Verteilungsverhältnisse von 1960, d. h. die niedrigste Lohnquote in der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik, wieder hergestellt.

Danach ging es mit dem Relativlohn für einige Jahre aufwärts. Nachdem aber die offensichtlich in der Vereinigungseuphorie und durch den Einheitsboom etwas sorglos gewordene Regierung Kohl unter Finanzminister Theo Waigel die Zügel der Finanzpolitik wieder straffte, sank ab 1994 die Lohnquote und stieg entsprechend die Einkommensquote aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen erneut an. 1997 – das letzte Jahr, für das mir in einer »langen Reihe« unmittelbar vergleichbare Zahlen vorliegen – hatte sie sich bereits wieder bis auf 0,7 Prozentpunkte dem Wert von 1990, der auch der Wert von 1960 war, angenähert.

In den folgenden Jahren bis zur Gegenwart ist das für die Geschichte der alten Bundesrepublik feststellbare Relativlohnminimum von 1960 höchstwahrscheinlich unterschritten worden. Das ergibt sich aus Zahlenangaben aus verschiedenen Quellen, so aus im November 2004 veröffentlichten Berechnungen der IG Metall³⁰ und auch aus einem stark beachteten Beitrag von Harald Schumann, der – auf der Meinungsseite im *Tagesspiegel* – festgestellt hat, dass »die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zwischen 1990 und 2002 abzüglich der Inflation um satte 40 Prozent« stiegen. »Die Gewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) legten sogar um 75 Prozent zu, Löhne und Gehälter lediglich um sieben Prozent. Nach Steuern und Abgaben sind die tatsächlich verfügbaren Einkommen der abhängig Beschäftigten heute um ein knappes Prozent geringer als vor 14 Jahren.«³¹

In einem der vielen Kommentare aus der offensichtlich zum ersten Mal seit langem über die wahren Verteilungsverhältnisse in der Bundesrepublik aufgeklärten *Tagesspiegel*-Leserschaft hieß es: »Es geht ihnen (Regierung und Unternehmern, J. R.) letztlich um eine andere Republik. Die Verteilungsgerechtigkeit ist als Ziel aufgegeben.«³² Womit der zitierte Leser zweifellos recht hat und – sicherlich ohne diesen Zusammenhang zu kennen – uns die Wichtigkeit und Aktualität der von Jürgen Kuczynski entdeckten Kategorie des Relativlohnes vor Augen führt.

32 Der Tagesspiegel,
17. Oktober 2004.

Ob StudentInnenproteste, Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV oder Opelstreik: Seit Herbst 2003 erlebt Deutschland immer neue Wellen sozialer Proteste. Der Dokumentarfilmer Martin Keßler und sein Team haben die verschiedenen Protestwellen mit ihrer Videokamera begleitet. Daraus entsteht zur Zeit der 90minütige Dokumentarfilm »neueWUT« (www.neueWUT.de).

Im Mittelpunkt des Films stehen Menschen, die von sozialen Kürzungen oder Lohneinbußen betroffen sind oder seit Jahren keine Arbeit mehr finden und sich wehren. Auf der Strasse und vor den Werkstoren. Die Dokfilmer haben einige von ihnen über ein Jahr lang begleitet. Um zu zeigen, warum sie aufbegehren, wohin sie ihre Wut treibt und ob aus all dem eine neue soziale Bewegung entsteht.

Mit einer Vorbestellung/Subskription unterstützen Sie die Fertigstellung des Dokumentarfilms und sichern sich den künftigen Film als DVD oder VHS zum Vorzugspreis inclus. MwSt. von 22,50 € (Studenten und Arbeitslose: 17,- €).
Versandkosten: 3,50 € (1 bis 3 Stück).

Überweisen Sie Ihren Gesamtbetrag unter Angabe Ihres Namens und des Verwendungszwecks »neueWUT« auf das Konto: Kt.-Nr. 72 000 13675 / Frankfurter Volksbank
BLZ 501 900 00 / Kontoinhaber: Martin Keßler

Geben Sie dazu per Email an subskription@neueWUT.de Ihren Namen, Ihre Anschrift, die Bestellmenge und Ihr gewünschtes Filmformat (DVD oder VHS) an.

WOLFGANG GIRNUS

Jürgen Kuczynski

Kolloquium zum 100. Geburtstag

»Er fehlt.« So hat Prof. Georg Fülberth seinen Artikel zum 100. Geburtstag von Jürgen Kuczynski in der »jungen Welt« überschrieben. Er fehlt! Das haben auch die fast 90 Gäste des Kolloquiums gespürt, die der Einladung des Kollegiums Wissenschaft der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls) am 16. November ins Magnus-Haus am Kupfergraben in Berlin gefolgt waren. Anlässlich des Geburtstages von J. K., der sich am 17. September zum 100. Mal jährte, gingen Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Schülerinnen und Schüler den Fragen nach: Wer war J. K.? Wie war J. K.? Sie verbanden die Erinnerung und Ehrung mit der geistigen Auseinandersetzung über Kuczynskis Leben und Werk und setzten es zum Hier und Heute in Beziehung.

Die Eröffnung des Kolloquiums hatte Prof. Dr. Christa Luft, Vorsitzende des Kuratoriums der rls, übernommen. Sie würdigte J. K. als wichtigen Zeugen und Chronisten bewegter Zeitläufe, in die er sich selbst mit Vehemenz eingebracht habe, als einen Mann, der von Jugend an einer Vision gefolgt sei, in der die derzeitige Weltordnung »bei weitem nicht das finale Stadium menschlicher Daseinsweise verkörpert«. Kuczynski habe für sein Ideal gelebt und gearbeitet, und er habe es in einer Weise getan, die wir heute so nötig brauchen: dem kulturvollen Meinungsstreit gegenüber immer offen, jederzeit auch bereit, selbstkritisch Fehler einzugestehen und zu korrigieren, seinen Mitmenschen mit Toleranz, Solidarität und menschlicher Zuwendung begegnend. So jemand habe fast zwangsläufig die DDR-Realität zunehmend als feudal-absolutistisch, als bürokratisch und der Basisdemokratie ermangelnd empfinden müssen. Diese Widersprüchlichkeit zwischen Wirklichkeit und Ideal, zwischen Loyalität und Aufmüpfigkeit kritisch und öffentlich lebend, dabei nie an seinem Ideal oder sich selbst zweifelnd, sei Kuczynskis Lebensweg zu einem Zickzack-Kurs zwischen Gnade und Ungnade der Partei- und Staatsführung in der DDR geworden, bei dem er sich als »linientreuer Dissident« so manche Beule geholt habe. Die hätten ihn aber nicht davon abgehalten, die Wirklichkeit auf seine Weise zu erklären und anderen damit Denkanstöße, Hoffnung und Mut zu vermitteln. Christa Luft schloss ihren Beitrag mit den Worten: »Wir wollen mit dem heutigen Kolloquium J. K.s gedenken, eines fröhlichen Marxisten, eines »hoffnungslosen Falls von Optimismus«. Wir wollen ihn ehren, indem wir uns nützen.«

In sechs Vorträgen widmeten sich die Referenten jeweils einer besonderen Seite aus dem Leben und Werk Jürgen Kuczynskis. Prof. Dr. Hubert Laitko hatte als Thema zu seinem Vortrag Kuczynskis zentrales Credo aufgegriffen: »Sozialismus oder Barbarei?« Für Kuczynski habe

Wolfgang Girnus - Jg. 1949,
Dr. phil., Wissenschafts-
historiker, MdA Berlin 1991
bis 2001
Foto: privat

sich die historische Fundamentalalternative von Sozialismus oder Barbarei – unter Rückgriff auf Marx – mit der Wucht eines Menetekels formuliert und sein Geschichtsbild, seine Zukunftsvorstellungen und seine Hoffnungen bestimmt. Bis zuletzt habe er an diesem Credo festgehalten und danach seine Positionen bestimmt.

Kuczynski habe oft einen journalistischen Stil gepflegt, der ihm die Verständlichkeit seiner Gedanken garantierte. Deshalb sei man gut beraten, so Laitko, wenn man versuche, auf seine Texte eine stärker ausgefeilte Begrifflichkeit zu projizieren, als er sie selbst benutzte. Dann werde auch sofort klar, dass Kuczynskis auch nach 1989 häufig geäußerte Überzeugung von der Gültigkeit dieser Fundamentalalternative nichts mit trivialer DDR-Nostalgie zu tun hatte. J. K. habe sich in den 90er Jahren strikt vom Gesamtsystem der DDR distanziert – und er habe das tun können, ohne seine sozialistische Grundüberzeugung preis zu geben, weil er die real-sozialistischen Gesellschaften nicht als sozialistische betrachtet habe. Lediglich sozialistische Elemente habe er diesen Gesellschaften zugestanden, die aber ihren Gesamtcharakter nicht bestimmt hätten, wodurch sie zu einer Sackgasse der Geschichte geworden seien. Das zu erkennen sei für J. K. ein wahrhaft schwieriger Weg der Erkenntnis gewesen. Laitko: »Nach meiner Ansicht gereicht es Jürgen Kuczynski zur Ehre, dass er auch in weit fortgeschrittenem Lebensalter bereit und mutig genug war, sich zu revidieren.« Kuczynskis Hoffnung auf eine basisdemokratische und selbstbestimmte Erneuerung der DDR zu einer wirklich sozialistischen Entwicklung, die damals von vielen geteilt wurde, habe sich angesichts der damaligen globalen Machtverteilung im Nachhinein als Illusion erwiesen. Der Umgang J. K.s mit den sich dann tatsächlich vollziehenden Entwicklungen vermittele ein anschauliches Bild von seinem Verhältnis zu historischen Alternativen. Laitko beschrieb, wie sich Kuczynskis Positionen nun zu den Alternativen »Konföderation oder Anschluss« veränderten. Als sich im März 1990 abzuzeichnen begann, dass die Währungsunion am Anfang statt am Ende der wirtschaftlichen Sanierung stehen sollte, habe er sie ein »Abenteuer von unkontrollierbarer Zerstörungskraft« genannt. Er habe damals die möglichen Folgen mit vorherseherischen Fähigkeiten aufgezeigt – und sei wieder einmal ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Für J. K. sei seine Einschätzung nicht Spekulation gewesen, sondern das Ergebnis wirtschaftswissenschaftlicher Analyse.

Laitko analysierte dann die Entwicklung der Positionen Kuczynskis in früheren Zeiten der DDR-Entwicklung in ihrem jeweiligen historischen Kontext und kam zu dem Ergebnis: Auch für so einen unabhängigen Denker wie Kuczynski habe es der Erschütterung von 1989 bedurft, um das Gehäuse des historischen Determinismus endgültig aufzubrechen. Erst durch diese Erfahrung sei J. K. der reale Sozialismus nicht mehr als eine Gesellschaft erschienen, die – obzwar mit schwerwiegenden Mängeln behaftet – dem Kapitalismus gesetzmäßig nachfolge und ihn ablöse und entwicklungsfähig sei, sondern als eine zum Untergang verurteilte Fehlentwicklung, in der sich freilich progressive Elemente einer zukünftigen, sozial gerechteren Gesellschaft herausbilden konnten. Diese gedankliche Konstruktion habe es J. K. erlaubt, an der Idee des Sozialismus festzuhalten, ohne die DDR verteidigen zu müssen. Und J. K. sei noch weiter gegangen: Wenn der

»Jürgen Kuczynski ist ein Weltbürger. Und er hat ein Jahrhundert besichtigt. 1904 geboren, studierte er in Erlangen, Berlin und Heidelberg Philosophie, Statistik und Politökonomie. 1926 reist J. K. als Forschungsstudent in die USA, kehrt 1929 nach Deutschland zurück und tritt 1930 in die KPD ein. 1936 geht er ins Exil nach England. Nach 1945 profiliert er sich als international bekannter Geistes- und Sozialwissenschaftler. Als »linientreuer Dissident« pendelt J. K. in der DDR ständig zwischen Gnade und Ungnade, zwischen Ulbricht und Honecker einerseits und der Anwartschaft auf den Nobelpreis andererseits. Der geistige Schwerstarbeiter kann mehr als 4 000 Veröffentlichungen aufweisen, darunter die mehrbändige »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«, »Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften«, »Geschichte des Alltags des deutschen Volkes«, »Kurze Bilanz eines langen Lebens«, »Frost nach dem Tauwetter« und »Dialog mit meinem Urenkel.«

Aus: Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater, Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag Berlin 1996.

»Als wir über seine Themen: Kapitalismus, Arbeiterklasse, Sozialismus – nachzudenken begannen, war er lange schon da, und irgendwie lebte man in der Annahme, ihn, der viele überlebte, werde es noch geben, wenn man selbst schon wieder aufgegeben hatte. Was seine wissenschaftliche Nachwirkung angeht, wird es ja auch so sein.«

Aus: Georg Fülberth am 17. 9. 2004 in der »jungen Welt«.

»Auf der Überfahrt kam ihm – wie das bei wissenschaftlichen Entdeckungen zuweilen so geht – die Idee, die die Richtung seiner künftigen Forschungen bestimmen sollte: die Entdeckung des Relativlohns ... Aufgeschlossene Bürgerliche – wie Robert L. Heilbroner oder sogar der gemäßigte Keynesianer Samuelson – haben sich mokiert, weil Marxisten es sich so schwer machen: dass die Kapitalisten ein Einkommen beziehen, das sie nicht erarbeitet haben, könne man doch ohne jede Dialektik und eine Transformation von Werten in Preise mit Händen greifen. Kuczynski hat das ungefähr fünfundvierzig Jahre vor ihnen gewusst.«

Aus: Georg Fülberth ebenda.

Ausbruch aus dem kapitalistischen Entwicklungspfad historisch in langfristige Sackgassen führen konnte, dann stelle das den historischen Determinismus grundsätzlich in Frage. Für J. K. seien nun die Alternativen »Sozialismus oder Barbarei« ins Zentrum seiner geschichtsphilosophischen Überzeugungen gerückt, wobei ihm der historische Prozess im Ganzen als entwicklungs offen – also optional – erschienen sei. Diese Ansicht habe er 1996 auch Marx und Engels zugeschrieben und ergänzt, dass beide sich keineswegs sicher gewesen seien, welche der beiden Optionen sich durchsetzen würde, sondern an den Sieg des Sozialismus glaubten und hofften (Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, Berlin 1996, S. 28). Indem er »Glaube« und »Hoffnung« als irreduzible Konstituentien eingeführt habe, habe Kuczynski den Sozialismus als gesellschaftliche Bewegung aus den Fesseln des Scientismus gelöst. Und dann sei es nur folgerichtig, dass die Begründung und Entwicklung sozialistischer Politik nur dialogisch und nicht avantgardistisch erfolgen könne. Das alles, so Laitko, stecke in dem Perspektivenwechsel, den J. K. in seinen späten Jahren vollzogen habe.

Mit dem Tod des realen Sozialismus habe Kuczynski nun zunehmend stärkere Tendenzen einer Auflösung des Kapitalismus in Barbarei gesehen. Das wichtigste Symptom sei für ihn die ökonomisch verursachte, dauerhafte Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung aus der Gesellschaft gewesen, und er habe als ökonomischen Mechanismus dafür die tendenzielle Veränderung des Konjunkturverlaufs ausgemacht.

Abschließend ging Laitko darauf ein, wie sich Kuczynskis Sozialismusbild als Alternative zum tatsächlichen Geschichtsverlauf formte. Es sei bemerkenswert, dass Kuczynski »den öffentlichen Übergang vom Geschichtsdeterminismus zum Denken in fundamentalen historischen Alternativen vollzog, als im Denken der geistigen Elite der siegenden Seite eine genau umgekehrte Wendung eintrat«. Kuczynskis bleibendes Verdienst sei es, in einer für die Linke außerordentlich kritischen Zeit das Denken in historischen Alternativen und Optionen ermutigt und neu belebt zu haben. Anknüpfend an den späten Kuczynski schloss Laitko mit der Frage: »Gibt es für uns Menschen etwas größeres und wichtigeres als die Hoffnung?«

Prof. Dr. Jörg Roesler widmete seinen Vortrag einem Thema, das im Zentrum von Kuczynskis Veröffentlichungen stand: dem Relativlohn. Roesler erinnerte daran, dass Kuczynski seit Ende der zwanziger Jahre immer wieder über die Lage der arbeitenden Klasse geforscht und publiziert habe. Dabei habe er sich anfangs des vorgefundenen wissenschaftlichen Instrumentariums bedient und es dann weiterentwickelt. Roesler erläuterte dies am Beispiel des Reallohns bei Kuczynski. Mit der Einführung des Relativlohns habe J. K. die Verdienste der Arbeiter anteilmäßig ins Verhältnis zu den Einkommen der Eigentümer der Produktionsmittel gesetzt. Mit Hilfe des Relativlohns sei festzustellen gewesen, in welchen Proportionen der Anteil der beiden Grundklassen im Kapitalismus am neu geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum aufgeteilt wurde. 1939 habe Kuczynski erstmals Analysen auf der Grundlage des Relativlohns veröffentlicht. Obwohl die Aussagefähigkeit des Relativlohns – mit einer Reihe von Unzulänglichkeiten aus der Praxis der Datenerhebung behaftet – begrenzt geblieben sei, was J. K. auch offen zugestanden habe, seien die Ergebnisse seiner Analysen

doch so außerordentlich, dass ihre Veröffentlichung gerechtfertigt gewesen sei. So sei der Relativlohn Bestandteil des wirtschaftshistorischen Instrumentariums zur Ermittlung der Lage der Arbeiter mittels statistischer Methoden geworden. Dass er allerdings im bürgerlichen Lager der Wirtschaftswissenschaftler keine explizite Würdigung erfuhr, werde nicht verwundern, denn der Relativlohn diene ja zur Bloßlegung von Verarmung auf der einen und der Bereicherung auf der anderen Seite. Aber auch die von ihnen benutzte, auf die Gewinnquote nur indirekt bezogene Lohnquote – das Verhältnis von Lohn Einkommen und Volkseinkommen – sei eine unbequeme Kennziffer. Die Realität offizieller bundesdeutscher Wirtschaftsstatistik kenne weder Relativlohn noch Lohnquote, Angaben über den Reallohn kaum. Roesler stellte nun den Entwicklungsverlauf des Relativlohns bzw. der Lohnquote und deren Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse seit den 50er Jahren in der Bundesrepublik dar. Wenn die wahren Verteilungsverhältnisse in der Bundesrepublik und ihre Trends heute offen mit der Feststellung kommentiert würden, dass es Regierung und Unternehmen um eine andere Republik gehe, in der Verteilungsgerechtigkeit als Ziel aufgegeben worden ist, dann sei das auch eine späte Bestätigung der Wichtigkeit und Aktualität der von Kuczynski entdeckten Kategorie des Relativlohnes.

Prof. Dr. Helmut Steiner schloss daran gedanklich an und sprach über die Sozialstrukturanalyse in Kuczynskis Sicht. Ausgangspunkt war für ihn die Thematik »Soziale Ungleichheit und kulturelle Unterschiede« des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der damit im Oktober 2004 seit langem wieder einmal eine klassisch soziologische Problematik aufgegriffen habe. Führende Soziologen hätten seit den 50er Jahren eine Abkehr von der Klassengesellschaft in der Bundesrepublik propagiert. Mit dem Eröffnungsvortrag »Die Bundesrepublik als die unsichtbare Klassengesellschaft« habe der Klassenbegriff zumindest indirekt wieder auf der Agenda gestanden. In der DDR-Gesellschaftswissenschaft sei die Klassenanalyse von Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen und Gesellschaftstheoretikern sehr unterschiedlich aufgegriffen worden. Vor diesem Hintergrund sei Kuczynskis Lebenswerk auch dadurch geprägt, dass er unterschiedlichste Ausprägungen von Klassenstrukturen in Geschichte und Gegenwart – und das nicht nur als sozialökonomische oder sozialstatistische Strukturen – in seine Gesellschaftsanalyse einbezogen habe. Bereits in seinen ersten Publikationen könne man dies nachlesen. In heutigen sozialstrukturellen Forschungen lasse sich Vieles wieder finden, was in den konkret-historischen Klassenanalysen von J. K. bereits angelegt und mehr oder weniger ausgeführt sei. Das sei ein weiteres Indiz für die Modernität der Kuczynskischen Klassenanalyse. Für J. K. sei das Werk von Marx und Engels Ausgangspunkt und Impuls gewesen. In seinen Sozialstrukturanalysen bis hin zur 40bändigen »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus« (Berlin 1960-72) habe er immer wieder einen direkten Bezug zu den Arbeiten von Marx und Engels hergestellt. Nächste den Arbeitern hätten J. K. am meisten die soziale Struktur und das Profil der Intelligenz beschäftigt. Steiner hob abschließend hervor, dass das Übergreifende in Kuczynskis Werk sein Verständnis des Zusammenhangs von sozialer Klassenlage in ihrem jeweiligen konkret-historischen Kontext sei.

»Das, was heute vor sich geht, hat Marx im Band 3 des ›Kapital‹ vorausgesehen, als er meinte (Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 274); die Produktivität in der Wirtschaft würde soweit steigen, daß ein immer größerer Teil der Bevölkerung überflüssig wird. In dieses Stadium sind wir eingetreten.«

Aus: Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, a. a. O., S. 20.

»Armut ist also das Produkt des Fortschritts, mit dem man nichts zum Nutzen aller anfangen konnte und diese Zeit dauert bis heute. Erschreckend diese Unfähigkeit der Menschen, den Fortschritt wirklich zum Nutzen aller Menschen zu verwenden, nicht wahr? Das ist eben das, was wir Sozialisten zum Ziel haben.«
 Aus: Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, a. a. O., S. 50.

Dr. Mario Keßler ging der Frage nach: »Jürgen Kuczynski – ein ›linientreuer Dissident‹? Als Ausgangspunkt griff Keßler Kuczynskis selbstkritische Einschätzung aus dem Jahre 1996 über seine Schuld und Mitverantwortung für ein Gesellschaftssystem auf, von dem sich die Menschen immer mehr abgewandt hatten (Fortgesetzter Dialog, S. 81). Er wies darauf hin, dass Kuczynski Wissenschaft, politisches Engagement und politische Publizistik stets als untrennbare Einheit angesehen und sich selbst immer als in seiner Partei und durch die Partei wirksamen Intellektuellen verstanden habe. Deshalb sei für ihn seine Kritik an der Wirklichkeit niemals Kritik am Marxismus und seiner Partei gewesen. So habe er auch sein Verhältnis zu Weggefährten bestimmt, die im Namen des Marxismus mit der Partei gebrochen hatten und nach alternativen Konzeptionen des Sozialismus suchten. Keßler beschrieb Lebenssituationen in ihrem jeweiligen historischen Kontext, in denen Kuczynski seinen Platz bestimmen musste. Nicht selten sei J. K. dadurch in eine kritische Lage hinsichtlich seiner Arbeits- und Lebensbedingungen geraten. Aber ein Leben außerhalb der kommunistischen Gemeinschaft sei für ihn nicht vorstellbar gewesen – nicht aus Karrieregründen, sondern aus Gründen seines politischen Selbstverständnisses. Ein Bruch mit seiner Partei sei für ihn niemals in Frage gekommen.

Keßler verglich dann die unterschiedlichen Verhaltensweisen und Lebenswege von Kuczynski und dessen Freund Fritz Behrens.

Keßler kam zu dem Ergebnis: »Kuczynski war – auch Parteiintellektueller – nicht nur ein Parteiarbeiter an der historischen Front. Er wurde und blieb ein kritischer Gläubiger, aber kein linientreuer Dissident ... In jedem Fall verkörperte er ... das Dilemma einer Bewegung, deren Ideologie schließlich zur Antithese statt zur Fortentwicklung der marxistischen Sozialtheorie wurde. Jürgen Kuczynski war ein herausragendes Beispiel des kommunistischen Intellektuellen in einer Zeit, in der sich rationale Analyse der Gesellschaft und der Wille zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten einer Glaubenslehre unterordnete.«

Prof. Dr. Clemens Burrichter wollte die Frage beantworten: Wie lebt der Marxist mit dem Widerspruch? Burrichter war in Erlangen Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft, als er 1972 mit Kuczynskis Positionen zur Soziologie konfrontiert wurde. Die habe er für sich als »beachtliche Ausnahme« für die Soziologie in der DDR reklamiert. Als er wenig später Kuczynskis Dissertation vom Februar 1924 in der Erlanger Universitätsbibliothek entdeckte, habe er der Universität vorgeschlagen, Kuczynski die goldene Doktorurkunde zu überreichen. Das geschah 1976. Nach der persönlichen Bekanntschaft aus diesem Anlass sei Kuczynski für Burrichter eine faszinierende Persönlichkeit geblieben, dessen Wirken er aufmerksam begleitet habe. Burrichter fokussierte seine Fragestellung auf antagonistische Widersprüche und gab zu, dass er erstaunt gewesen sei, als J. K. die Existenz von Antagonismen im realen Sozialismus der DDR eingestanden, zugleich aber immer betonte habe, dass die DDR ja erst am Anfang ihrer sozialistischen Entwicklung stünde. Burrichter zeigte, wie J. K. konsequent an der Formationstheorie des historischen Materialismus festgehalten und Antagonismen als Erscheinung der Übergangsperiode zum Sozialismus bestimmt habe. Er verglich dann Kuczynskis Positionen mit den Merkmalen der postparadigmatischen

»Muß man nicht auch so viele Linke ermahnen, bessere Menschen durch bessere Menschenbeachtung zu werden? Eine schreckliche Frage, nicht wahr?« – Aus: Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, a. a. O., S. 185.

Phase in der Theorie des Paradigmenwechsels von Thomas S. Kuhn und schlug vor, Kuczynskis wissenschaftliches Werk als exzellenten Beitrag zu einer horizontalen Theorieentwicklung, d. h. zu einer hoch differenzierten und interessanten Weiterentwicklung der bestehenden Theorie, anzusehen, zugleich aber nicht zu vergessen, dass J. K. nicht den Schritt zur vertikalen Theorieentwicklung, d. h. zur schöpferischen Weiterentwicklung der Theorie – gegangen sei.

Prof. Dr. Günter Kröber hatte das Thema »Jürgen Kuczynski und der Nobelpreis« für seinen Bericht über die Anwartschaften Kuczynskis auf den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften gewählt. Schon 1932, als 28-jähriger, habe Kuczynski auf 616 Publikationen verweisen können, darunter 15 Bücher und Broschüren. Bereits 1946 sei er ein Wirtschaftswissenschaftler von Weltruf gewesen. 1981 habe sich J. K. in einem Weltbühnen-Artikel gewünscht, dass sein Freund John K. Galbraith den 1969 gestifteten Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten möge. Zwei andere Freunde Kuczynskis, Jan Tinbergen (1969) und Wassily Leontief (1973), waren damals bereits Nobel-Laureaten. Als Kröber diesen Artikel las, habe er sich gefragt: Warum eigentlich Kuczynski nicht selbst? Nachdem Kröber 1985 Prof. Walter Goldberg, Mitglied des Nobelpreis-Komitees, kennen gelernt hatte, habe dieser in der zweiten Hälfte der 80er Jahre verschiedene Versuche unterstützt, J. K. als Anwärter für den Nobelpreis ins Gespräch zu bringen und vorzuschlagen. Alle Versuche seien letztlich ohne Erfolg geblieben, was von Kuczynski selbst nicht unbemerkt geblieben sei. Im zweiten Teil seines Vortrags schilderte Kröber J. K.s Reaktionen. Zwischen 1987 und 1989 gebe es mehrere Tagebuchnotizen, die Aufschluss darüber böten. Dann begründete Kröber, warum Kuczynski aus seiner Sicht den Nobelpreis tatsächlich verdient hätte. 4105 Publikationen bis 1994 seien nur ein Grund dafür. J. K.s schöpferische Produktivität sei einzigartig in der Welt. Da es aber nun leider keinen Nobelpreisträger Kuczynski gibt, schlug Kröber der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor, einen Marguerite-und-Jürgen-Kuczynski-Preis zu stiften und so den Namen Kuczynski in der Erinnerung der wissenschaftlichen Gemeinschaft lebendig zu halten.

Dr. Evelin Wittich gab nach den Vorträgen Prof. Dr. Reinhard Mocek, der am 13. November 2004 zum Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewählt wurde, zum Abschluss des Kolloquiums das Wort. Mocek wies noch einmal darauf hin, wie kritisch und zugleich auch immer selbstkritisch sich J. K. mit seiner erlebten Welt auseinander gesetzt habe und dabei immer ein weitsichtiger, toleranter und herzenguter Optimist geblieben sei. Ganz gewiss würde J. K. dagegen protestieren, dass man ihn zum Denkmal erstarren lassen wollte. »Ehrfurcht«, schloss Mocek, »war für ihn eine ungeliebte Vokabel; aber schöpferisches Innehalten war seines Sinnes. ›Vier Stunden dafür«, so hätte er gewiss gesagt, »sind aber genug! Die List der Vernunft wird schon dafür sorgen, dass das Gesagte und Nachgedachte viel länger in den Köpfen haken wird.« Das hätte J. K. schmunzelnd seinem Nachbarn ins Ohr geflüstert, säße er hier unter uns. Und ich bin sicher, für viele von uns war er tatsächlich dabei gewesen.«

Die Berliner Zentral- und Landesbibliothek teilte vor dem Kolloquium mit, dass die »Sammlung Kuczynski« so erschlossen und aufgearbeitet wird, dass sie der öffentlichen Nutzung zur Verfügung steht.

»Ich bin immer dem Urteil meines Vaters über sich gefolgt und habe mich stets als ein first rate second class Wissenschaftler eingestuft.«

Aus: Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel, a. a. O., S. 216.

JAN REHMANN, MICHAEL WUTTKE »Eine epochale Leistung im Marxismus«

Workshop zur Marxismusrezeption des Historisch-Kritischen Wörterbuches

Zur Tagung in der Bildungs-Akademie Schmöckwitz in Wernsdorf (südlich von Berlin) hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung für den 17. und 18. Oktober 2004 eingeladen, um internationalen Marxismus-Experten zu ermöglichen, einen Blick von außen auf das Projekt des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus (HKWM) zu werfen, dessen erster Band vor nunmehr 10 Jahren erschien und von dem inzwischen sechs Bände (von ca. 15) vorliegen (Band 6.2. ist zum Jahresende 2004 erschienen). Die 25 Teilnehmer sollten, wenn möglich, sowohl textbezogen als auch auf einer grundsätzlichen Ebene diskutieren: Inwieweit repräsentiert das HKWM den globalen Charakter und die innere Pluralität des Marxismus? Gelingt es ihm, marxistische Gesellschaftsanalyse in einer Weise zu erneuern, dass sie die gegenwärtigen Probleme des High-Tech-Kapitalismus, der Globalisierung des Kapitals, der Frauenunterdrückung und Umweltzerstörung erfassen kann?

Es sind hohe Maßstäbe, an denen das HKWM sich messen lassen will und muss. Hermann Klenner (Berlin), der zum Gesamtprojekt sprach, lobte die wissenschaftlichen Standards der Artikel, die ja in der Regel nicht nur die marxistische Tradition selbst, sondern auch die vorausgehende Denkgeschichte seit der antiken Philosophie behandeln. Wenn von einem marxistischen Wörterbuch gesagt werden kann, es arbeite umfassender und gründlicher als das *Historische Wörterbuch der Philosophie* und die *Geschichtlichen Grundbegriffe*, will das schon etwas heißen. Ein schwacher Punkt liege in der Unterrepräsentation des sowjetischen, osteuropäischen und nicht zuletzt ostdeutschen Marxismus. Die Gründe blieben in der anschließenden Aussprache umstritten. Reproduziert sich hier ein westliches Verständnis von »kritischem Marxismus«, das die dem Staatssozialismus mühsam abgetrotzten theoretischen Leistungen nicht wahrhaben will? Oder müsste man in diesem Zusammenhang auch über die Selbstzerstörung des Marxismus-Leninismus (ML) sprechen, die u. a. dazu geführt hat, dass zahlreiche ehemalige Ost-Marxisten nach dem Fall der Mauer zu bürgerlichen Theorien umgeschwenkt sind, statt sich auf die »häretischen« Traditionen wie Bloch, Benjamin, Gramsci und Luxemburg einzulassen? Nach wie vor sind hier auf beiden Seiten Wunden zu spüren, die mit je unterschiedlichen linken Niederlagen zu tun haben.

Im weiteren Verlauf des ersten Tages wurde geprüft, inwiefern es dem HKWM gelingt, die Problemfelder und Dimensionen zu bearbeiten, die in dominanten Strömungen des Marxismus sträflich vernach-

Jan Rehmann – Jg. 1953; Dr. habil., phil.; unterrichtet Gesellschaftstheorie und Fremdsprachen am Union Theological Seminary in New York und Philosophie an der FU Berlin (Privatdozent). Veröffentlichungen: Postmoderner Links-Nietzscheanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion (2004); Max Weber: Modernisierung als passive Revolution (1998); Die Kirchen im NS-Staat (1986). Forschungen des weiteren zu Ideologietheorie und christlich-marxistischem Dialog; langjähriger Koordinator der Berliner Volksuni; Redakteur der Zeitschrift »Argument« und des HKWM.
Foto: privat

HKWM-Bezug über Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin (Tel: 611 39 83; Fax: 611 42 70; E-Mail: versand@argument.de)

lässigt wurden. Christoph Görg (Leipzig) sprach zur Ökologie, deren gesellschaftspolitische Thematisierung seit den späten 1970er Jahren maßgeblich zur Krise des Marxismus beigetragen hat. Die Problematik dürfe nicht auf ›Grenzen des Wachstums‹ und eine drohende ökologische Katastrophe reduziert werden, deren Beschwörung die Bewegungen auf Dauer abstumpft und den alten kautskyanischen Fehler einer Zusammenbruchstheorie wiederholt. Vielmehr ginge es darum, wieder stärker an Horkheimers und Adornos Kritik der instrumentellen Naturbeherrschung anzuknüpfen und die konstitutive Rolle der Naturverhältnisse in die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen und Umbrüche einzubeziehen. Positives Beispiel für die integrale Behandlung ökologischer und sozialer Konflikte sei der Artikel ›grüne Revolution‹ (Verf. Bastiaan Wielenga/Indien).

Zum Themenbereich ›Dritte Welt‹ gebe es zwar mehrere spezifische Stichwörter im HKWM, bemerkte Ulrich Brand (Kassel), aber in zentralen Einträgen wie z. B. Imperialismus, Globalisierung, Herrschaft oder Hegemonie seien die Süd-Debatten nicht einbezogen. Überhaupt sei der Begriff ›Dritte Welt‹ nach dem Zusammenbruch der ›zweiten‹ nicht mehr tragfähig und sollte durch den der ›Nord-Süd-Verhältnisse‹ ersetzt werden. (Dem wurde in der Diskussion entgegengehalten, diese geographische Kennzeichnung decke sich nicht mit den wirklichen Gegensätzen zwischen zentralem und peripherem Kapitalismus und sei daher als analytischer Begriff ebenfalls ungeeignet.) Einzuüben sei ein ›globaler Blick‹, der die Strukturen, Widersprüche und Umkämpftheit südlicher wie nord-südlicher Verhältnisse berücksichtige. Hierzu schlug Ulrich Brand vor, Begriffe und Herangehensweisen in einem internationalen Workshop zu diskutieren, zu dem nicht nur ›Promis‹ aus dem Süden, sondern auch Forschende aus der ›zweiten Reihe‹ eingeladen werden sollten.

Montserrat Galceran (Madrid) sprach über die bisher veröffentlichten feministischen Artikel des HKWM, die auch in dem von Frigga Haug herausgegebenen *Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus* veröffentlicht sind. Ob das HKWM das ›unglückliche Verhältnis‹ zwischen Marxismus und Feminismus kritisch bearbeiten und überwinden kann, lautete die grundsätzliche Anfrage. Thematisiert wird es z. B. im Artikel ›Geschlecht‹ von Donna Haraway, die bei Marx und Engels einen ungedachten Naturalismus in der Geschlechterfrage kritisiert (vgl., HKWM 5, 470 ff). Galceran zufolge zeigten sich die Spannungen im Wörterbuch u. a. daran, dass in manchen klassisch marxistischen Stichworten die Geschlechterverhältnisse ausgeklammert blieben, während umgekehrt manche sog. Frauen-Artikel (wie z. B. ›Hexe‹) den feministischen Forschungsstand wiederzugeben versuchten, ohne sich um die Diskussion der marxistischen Tradition zum Thema zu kümmern. Es sei auch problematisch, wenn man hinsichtlich des Geschlechts begriffen hätte, dass es sich um ein gesellschaftliches Konstrukt handelt (ein sozialer ›innerer Code‹ unserer Beziehungen), diese grundlegende Einsicht aber in anderen Artikeln wie z. B. ›Gesellschaft‹ wieder verlorengelassen lasse. Gelungen sei die Integration z. B. beim Wortfeld ›Arbeit‹ – ›Arbeitssteilung‹, ›Familienarbeit‹, ›Gesamtarbeit‹, ›gesellschaftlich notwendige Arbeit‹, ›Hausarbeitsdebatte‹, ›Hausfrausie-

Michael Wuttke - Jg. 1970;
Diplom-Sozialwissenschaftler;
Forschungen zu den
Themen Stadtentwicklung,
Migration und Privatisierung
von öffentlichen Gütern.
Foto: privat

rung< usw. –, bei dem marxistische und feministische Ansätze permanent miteinander kommunizierten.

Allgemein wurde also der Anspruch erhoben, die Geschlechterverhältnisse, die Ökologie sowie die Beziehungen Zentrum/Peripherie nicht nur innerhalb der dafür vorgesehenen Stichworte abzuhandeln, sondern sie als durchgängige Problemstränge sozusagen quertzulegen. Die HKWM-Herausgeber gaben zu Bedenken, dass dies nicht in jedem Einzelfall zu leisten sei: Kein Einzelartikel könne sich anmaßen, eine Gesamtschau zu vollbringen, sondern bilde ein Fragment, das sich mit anderen Artikeln vernetze – ein ›Philosophieren mit dem Hammer‹ (Nietzsche), das die großen Metaerzählungen in Einzelteile zerlegt, um sie dann zu einem vielstimmigen Ganzen zusammenzusetzen. Es sei wichtig, auf die jeweils am Schluss des Artikels angeführten Querverweise zu achten, die ein komplexes Wortfeld erzeugen (z. B. für den Ökologiebereich Stichworte wie Agrobusiness, Destruktivkräfte, Energie, Entropie, Erde, Exkrement der Produktion, Gattungsfragen, Grüner New Deal, Kostenexternalisierung, Nachhaltige Entwicklung, Naturbeherrschung, Naturschutz, Naturverhältnisse, Ökobilanzen, Ökodiktatur, Produktivismus, Raubbau usw.).

Bob Jessop (Lancaster) prüfte das Verhältnis des Ökonomischen zum Politischen im Wörterbuch; auf der Grundlage einer gründlichen Relektüre der entsprechenden Stichworte stellte er zwölf Thesen zur politischen Ökonomie eines modernen Marxismus vor und konzentrierte sich vor allem auf Schwierigkeiten, das komplexe Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik zu bestimmen, ohne in die beiden Sackgassen linker Gesellschaftstheorie zu geraten: nämlich entweder die Politik reduktionistisch als bloßen Ausdruck der Ökonomie zu fassen oder sie umgekehrt ›politizistisch‹ zu verselbständigen und dabei die Produktionsweise aus den Augen zu verlieren, wie dies z. T. auch in der ›Regulationsschule‹ passiere. Wie er am Beispiel mehrerer Artikel (wie z. B. Ableitung, Basis, Ganzes, geschichtlicher Block, Ideologen, Ideologietheorie, ideologische Staatsapparate) vorführte, sieht er den Anspruch einer differenzierteren Vermittlung im Grundsatz eingelöst, auch wenn er sich im HKWM ein Stück mehr von Poulantzas' staats- und machttheoretischen Überlegungen wünschte.

Am folgenden Tag wurden insgesamt vier (von Peter Thomas ins Englische übersetzte) exemplarische Wörterbuchartikel konkret diskutiert: Arbeiterbewegung, Geschlechterverhältnisse, Dialektik und Gerechtigkeit. Zum ersten Artikel referierte Pertti Honkanen (Helsinki) über die Umstrukturierungsprozesse der Arbeiterklasse und -bewegung in Finnland. In der anschließenden Diskussion wurde bemängelt, dass der von Georg Fülberth (Marburg) verfasste Artikel zu stark auf die Arbeiterparteien und Gewerkschaften fixiert sei und die un-organisierte Gestalt der Bewegung(en) vernachlässige. Hier hätte, so eine der Anregungen, ein sozialgeschichtlicher Zusatzartikel z. B. aus der britischen Tradition von Christopher Hill und E. P. Thompson eine gute Ergänzung leisten können.

In der von Christoph Spehr (Bremen) eingeleiteten Diskussion zu Frigga Haugs Stichwort ›Geschlechterverhältnisse‹ wurde deutlich, dass hier marxistische und feministische Ansätze nicht unverbunden

nebeneinander gestellt, sondern organisch ineinander gearbeitet werden. Schon bei Marx und Engels zeigte sich der Ansatz, ›Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse zu fassen‹, der aber dann von ihnen nicht weiterverfolgt wurde, heißt es im Artikel (HKWM 5, 507 f). Es gehe nicht bloß um das Verhältnis zwischen Männern und Frauen, sondern der Begriff frage danach, wie die Geschlechter durch ein spezifisches Verhältnis zwischen der ›Produktion des Lebens‹ (MEW 3, 29) und der Produktion der Lebensmittel strukturell in die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse eingespannt werden. Spehr las den Artikel zusammen mit dem Stichwort ›Frauenbewegung‹ (Verf. Eva Nickell, Frigga Haug), das den historischen Hintergrund zur Theoriedebatte darstelle. Seines Erachtens ist der Artikel Geschlechterverhältnisse vorbildlich für die Weise, wie Marxismus erneuert werden und den neuen sozialen Bewegungen auf der Spur bleiben kann. Die Platzierung dieses Artikels in Band 5 müsse erhebliche Auswirkungen auf die folgenden Bände haben, insbesondere auf das Stichwort ›Produktionsverhältnisse‹, das in herkömmlicher Weise nicht mehr schreibbar sei.

Zu dem von W. F. Haug verfassten Artikel ›Dialektik‹ sprachen Aristides Baltas (Athen), der den theoretischen Status einer materialistischen Dialektik im Kontext von Althusser und Poulantzas diskutierte, und Bastiaan Wielenga (Madurai/Indien), der die Aufgabe dialektischer Widerspruchsanalyse von den sozialen Kämpfen in Indien her zu denken versuchte: Was kann sie leisten, wenn z. B. die verschiedenen Bestandteile der linken Opposition sich in unfruchtbaren Frontstellungen aufreiben? Die kritischen Anfragen in der anschließenden Diskussion kamen z. T. von zwei diametral entgegen gesetzten Standpunkten: Auf der einen Seite gab es einiges Verständnis für die postmoderne Verabschiedung von Dialektik überhaupt, weil diese zu kommunistischer Metaphysik und Herrschaftslegitimation verkommen war, andererseits wurde kritisiert, dass das Verständnis der Dialektik als allgemeine ›Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs‹ (Engels) im HKWM zu schnell als Evolutionismus und Totalitätsdenken abgewertet würde. Gebe es nicht Aspekte einer Dialektik der Natur, die für die Verbindung von ökologischer und sozialistischer Perspektive von Bedeutung wären? (Bastiaan Wielenga verwies in diesem Zusammenhang auf den Agrarsozialisten Sergey Podolinski, dessen Studie zum Entropie-Gesetz 1850/51 von Marx und Engels nicht beachtet wurde). Schütte man nicht das Kind mit dem Bade aus, wenn man auf die allgemeine Geltung dialektischer Bewegungsgesetze verzichtet (Michael Brie)? Dagegen verwies W. F. Haug auf Marx' Betonung der ›Grenzen der Dialektik‹ (auch dies ein HKWM-Artikel, in Bd. 5), mit der er die Leser und sich selbst vor einem Rückfall in spekulative Dialektik warnte. Nicht als ›ontologische Theorie‹ (Hans Heinz Holz) sei Dialektik brauchbar, sondern als hermeneutische Findkunst, um ›in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen‹ (Brecht, GW 12, 375).

Schließlich debattierte man über den Komplex Gerechtigkeit, der im HKWM gleich von drei verschiedenen Autorinnen und Autoren bearbeitet wurde: Bastiaan Wielenga zur biblischen Tradition und ihrer Bedeutung für ein Konzept der ›Öko-Gerechtigkeit‹, Hermann

Klenner zur Begriffsgeschichte in der westlichen Philosophie und im Marxismus, Susanne Lettow zu neueren feministischen Diskussionen. Dass das Thema umstritten ist, war zu erwarten, nicht zuletzt deswegen, weil der Begriff in der ›Wählerinitiative Arbeit und Gerechtigkeit‹ eine aktuelle und namensgebende Rolle spielt. Eine erste Kontroverse entzündete sich an Alex Demirovic' (Frankfurt/Main) einleitender Stellungnahme, nach wie vor mangle es an einer materialistischen Theorie der Gerechtigkeit, was sich u. a. daran zeige, dass im HKWM über längere Strecken zunächst christlich-theologische Sichtweisen behandelt würden. Alexander Busgalin (Moskau) spitzte die Kritik dahingehend zu, die Behandlung christlicher Gerechtigkeitskonzepte im Artikel zeige eine ›idealistische‹ Herangehensweise. Dem wurde entgegengehalten, dass bis zum späten 19. Jahrhundert die Kritik an der Klassengesellschaft sich vorrangig auf biblische Gerechtigkeitsvorstellungen bzw. davon abgeleitete Naturrechtskonzepte berufen habe. Auch in heutigen Kämpfen zeige sich die Berechtigung, kirchlich legitimates Unrecht mit einer befreiungstheologischen Gegenlektüre der Bibel zu konfrontieren. Außerdem übersehe der Idealismus-Vorwurf, dass die am HKWM beteiligten Theologen und Theologinnen (neben Bastiaan Wielenga u. a. Dick Boer, Kuno Füssel, Helmut Gollwitzer, Brigitte Kahl, Dorothee Sölle, Roland Spur und Ton Veerkamp) eine materialistische Bibellektüre praktizierten, die die Texte sozialgeschichtlich im Kontext gesellschaftlicher Kämpfe rekonstruiere – eine äußerst fruchtbare Entwicklung, die in weiten Teilen des Ost- und West-Marxismus schlichtweg verschlafen wurde.

Ein ganz anders gelagerter Einwand wurde von Michael Brie vorgetragen: Zeige sich nicht in Marx' z. T. beißender Kritik am Gerechtigkeitsbegriff eine intellektuelle Entfernung zu den Gerechtigkeitsvorstellungen der Basisbewegungen, wie sie sich z. B. in Marx' Arroganz gegenüber Wilhelm Weitling äußerte? Der historischen Gerechtigkeit halber wäre wohl hinzuzufügen, dass Marx' Schärfe sich in erster Linie gegen unhistorische Vorstellungen einer ›ewigen Gerechtigkeit‹ richtete und hier wiederum vor allem gegen Versuche, die Gesellschaftskritik aus einer Norm abzuleiten, statt sie aus einer Analyse der immanenten Widersprüche zu entwickeln. Wie dem auch sei, als Problem bleibt zumindest, was Hermann Klenner in seinem Artikel kritisch zum Ausdruck brachte, nämlich: dass Marx und Engels ›die reformierenden Potenzen von Gerechtigkeitsforderungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsformation unterbewertet haben‹ (HKWM 5, 387). Zugespitzt formuliert: Wer sich hier unter Berufung auf Marx auf eine abstrakte Ideologie- und Normkritik versteift, geht daran vorbei, dass massenhafter Widerstand sich in der Regel an der Verletzung volkstümlicher Gerechtigkeitsvorstellungen entzündet (vgl. hierzu z. B. Barrington Moores Untersuchung »Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand«, 1987). Angesichts der Bindekraft moralischer Werte (nicht nur in den USA) würde sich daraus die Aufgabe ableiten, die Marxsche Kritik an Herrschaft, Ausbeutung und Verelendung in eine verständliche Sprache der Gerechtigkeit zu übersetzen, um wirksam in die ethisch-politischen Auseinandersetzungen eingreifen zu können.

In der Abschlussdiskussion bezeichnete Michael Brie das HKWM-Projekt als »eine epochale Leistung im Marxismus«. Insgesamt gestalteten sich die Diskussionen auf der Tagung respektvoll und konstruktiv, trotz der inhaltlichen und theoretischen Unterschiede ihrer Teilnehmer. Es wurde angeregt, solche Debatten jeweils vor dem Erscheinen eines neuen Bandes zu organisieren, um die eigene Arbeit im Austausch mit anderen zu einem Zeitpunkt kritisch zu reflektieren, an dem die Kritik noch in die Texte eingehen kann. Es wäre verdienstvoll, wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich wieder als Trägerin zur Verfügung stellen würde. Mehrere Teilnehmer verwiesen auf die Dringlichkeit, weitere Stichwörter (zunächst) ins Englische und Spanische zu übersetzen, um die Bemühungen des HKWM-Projektes um eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie stärker zu internationalisieren. Zunächst ist daran gedacht, die bereits übersetzten Stichwörter zusammen mit dem das Projekt fundierenden Stichwort zum ›Historisch-kritischen‹ als Broschüre zur Verfügung zu stellen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Wir hätten es ahnen sollen – eine Katastrophe als Rankingtrouble: Die Toten der südostasiatischen Flut waren noch nicht gezählt, da hatten sich Deutschlands Politiker und Volksunterhalter schon in die ersten Reihen gedrängt – Dabeisein war alles, als es ums Spendensammeln ging. Es tat geradezu körperlich weh, im Fernsehen mitzuerleben, wie Schröderminister und dümmelnde TV-Gagenempfänger vom Schlage Kerners geradezu heißliefen und sich an ihrem Volke, das eifrig, fleißig und durchaus betroffen spendete, echauffierten und sich an ihm sonnten. Lange nicht mehr hatte ich so etwas erlebt wie diese Spenden-Gala im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Da ward Volksgemeinschaft pur gespielt. Da gab es einen langen Abend lang keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche und Deutschländer. Besonders aufgeräumt schienen mir jene Regierungsdarsteller, die die besonders schwierigen Ressorts vertreten, zum Beispiel Frau Schmidt, Gesundheitswesen. An diesem Fernsehabend sollten wir allesamt eine Art virtueller Gesamtbürger Schulze-Lehmann-Müller sein. Und, natürlich, Schmidt. Und weit und breit aber auch nicht die geringste Spur von »Schweig' und tu Gutes«.

Das alles muß insbesondere auch Herrn Köhler gefreut haben (Herr Köhler ist Ihr Bundespräsident). Und zwar muß ihn das dermaßen gefreut haben, daß er sich vor lauter Dankbarkeit einige Tage später gar zu Lobpreisung hinreißen ließ, die den *Tagespiegel* zu der Überschrift verleitete: »Köhler: Politiker sind keine Raffkes«. Und die Erde ist eine Scheibe.

Auch eine altdeutsche Tradition wurde kurz wieder belebt: Im Zentrum Berlins klapperten Politiker und Künstler mit der Sammelbüchse in der Hand im Volk herum. Als ich diese Bilder sah, kam mir ein

(sehr) altes Pressefoto mit der deutschen Lichtgestalt Heinz Rühmann in den Sinn: Rühmann mit Sammelbüchse; aber »damals«, auf dem Kudamm in der Reichshauptstadt Berlin, war es ja um das *Winterhilfswerk* gegangen. Und das war ja nun wirklich etwas sehr anderes; ich habe mich denn auch unverzüglich für diese unstatthafte Assoziation ins Gebet genommen und heftig kritisiert.

Etliche Zeitungen betrieben anlässlich der Katastrophe noch eine ganz spezielle Art von Ranking: Sie druckten die Zahl der Toten in einer Ländertabelle ab; die nahm sich wie ein olympischer Medaillenspiegel aus. Den Spitzenplatz nahm Indonesien ein, Schlußlicht war Israel. Und man wunderte sich geradezu, daß es die Redakteure unterlassen hatten, die Tabelle weiter aufzubereiten. Beispielsweise hätten sie doch die Opferzahlen ins Verhältnis zu der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes setzen können und wären dadurch zu einer anderen Reihenfolge gekommen; und womöglich ist durch diese Unterlassung verhindert worden, daß sich Deutschland noch weiter an die Spitze der Tabelle geschoben hat.

Inzwischen ist die Flutkatastrophe von den ersten Seiten verschwunden, und die Redakteure müssen, so sie sich doch noch des Themas anzunehmen veranlaßt sehen, die (grammatikalisch) 2. Vergangenheit benutzen. Und es stellt sich – wie immer bei solchen und ähnlichen Anlässen – heraus, daß die Mahner, die Nach- und Vorausdenker, die im ersten Nachflutzeitraum mit ihren ehrenhaften und ehrenwerten Kassandra-Artikeln vor allem die Feuilletonseiten und Kommentarspalten gefüllt hatten, das alles eigentlich auch hätten sein lassen können. Nach wie vor gilt ungebrochen: *Wachstum, Wachstum über alles, über alles in der Welt*. Und weltweit auch nicht die geringste Spur oder der geringste Versuch umzusteuern. Jedenfalls nicht bei politisch Verantwortlichen. Auch nicht bei denen, die kurzzeitig an dem Gesamtkunstwerk *Einig Volk* gebosselt hatten.

Einen bemerkenswerten Text fand ich im *Neuen Deutschland*. Dort schrieb Eberhard Görner, Regisseur, Autor und Dramaturg: »... Die Flutkatastrophe in Asien ist ein Alarmsignal der Natur, eine Warnung! Was glaubt der Mensch, wer er sei, dass er mitten im Ozean Tourismus-Paradiese baut, wohl wissend, dass sie künstlich ernährt werden aus Flugzeugen und Schiffen, die beim ersten Sturm so leicht weggeweht werden wie eine Feder vom Atem – wieso glaubt dieser, sich über die Natur erhebende Homo sapiens, er sei Gott? Hat er keinen Zweifel, ob sich noch einmal ein Noah findet, mit dem Gott einen Bund schließen kann? Die Hoffnung auf den menschlichen Verstand schwindet wie die Gletscher in der Arktis. Die Gier nach Geld und Vergnügen frisst die Vernunft und macht den zivilisierten Menschen blind wie das Erdöl zerbrochener Tanker, das das Blau des Meeres verdunkelt. Lieber noch eine Atomrakete mehr, als eine Investition in den Dialog mit der Natur. Lieber noch ein Korallenriff zerschissen, als eine Hotelkette weniger. Lieber noch mehr Waffen in die Krisengebiete der Erde als für den Schutz von Mensch und Tier Frühwarnsysteme vor Natureruptionen installieren. Schon jetzt legen sich die Wale selbstmörderisch vor die Füße ihrer japanischen Jäger. Sie haben keine Lust mehr, in einer zerstörten Ozean-Welt um ihre Freiheit zu schwimmen.«

Na, denn: Bis zur nächsten Flut!

Roland Haug:
Putins Welt. Russland auf
dem Weg nach Westen (SWR
Schriftenreihe Grundlagen 5),
Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 2003, 301 S. (29 €)

Roland Haug, zuletzt Nachrichtenchef des Südwest-Rundfunks, ARD-Korrespondent von 1990 bis 1994 in Moskau und insgesamt 86 Mal in Russland und anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion unterwegs, unterzieht sich der journalistischen »Pflicht«, nun als »Kenner« über Land und Leute und gesellschaftliche Verhältnisse Russlands ein Buch zu schreiben. Er schaut auf »Putins Welt«, d. h. auf das gegenwärtige Russland mit gelegentlichen Rückblenden in die Vergangenheit. Er schreibt in journalistischer Verknapfung und Zuspitzung episodenhaft über das »Stereotyp der russischen Seele«, das Verhältnis von Staat und Kirche, die Kriegserinnerung, den zunehmenden Antisemitismus, die Wirtschaft mit Korruption, »Kleptokratie« und Mafia, über eine »gelenkte Demokratie«, Putins Tschetschenienkrieg und über die deutsch-russischen Beziehungen. Dazu kommen Portraitskizzen (im Ansatz) zu Michail Gorbatschow, Boris Jelzin, zu Anatoli Sobtschak, dem politischen Ziehvater Putins, und zu Putin selbst. Über ihn heißt es: Er ist als »Autokrat in guter zaristischer Tradition, in heiklen Situationen kann er ein strammer Militärkommandant« sein. Aber er verstehe sich »auch als Reformler, der sich mit einfühlsamer Bredsamkeit seinem Gegenüber nähert. Es ist sicher kein Zufall, dass ein Porträt von Peter dem Großen über Putins Schreibtisch hängt. Wie sein historisches Vorbild verbindet der Präsident den Modernisierungsanspruch und die erklärte Öffnung zum Westen mit der eisernen Faust in der Innenpolitik« (S. 184). Dieses Zitat verdeutlicht die Darstellungsweise, wie sie nicht nur dem Verfasser eigen, sondern zumeist auch in vielen Medien üblich ist. Sie ist einprägsam, postuliert Thesen, belegt mit einigen Beispielen, gründet sich auf ausgesuchte Materialien und Daten unter Außerachtlassen gründlicher Arbeiten. So gerät z. B. die positive Würdigung des Großen

Vaterländischen Krieges zur Fehldeutung, wenn anhand einer Quelle der Wirtschaftshilfe der Westalliierten nachgesagt wird: »Sie rettete damals die Sowjetunion vor dem Untergang« (S. 139).

Der Autor will Russland in seiner Gegensätzlichkeit und Zwiespältigkeit zeigen, doch bleiben beim Leser die Postulate vom »maroden Land« am einprägsamsten in der Erinnerung: »Russland ist geistig – und materiell – ein Sanierungsfall« (S. 40), »Russland ist ein krankes, aber auch ein gekränktes Land« (S. 91) u. a. Eine Zusammenstellung beeindruckender Fotos von Waleri Schtschekoldin aus dem Alltagsleben verstärkt diesen Eindruck.

Leitgedanke des Verfassers ist: »Ohne Russland wird es keine Weltzivilisation geben, deshalb wäre es unverzeihlich, es herabzusetzen oder gar zu missachten« (S. 211). Allerdings ist westlichen Korrespondenten gegenüber Russland und seiner Vergangenheit oft ein herabsetzender Sprachduktus eigen, den sie gegenüber Ländern ihrer Herkunft nicht pflegen. Auch der Verfasser ist nicht frei davon.

Haug betont: »Ich liebe die Menschen im Osten Europas und leide mit, wenn es ihnen schlecht geht. Es ist mein eigenes, mein »europäisches Schicksal« (S. 284). Für ihn »steht fest: Man kann ein so wichtiges und kulturell bedeutendes Land wie Russland nicht einfach seinem Schicksal überlassen. Es besteht nämlich nicht, wie mancher glaubt, ausschließlich aus Kriminellen, mafiosen Wirtschaftsbossen oder gewissenlosen Geschäftsleuten. (...) Russland besteht in seiner überwiegenden Mehrheit aus aufrichtigen, anständigen und schwer um ein bisschen Lebensqualität ringenden Menschen (...) Sie sind die wahren Helden. Ihnen, den einfachen Leuten, muss der Westen helfen (...) Auf die alte Frage »Wohin gehört Russland?« kann es heute nur eine Antwort geben: Russland ist auf dem Weg, ein Teil des Westens zu werden. Es gehört nach Europa, und somit bleibt die Chance auf eine bessere Welt bestehen« (S. 286).

Haug's Sicht auf »Putins Welt« ist nicht sehr eigenständig, tiefgründig und neu, aber beachtenswert – auch unter dem Aspekt, wie heute in Deutschland ein Russland-Bild geformt wird.

HORST SCHÜTZLER

**Peter von Oertzen:
Demokratie und Sozialismus
zwischen Politik und Wissenschaft,
Hrsg. Michael Buckmiller, Gregor
Kritidis und Michael Vester,
Offizin Verlag Hannover 2004,
461 S. (24,00 €)**

Dieses Buch, das aus Anlass des 80. Geburtstages von Peter von Oertzen erschienen ist, ist eine Sammlung von Aufsätzen, die zeitlich und inhaltlich ein weites Feld umfassen. Der älteste Aufsatz stammt aus dem Jahr 1959, der jüngste aus dem Jahr 1997. Die Aufsätze stellen einen Querschnitt der Themen dar, mit denen sich von Oertzen in seiner langen politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit beschäftigt hat. Das Buch ist in drei große Themenkomplexe unterteilt: Theorie, Arbeiterbewegung und Politik. Im ersten Themenfeld finden sich u. a. Aufsätze zur Stellung der Politikwissenschaft innerhalb der Sozialwissenschaften, zur Dialektik, zur Aktualität des Marxschen Werkes und zu einzelnen Aspekten seiner Theorie, zur Frage, ob der Demokratische Sozialismus mit dem Marxismus vereinbar ist, zur Theorie von Klasse und Milieu. Das zweite Themenfeld umfasst Aufsätze zur Mitbestimmungsfrage, über politische Fraktionen in den Gewerkschaften, zur Arbeiterbewegung und den Arbeiterräten in der deutschen Novemberrevolution 1918/19 und zum Verhältnis der neuen sozialen Bewegungen zur Arbeiterbewegung. Das dritte Themenfeld umfasst Aufsätze zu den Themen Rechtsstaat und Rechte, Rechtsstaat und Linke, zur FDGO und Räteystem, zur Wirtschaftsdemokratie und zur Frage, was von der sozialistischen Vision übrig bleibt.

Zwei Aufsätze erscheinen mir für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten von besonderem Interesse zu sein. Dies sind die Texte »Eine marxistische Grundlegung des demokratischen Sozialismus?« und »Was bleibt von der sozialistischen Vision?« Der erste Aufsatz aus dem Jahr 1980 versucht die Frage zu klären, ob Demokratischer Sozialismus und Marxismus miteinander zu vereinbaren sind. Von Oertzen ist der Auffassung, dass der Marxismus sich die Schaffung einer wirklichen demokratischen Gesellschaft zum Ziel setzt, die frei von

Ausbeutung und Unterdrückung ist. Deshalb ist der Leninismus für von Oertzen eine Fehlentwicklung des Marxismus, die auch nur in einem unterentwickelten Land entstehen konnte. Er konstatiert, dass auch der Marxismus im Westen in einer Krise steckt, da sich seine Erwartungen, in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine revolutionäre Entwicklung zum Sozialismus in Gang zu setzen, nicht erfüllt haben. Die Mehrheit der Lohnabhängigen habe wichtige Prinzipien des Kapitalismus verinnerlicht und mehrheitlich durch den »demokratischen Wohlfahrtsstaat« einen auskömmlichen Lebensstandard erreicht. Trotzdem habe der Kapitalismus seinen Grundcharakter nicht verändert, was sich in den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen äußere. Für von Oertzen ist demokratischer Sozialismus gleichbedeutend mit reformistischem Sozialismus. Er definiert den Begriff Reformismus folgendermaßen: »Der Reformismus ist jene Form der sozialistischen Bewegung, die das Ziel des Sozialismus auf dem Wege demokratischer, gesetzlicher (legaler), friedlicher und schrittweiser Veränderungen der Gesellschaft zu erreichen versucht« (S. 163/64). Für ihn sind die meisten Kritiken am Reformismus zu oberflächlich. Er geht davon aus, dass es drei Formen des Reformismus gibt. Die erste Form sei der Reformismus, der den demokratischen Wohlfahrtsstaat erhalten und ausbauen will. Diese Form beschränke sich auf eine gerechte Verteilung des produzierten Reichtums. Die zweite Form sei der Reformismus, der die soziale Demokratie erstrebt. Er befürworte weitreichende Strukturformen (auch Vergesellschaftung von wichtigen Industrien), ohne den Kapitalismus überwinden zu wollen. Er wolle die wirkliche Gleichberechtigung von Kapitalisten und Lohnabhängigen. Die soziale Demokratie ist für von Oertzen nur ein Übergangszustand, der sich irgendwann weiterentwickeln müsse. Die dritte Form ist – wie oben bereits zitiert – der sozialistische Reformismus. Er werde von den linkssozialistischen und reformkommunistischen Parteien Europas vertreten. Die Kritik, die von Marxistinnen und Marxisten am reformistischen Sozialismus geübt werde, könne keine grundsätzliche Kritik sein. Sie könne sich nur mit einzelnen Aspekten dieser Strategie auseinandersetzen. Einer dieser Aspekte sei die Frage, ob sich der

Staatsapparat (insbesondere Polizei und Armee) einer kapitalistischen Gesellschaft neutral verhält, wenn eine sozialistische Bewegung versucht, auf verfassungsmäßigem Wege eine Umgestaltung hin zum Sozialismus in Gang zu setzen. Von Oertzen sieht die Gefahr, dass dies nicht der Fall ist, sondern dass Polizei und Armee die Veränderung mit autoritären Mitteln zu verhindern suchen. Von Oertzen ist trotz dieser Probleme der Meinung, dass der reformistische Sozialismus ein vielversprechender Weg ist. Seine Antwort auf die Frage der Vereinbarkeit von demokratischem Sozialismus und Marxismus ist folgende: »Mir scheint, dass ein ›demokratischer Sozialismus‹, der seine sozialistischen Ziele ernst nimmt und ein Marxismus, der die Lehren der Geschichte und seine eigene kritische Theorie ernst nimmt, sich zum Verwechseln ähnlich sehen werden« (S. 176).

Der Aufsatz »Was bleibt von der sozialistischen Vision?« stammt aus dem Jahre 1990. In ihm setzt sich von Oertzen mit dem Scheitern des Leninismus auseinander, das für ihn endgültig ist. Trotz seiner scharfen Kritik erkennt er nicht das Berechtigte an diesem Versuch. Für ihn ist klar, dass ein unterentwickeltes Land den Weg zum Sozialismus, der für ihn mehr Demokratie als im Kapitalismus bedeutet, nur gehen kann, wenn es Unterstützung durch eine sozialistische Umwälzung in einem entwickelten kapitalistischen Land bekommt. Dass er trotz des Fehlens solcher Voraussetzungen eine starke sozialistische Bewegung in einem unterentwickelten Land für wichtig hält, zeigt folgender Satz: »Wo eine Arbeiter- und Bauernrevolution in einem halbfeudalen frühkapitalistischen Entwicklungsland endet, die nicht wie in Russland unter entschlossener sozialistischer Führung steht, lässt sich am Schicksal der mexikanischen Revolution von 1911 ablesen: in einem verfaulenden, autoritären Staatskapitalismus« (S. 425/26). Trotz der Niederlage des real existierenden Sozialismus und des daraus resultierenden Triumphgeheuls der Herrschenden im Westen hält er an der Idee des Sozialismus fest. Das Elend in erster und dritter Welt sowie die Gefahr des Zusammenbruchs des Ökosystems machen aus seiner Sicht einen Bruch mit der kapitalistischen Logik erforderlich. Ob dies durch eine Änderung der Regeln und Organisation der

Gesellschaft bei der bleibenden Dominanz von Marktmechanismen möglich ist, hält von Oertzen für fraglich.

Das Buch ist ein für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten lesenswertes Werk, das für viele Probleme, die sich der Linken stellen, interessante Antworten und Lösungsansätze bietet.

MICHAEL ROHR

Résistances – mouvements sociaux
– alternatives utopiques.
Hommage à Jean Mortier
(Widerstände – soziale Bewegungen
– utopische Alternativen.
In Würdigung Jean Mortiers),
Université Paris VIII, Vincennes-
Saint Denis, Travaux et
Documents 23/2004.

Jean Mortier, Germanistikprofessor der Pariser Universität 8, stand an der Spitze einer Delegation, die 1982 jenen Vertrag mit der Humboldt-Universität abschloss, der einen Studentenaustausch und die Inangriffnahme gemeinsamer Forschungsprojekte beider Universitäten möglich machte. Frank Hörnigk, Detlef Nakath und Siegfried Prokop erinnern in diesem Jean Mortier gewidmeten Band daran, dass dies der Beginn einer dank Mortier von Anfang an wenig formellen und über die Wende hinausreichenden Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen und französischen Wissenschaftlern war. Kapitel der deutsch-französischer Kooperation wie diese wurden nach 1990 aus der Geschichte der deutsch-französischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg verdrängt. Es sollte – auf allen Gebieten – nur die bundesdeutsch-französischen Beziehungen gegeben haben, wie Dorothee Röseberg in ihrem Aufsatz »Erinnerung und Utopie. Frankreich in der DDR« bemerkt.

Der »Freundschaftsvertrag« zwischen Paris 8 und Humboldt-Universität war jedoch keinesfalls Ausnahme. Er entsprach den Erwartungen, die von beiden Seiten auf höchster Ebene gepflegt wurden. Frankreich spielte im

deutschlandpolitischen Kalkül der DDR eine wichtige Rolle. »Da Frankreich zu den engsten Verbündeten der Bundesrepublik gehörte, bedeutete jeder Kontakt der DDR-Führung zu Frankreich eine Bresche in die französisch-westdeutschen Beziehungen. Darüber hinaus tat die DDR alles, um die ökonomischen Rivalitäten und politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris auszunutzen und wenn möglich noch zu vertiefen« (S. 93). Frankreich wiederum war es offensichtlich wichtig, der Bundesrepublik Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in der Ostpolitik nicht allein das Feld zu überlassen. »Insgesamt hat Frankreich die DDR als deutschlandpolitisches Gleichgewicht und zuweilen auch als Druckmittel benutzt« (S. 94).

Ob die den Vertrag zwischen beiden Universitäten mit Leben erfüllenden Personen von diesen Kalkülen wussten oder nicht, spielte für die sich anbahnende Zusammenarbeit zwischen den französischen Germanisten und deutschen Romanisten, Historikern und Literaturwissenschaftlern keine Rolle. Sie sahen in den Beziehungen vor allem Möglichkeiten der Weiterbildung bzw. Vervollkommnung ihres Wissens und der Herstellung persönlicher Kontakte, aus denen manchmal sogar Freundschaft zwischen Familien wurde, die die Wende und Abwicklung (des ostdeutschen Personals des Lehrkörpers an der Humboldt-Universität) überdauerte. Zeugnis dieser in den 80er Jahren geknüpften und bis in die Gegenwart nicht zerrissenen Bindungen ist der vorliegende Band, in dem fachwissenschaftliche Aufsätze mit stark persönlich gefärbten Erinnerungen an gemeinsame Projekte und Veranstaltungen einander abwechseln.

Es fällt schwer, aus der Fülle des Angebots – insgesamt enthält der Band 25 Aufsätze – eine Auswahl zu nennen: Es dominieren die literaturwissenschaftlichen Aufsätze französischer Germanisten: Gilbert Badia berichtet über Kurt Sterns Tagebuch, das er, emigriert nach Paris, seit Beginn von Hitlers Überfall auf Polen im Herbst 1939 führte. Françoise Barthélemy-Toraille schreibt über Fühmanns Romanfragment »Im Berg«. Héléne Roussel äußert sich zu drei vergessenen Kurzgeschichten von Anna Seghers. Michel Celse hat sich die 1999 bzw. im Jahr 2000 erschienenen Bücher »NeuLand« und »OstWind« von Luise

Endlich vorgenommen. »NeuLand«, so schätzt es Celse ein, dokumentiere zunächst einmal den Kulturschock, den die aus dem Westen nach Frankfurt/Oder übergesiedelte Autorin erlebt. Der Autor stellt dann fest, dass sich Luise Endlich der Arroganz ihrer Verhaltens- und Schreibweise überhaupt nicht bewusst ist. Regelrecht fassungslos stehe sie deshalb der »Hetzkampagne« gegenüber, die ihr Buch im Osten auslöst und die sie in »OstWind« beschreibt. Celses Fazit: Die Bücher sind Dokumente, die aus westdeutscher Sicht demonstrieren, wie unüberbrückbar die Kluft zwischen beiden deutschen Teilgesellschaften noch ist.

Dieter Klein, der als Prorektor an der Humboldt-Universität erheblichen Anteil an der positiven Entwicklung hatte, die die vertraglichen Beziehungen zwischen Humboldt-Universität und Université Paris 8, Vincennes-Saint Denis, nahmen, hat einen anspruchsvollen Beitrag über die »Suche nach einem transformatorischen Projekt im Westen« im Band. Seine »Überlegungen nach erlebter östlicher Transformation« geben in ihrer Quintessenz sechs mögliche Ansätze für den dem Autor für die weitere gedeihliche Entwicklung der Menschheit notwendig erscheinenden Transformationsprozess, der die Aufgabe haben müsse, »die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren« (S. 137). Von den Historikern schreibt Siegfried Prokop zur Vor- und Frühgeschichte des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«. Detlef Nakath hat seinen wissenschaftlichen Beitrag der Erforschung der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in den 70er und 80er Jahren gewidmet. Monika Bellan von der Universität 8 behandelt in ihrem Beitrag die utopische bzw. utopiekritische Dimension im deutschen Film, und Hermann Rau, ebenfalls Paris, fragt: »Gab es in der DDR kritischen Realismus?«.

Insgesamt enthält das Buch eine bunte Palette von Aufsätzen, in denen die Ergebnisse literaturwissenschaftlicher Arbeiten der französischen Partner über deutsche und DDR-Dichter und Schriftsteller überwiegen. Die Beiträge sind in Deutsch bzw. Französisch geschrieben. Kurzfassungen in der jeweils anderen Sprache befinden sich am Schluss des Buches.

JÖRG ROESLER

Günter Wirth:
Auf dem »Turnierplatz« der
geistigen Auseinandersetzungen.
Arthur Liebert und die Kant-
gesellschaft (1918-1948/49),
Ludwigsfelder Verlagshaus 2004,
139 S. (10 €)

Vor 100 Jahren in Halle aus der Taufe gehoben, ist die von dem damals in der Saalestadt lehrenden und in Fachkreisen berühmten Hans Vaihinger mitbegründete Kant-Gesellschaft ein wissenschaftshistorisch überaus reizvolles Thema. Der Berliner Publizist Prof. Günter Wirth, der im Dezember 2004 sein 75. Lebensjahr vollendete, hat dieser einzigartigen philosophischen Vereinigung – die es vermochte, ähnlich international zu wirken wie sonst nur die Goethe-Gesellschaft – eine luzide Studie gewidmet: »Auf dem »Turnierplatz« der geistigen Auseinandersetzungen« betrachtet vor allem die Jahre 1918 bis 1948/49 und das Wirken ihres Vorsitzenden Arthur Liebert, der als Professor für Philosophie in Berlin wirkte. Um aber auch zu zeigen, dass in der Provinz dank der Kant-Gesellschaft eine hohe geistige Regsamkeit herrschte, skizziert Günter Wirth stellvertretend die Tätigkeit der Ortsgruppen Karlsruhe, Eisenach und Potsdam. Letztere Stadt hat der aus Sachsen gebürtige Schriftsteller so häufig gewürdigt wie keinen anderen Flecken; so u. a. in dem 2000 erschienenen Band »Der andere Geist von Potsdam«. In diesem Zusammenhang sei auch auf Wirths Forschungen zu dem Potsdamer Dichter Hermann Kasack hingewiesen, der für ihn wiederum Anlass war, dem Problem der »inneren Emigration« und ihrer literarischen Vertreter nachzugehen.

Der Verfasser stellt mit der Kant-Gesellschaft eine weltanschaulich und konfessionell wohl einmalige Vereinigung vor, die unter ihrem Dach Mitglieder und Referenten versammelte, die nicht nur den großen christlichen Kirchen in Deutschland angehörten oder gar protestantische und katholische Theologen waren, sondern zu nicht geringen Teilen einen jüdischen Hintergrund hatten. Die Kant-Gesellschaft war sowohl eine »Heimat für jüdische Intellektuelle« (allein um dieses Thema

hinreichend zu beleuchten, bräuchte es, so Günter Wirth, ein »endloses Kapitel«) als auch eine »intellektuelle Plattform« für den ökumenischen und geistig nach allen Seiten hin offenen Dialog. Hier kommt dem Verfasser sein theologisch-religionshistorischer Hintergrund entgegen. Denn der studierte Germanist lehrte zwischen 1985 und 1993 Neuere und Neueste Kirchengeschichte an der Berliner Humboldt-Universität.

Die den Namen des Königsberger Philosophen tragende Vereinigung war, um ihrem Namenspatron zu entsprechen, stets bemüht, den internationalen Austausch zu pflegen. In den zwanziger Jahren etwa suchte die Kant-Gesellschaft – die um 1930 rund 60 Orts- bzw. Landesgruppen u. a. in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA zählte – die Nähe zu sowjetischen Akademikern. Dies war eine positive Folge des 1923 in Berlin gegründeten Russischen Wissenschaftlichen Instituts, wo emigrierte Gelehrte ein Zentrum fanden. Der »russischen Emigration und der Kant-Gesellschaft« ist, einer Anregung des Publizisten und Osteuropahistorikers Prof. Karl Schlögel folgend, ein aufschlussreiches Kapitel gewidmet.

Aus den eigenen Reihen erwuchs der Kant-Gesellschaft, die nach 1918 die weltweit größte philosophische Vereinigung war, eine folgenschwere Konkurrenz in Gestalt der »Deutschen Philosophischen Gesellschaft«, die 1923, so zitiert Günter Wirth den Historiker Ulrich Sieg, zu einem Sammelbecken »deutschnationaler, neokonservativer und völkischer Strömungen« avancierte, »rasch an Bedeutung gewann und nach 1933 tonangebend wurde«.

In der Emigration versuchte Arthur Liebert ab 1936 mit der Gesellschaft »Philosophia«, die auch eine Zeitschrift gleichen Namens veröffentlichte, an das Maßstäbe setzende Wirken der Kant-Gesellschaft und deren Schriftenreihe, der »Kant-Studien«, anzuknüpfen. Der Geschichte der Vereinigung »Philosophia«, die zunächst in Jugoslawien, dann in Lieberts zweitem Fluchttort England geschrieben wurde, spürt der Autor im letzten Kapitel seines gleichbleibend spannenden Buches nach.

Der Gedanke, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetischen Besatzungszone eine Nachfolgerin der Kant-Gesellschaft

zu installieren, ging noch von dem 1946 aus England nach Berlin zurückgekehrten Arthur Liebert aus. Nach dessen Tod 1947 setzte der Soziologe Rudolf Vierkant diese Idee erfolgreich um. Im Kulturbund für die demokratische Erneuerung Deutschlands fand die so genannte »Philosophische Gesellschaft« dann zwar eine Heimstatt, hatte jedoch nach Intervention der politischen Administration ihre Tätigkeit nur ein Jahr später einzustellen.

Günter Wirth ist, was die Breite seiner Forschungen anbetrifft, ein bemerkenswerter Autor und in puncto publizistischer Vielfalt wohl nur mit dem Kollegen Friedrich Dieckmann zu vergleichen. Wenn er sich einen Sachverhalt vorgenommen hat, entspringen daraus für Günter Wirth nicht selten weitere Themen, die in Miszellen, Aufsätzen oder gar Monographien ausgeführt werden. Dafür ist diesem fleißigen Gelehrten – der als Wissenschafts- und Literaturhistoriker, als Autor und Herausgeber Bleibendes geleistet hat – vor allem Gesundheit zu wünschen.

KAI AGTHE

**Isabel Maria Loureiro:
Rosa Luxemburg. Os dilemas
da ação revolucionária
(Rosa Luxemburg. Dilemmata
revolutionärer Aktion),
Verlag Editora UNESP São Paulo
2003, 345 S.**

Die Publikation baut auf der Dissertation über die politischen Ideen Rosa Luxemburgs auf, die die aus Portugal stammende Autorin 1992 an der Universität São Paulo (USP) verteidigt hat. Isabel Maria Loureiro war von 1981 bis 2003 an der Universität des Bundesstaates São Paulo im Fachbereich Philosophie als Dozentin tätig.

Das Buch behandelt auf der Grundlage der Schriften Luxemburgs auf anspruchsvolle und kritische Weise das Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis. Es setzt beim Leser Detailkenntnis zu Leben und Wirken Rosa Luxemburgs voraus, denn es ist keine weitere Luxemburg-Biographie unter vielen. Im Vorwort hebt Michael Brie von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung, die das Buch gefördert hat, das wesentliche Anliegen der Autorin hervor: Sie wolle nachweisen, dass entgegen der verbreiteten Meinung das Gedankengut Luxemburgs sich nicht auf das Festhalten an der Theorie vom Untergang des Kapitalismus und damit auf einen überholten, dogmatischen Marxismus reduzieren lasse. Vielmehr komme es darauf an, aus dem nicht gelösten Spannungsverhältnis zwischen orthodoxer Verteidigung der marxistischen Theorie und einer offenen, nicht abgeschlossenen und fragenden Sicht auf die sich stets wandelnde Politik Antworten und Lösungsansätze für die Probleme und Herausforderungen der Globalisierung abzuleiten, vor denen insbesondere die Völker in der »Dritten Welt« zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen. Dass dieses Buch in Brasilien herausgekommen ist, hat wohl damit und auch mit der Tatsache zu tun, dass es historisch in der brasilianischen Linken stets eine »luxemburgistische« Strömung gegeben hat.

In den vier Kapiteln ihres Buches behandelt Isabel Loureiro detail- und kenntnisreich die seit der Ermordung Luxemburgs bis heute laufende Debatte darüber, wie ihre Position zu Freiheit und Demokratie in der sozialistischen Revolution sowie zur Politik Lenins nach der Oktoberrevolution von 1917 einzuschätzen ist. Dabei konzentriert sich die Autorin im Wesentlichen auf die Schriften Luxemburgs selbst sowie auf Autoren wie Hannah Arendt, Gilbert Badia, Paul Frölich, Eberhard Kolb, Michael Löwy, Georg Lukács, Herbert Marcuse und weitere im umfangreichen Literaturverzeichnis nachgewiesene Sekundärquellen. Bezüge zur Aktualität, darunter zum heutigen Umgang mit dem Gedankenerbe Luxemburgs wie auch zu dem in der DDR, finden sich hauptsächlich im Vorwort und in zahlreichen Fußnoten. Im Anhang werden in portugiesischer Übersetzung die Schrift »Was will der Spartakusbund?« und Auszüge aus dem Protokoll des Gründungsparteitages der KPD (30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919) wiedergegeben.

Aus den einzelnen Kapiteln können nur einige Kernaussagen angeführt werden, die das Bemühen der Autorin belegen, das Ideengut Luxemburgs möglichst ausgewogen zu bewerten.

Im Kapitel *Geschichte und Revolution* geht die Autorin u. a. auf die Elemente der Lehren

von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle ein, die auch unter dem Einfluss von Franz Mehring zur Entwicklung des revolutionären Denkens von Rosa Luxemburg beigetragen haben. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass Rosa Luxemburgs Denken und Handeln nicht auf einer systematischen politischen Theorie fußen, aber für sie eine Erkenntnis gegolten habe: Der Sozialismus entstehe nicht automatisch aus den objektiven Widersprüchen des Kapitalismus, sondern auch aus der subjektiven Erkenntnis der Arbeiterklasse über die Unvermeidlichkeit der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch eine soziale Revolution. Dabei wird auf die Bewertung der russischen Revolution von 1905 durch Luxemburg eingegangen.

Im Kapitel *Demokratischer Sozialismus: die Polemiken* setzt sich Isabel Loureiro mit den widerstreitenden Auffassungen von Georg Lukács, Leo Trotzki u. a. über Gewährung oder Unterdrückung demokratischer Freiheiten unter den Bedingungen der »Diktatur breiter Volksschichten« und des Widerstands der von der Revolution entmachteten, ehemals herrschenden Klassen auseinander. Sie verweist auf den Gedanken Rosa Luxemburgs, dass diese Diktatur nur wirksam sein könne, wenn es demokratische Freiheiten gebe (z. B. Presse- und Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht). Dabei setze Rosa Luxemburg Demokratie mit proletarischer Diktatur unter der Voraussetzung gleich, dass diese Diktatur von der »Klasse und nicht von einer kleinen Minderheit im Namen der Klasse« ausgeübt werde. Die Autorin stimmt dabei mit der Auffassung von Annelies Laschitzka überein, wonach die Kritik Rosa Luxemburgs an Lenins Politik nach der Oktoberrevolution (ihre Opposition zu einer zentralistisch-terroristischen Dauerdiktatur) nicht verabsolutiert und ihre Position nicht zu einer »Alternative zum Bolschewismus« umgedeutet werden dürfe, da sie ihren Standpunkt während der deutschen Revolution von 1918 überdacht habe. Die Meinungsverschiedenheiten von Luxemburg und Lenin seien, ausgenommen in der Frage der Partei, auf zeitbedingte Umstände zurückzuführen. Allerdings wendet sich Loureiro auch gegen die wissenschaftlich nicht belegte, von der DDR-Forschung aber *a priori* abgeforderte Auffassung, Rosa Luxemburg sei eine Lenini-

stin gewesen. In einer Fußnote (S.157) geht sie unter Verweis auf das bekannte Zitat über die Freiheit, die auch »immer Freiheit der Andersdenkenden« sein müsse, auf die Luxemburg/Liebknecht-Ehrung im Januar 1988 in Berlin ein, bei der (Gegen-)Demonstranten wegen ihrer Forderung nach demokratischen Freiheiten festgenommen wurden. Die Autorin wendet sich gegen eine Vereinnahmung Rosa Luxemburgs durch liberale, feministische oder rechts-sozialdemokratische Deutungsversuche genauso wie durch den bürokratisch-zentralistischen Realsozialismus à la DDR oder UdSSR.

Im dritten Kapitel *Der Zusammenhalt des Proletariats und die Krise der Sozialdemokratie* geht die Autorin auf die widerspruchsvolle Geschichte der SPD seit Gründung bis 1914, die Rolle der europäischen Sozialdemokratie vor Ausbruch und während des 1. Weltkrieges und den Kampf der Linken (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a.) gegen den Krieg und das nationalistische Einschwenken der rechten Sozialdemokratie auf bürgerliche Positionen ein. In diesem Zusammenhang werden der Kampf des Spartakusbundes gegen den Krieg und die Rolle Rosa Luxemburgs beschrieben und gewertet.

Im abschließenden Kapitel *Die deutsche Revolution*, eingeleitet mit einem Zitat Kurt Tucholskys (»Deutschland: schreibt mit der Linken, handelt mit der Rechten«), untersucht die Autorin die zeitlich kurze Periode von Rosa Luxemburgs Kampf in der deutschen Revolution von 1918 und verweist auf die »Dilemmata revolutionärer Aktion«. Diese bestanden ihrer Auffassung nach auch in der widersprüchlichen Realität von November 1918 bis Januar 1919, eine echte Revolution in einer Situation machen zu wollen, die sowohl revolutionär (Arbeiter- und Soldatenräte) als auch konservativ (Fortbestehen des alten Machtapparates nach dem Sturz der Monarchie) geprägt war.

Im Nachwort hebt die Autorin noch einmal hervor, wie sehr Lukács mit seiner Abhandlung »Rosa Luxemburg als Marxistin« zum Verständnis der Gedanken Luxemburgs und der noch heute aktuellen wissenschaftlichen Debatte darüber beigetragen hat. Abschließend resümiert Isabel Loureiro: Für sie bestehe die Größe Luxemburgs darin, dass sie etwas in den

Mittelpunkt gerückt habe, was das Wesen allen revolutionären und demokratischen Handelns über bloßen Pragmatismus hinausgehend darstelle, nämlich den dramatischen Versuch, das, was ist und das, was sein kann, in Einklang zu bringen.

HARALD HILDEBRAND

Mario Keßler:
Arthur Rosenberg.
Ein Historiker im Zeitalter
der Katastrophen 1889-1943
(Zeithistorische Studien –
Hrsgg. vom Zentrum
für Zeithistorische Forschung
Potsdam, Bd. 24),
Böhlau Verlag Köln-Weimar-
Wien 2003, 335 S. (39,90 €)

Für viele kritische Intellektuelle ist das Schicksal des Alt- und späteren Zeithistorikers, Hochschullehrers, Schulreformers, Nationalisten, Kommunisten, parteilosen Linken Arthur Rosenberg zweifellos ein Beispiel schlechthin. Zwischen allen Stühlen sitzend seine eigene politische Position zu entwickeln und zu behaupten: Darin verkörpert sich das Schicksal linker Intellektueller im 20. Jahrhundert – »zeitypischer Intellektueller«, wie Keßler sie charakterisiert – nicht unwesentlich. Gerade Rosenbergs reifes Werk, die Schriften zur Weimarer Republik und zur Oktoberrevolution, wurde erst nach der unfreiwilligen Befreiung aus dem politischen Korsett einer kommunistischen Partei- und Fraktionsarbeit möglich. Diese Schriften sind für die historische Epoche zwischen Erstem Weltkrieg, Oktober- und Novemberrevolution, der Republik von Weimar und dem Aufkommen des Faschismus bis heute lesenswert und in ihrer tiefeschürfenden Analyse wesentlich für jede Betrachtung der Entwicklung der Arbeiterbewegung, des Parteikommunismus, zumal des bolschewistischen, der Sozialdemokratie wie der NS-Bewegung und ihrem auch von Rosenberg nur bedingt geliebten demokratischen Widerpart, der Republik der Kaisertreuen, Kapitalisten und Junker.

Seine Schriften verkörpern auch das Abarbeiten seiner seit der Novemberrevolution und den Klassenkämpfen der 1920er Jahre eher linksradikalen Positionen. Er mußte lernen, daß Sozialismus und Demokratie verbunden werden mußten, wenn die Linke Erfolg haben wollte. Auch wenn sein Verhältnis zur Weimarer Republik eher distanziert blieb, so konnte er ihren Zerstörern nichts abgewinnen. Dem Urteil des Biographen ist zuzustimmen: »Er wollte im Sinne einer ›revolutionären Realpolitik‹ durchgängig Lehren ziehen und diese auch einer Leserschaft außerhalb des linken Milieus vermitteln. Gerade diese Anstrengungen, die ihn zu Lebzeiten politisch isolierten, trugen zu seiner postumen Wirkung als Zeithistoriker seit den sechziger Jahren wesentlich bei« (S. 14).

Der ausgewiesene Historiker Mario Keßler, der wie manch anderer einstiger DDR-Wissenschaftler und nun in Projekten wie Zeitstellen verbliebener Fachhistoriker die Zerrissenheit, die sich in seinem Protagonisten verkörpert, selbst erlebt, hat eine fesselnde, aber auch streitbare Biographie Rosenbergs vorgelegt.

1889 in einer jüdischen Mittelstandsfamilie geboren, war Rosenberg das Rebellentum wahrlich nicht in die Wiege gelegt worden. Er suchte eine akademische Laufbahn, wurde Historiker und befaßte sich mit alter Geschichte. Im Ersten Weltkrieg war er – durchaus »national gesinnt« – im Kriegspresseamt tätig, auf einem Druckposten also, der aber dennoch hinreichend Einblick in Wirklichkeit und Schrecken des Krieges bot. Die Begeisterung für Hindenburg und Ludendorff – besonders letzteren schätzte er als Militär (wie er überhaupt dem Militärischen verbunden blieb) – hinderte ihn nicht zu begreifen, daß die sich abzeichnende und eintretende Niederlage des Deutschen Reiches ähnlich tiefgehend war wie manche Zäsur in der römischen Geschichte, die er nur zu gut kannte. Er verriet seine Klasse, wandte sich deutlich nach links, begrüßte die Revolution, trat in die USPD, später in die KPD ein. In seinem eigenen Metier, der Hochschulausbildung, wollte er im Geist des Umbruchs eine radikale Hochschulreform, die demokratische Öffnung der Wissenschaften für breite Bevölkerungsschichten. Das war – wie die Zustimmung zur Revolution – seinen akademischen Kollegen zu viel, und er konnte

in Deutschland nur noch ein akademisches Rand-, ein »Paria«-Dasein führen. Ähnlich, wie er vermutete, daß viele Arbeiter zu diesem Zeitpunkt eher »Gefühlskommunisten« waren, war er selbst zunächst über die Erfahrung des Zusammenbruchs und Versagens der alten Eliten zu neuen Einsichten und in die Arbeiterbewegung gekommen. Aber der gelernte Historiker begriff rasch nicht nur die Tragfähigkeit der linken, marxistischen Ansätze, er sah sie in seinem historischen Spezialgebiet wie in seiner politischen Gegenwart unmittelbar wirksam. »Demokratie und Klassenkampf im Altertum«, so der Titel einer zeitgenössischen Vorlesung und Schrift Rosenbergs, waren nun für ihn zu Themen geworden – ebenso wie der politische Kampf seiner Gegenwart.

Er wurde ein scharfzüngiger Agitator, aktiver Publizist und politischer Kopf der KPD, der sich in der Nachkriegskrise und besonders im Jahr 1923 für einen ultralinken Kurs aussprach. Er suchte immer wieder den Streit mit der aus seiner Sicht verräterischen und kompromißlerischen SPD. Das Scheitern der KPD 1923 war für ihn eher Anlaß zu einer weiteren Linkswendung gegen die vermeintlich inkonsequente Politik der Brandler-Führung. Seine politische Karriere fand 1924 in der Mitgliedschaft im KPD-Politbüro gemeinsam mit Ruth Fischer und Arkadij Maslow, im EKKI sowie durch die Wahl in den Reichstag ihren Höhepunkt. Im Reichstag war er einer der offensiv agierenden KPD-Abgeordneten. Gleichzeitig fand er aber hier auch wissenschaftlich ein neues Arbeitsfeld, das den Heißsporn zu einer sachlichen, differenzierenden Arbeit brachte. Indem er im Reichstags-Untersuchungsausschuß für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs nicht zuletzt in Abwehr der »Dolchstoß-Legende« zu wesentlichen zeitgeschichtlichen und politischen Einsichten kam, gelangte er ebenso wie durch die veränderte politische Konstellation nach 1923 zu Korrekturen auch eigener revolutionärer Positionen. Vollzog er den Übergang zur Neuformierung des KPD-Zentralkomitees unter Thälmann noch mit, so geriet er politisch offenkundig mehr und mehr ins Abseits. 1927 brach er mit der KPD, nachdem er sich hier binnen nicht einmal zwei Jahren an ihrem »rechten« Rand, d. h. einer differenzierten, die Widersprüche der deutschen Politik beachtenden und von

Moskau losgelösten Politik der KPD, wiederfand.

Sein Bruch mit dem Parteikommunismus war jedoch kein Bruch mit der sozialistischen Idee. Er wandte sich noch stärker der Zeitgeschichte zu und kritisierte mit seinen Arbeiten zur »Entstehung der deutschen Republik« und später mit der »Geschichte des Bolschewismus« nicht nur revolutionäre Illusionen, sondern entwickelte auch eine differenzierte Kritik und Verteidigung der revolutionären Versuche. Gerade in der »Geschichte des Bolschewismus« verdeutlichte er die Grenzen der russischen Revolution, die zwar mit dem Sturz des Zarismus einen Staatskapitalismus errichtet habe, nun aber die internationale kommunistische Bewegung lediglich zur Absicherung ihrer Politik instrumentalisieren. Auch wenn die Geschichte später sein Urteil bestätigte: Die Zeitgenossen sahen es anders. »Mit diesem Buch setzte sich Arthur Rosenberg zwischen alle Stühle. Kommunisten sahen dieses Buch als Kampfansage gegen ihr gesamtes Denken, Sozialdemokraten mochten sich an der Rechtfertigung von Stalins Kampf gegen die Kulaken stoßen, und bürgerliche Kritiker konnten das Buch durchaus als Apologie des Sowjetexperiments ansehen« (S. 168). Wenn die Wahrheit widersprüchlich ist, kann es der Interpret, der Wissenschaftler, auch nur sein. In Zeiten, wo Parteinahme gefordert und erwartet wird, ein trostloser Posten.

Mit dem Sieg des Faschismus mußte Rosenberg emigrieren, fand schließlich ein mühseliges Auskommen in England, später in den USA, wo er 1943 als Sozialist und Antifaschist starb.

Arthur Rosenberg suchte, nachdem er im Ersten Weltkrieg den Weg zum Sozialismus gefunden hatte, sehr bewußt den Konflikt, die Zuspitzung, war nicht bereit, sich unterzuordnen – weder dem Zeitgeist noch der Parteidisziplin. So wurde er einer der Ketzer der kommunistischen Bewegung, der nach einem eher linksradikalen Beginn beim Festhalten an seinen Prinzipien, aber vor allem beim Bewahren seines analytischen Verstandes sich selbst und der Sache des Sozialismus treu blieb.

STEFAN BOLLINGER

Heidi Behrens, Andreas Wagner
(Hrsg.):
Deutsche Teilung, Repression
und Alltagsleben. Erinnerungsorte
der DDR-Geschichte.
Konzepte und Angebote zum
historisch-politischen Lernen,
Forum Verlag Leipzig 2004,
312 S. (16,80 €)

Das Buch ist einem durchaus wichtigen Thema gewidmet, zu dem es bereits eine ganze Fülle von Veröffentlichungen gibt. Dennoch bleibt man nach der Lektüre äußerst unbefriedigt. Nicht, weil nicht alle wünschenswerten Fragen berührt wurden, sondern weil sich, wie in nahezu allen diesen Büchern, auch hier die »Definitionsmacht« der auf diesem Gebiet tonangebenden Richtungen der westdeutschen Geschichtsbetrachtung ausbreitet. Eigentlich spricht schon der Titel für sich. So kann man nur wieder jenen Mangel konstatieren, den Rolf Badstübner nicht müde wird anzuprangern: Es fehlt nach wie vor bei der Betrachtung der Entwicklung beider deutscher Staaten an der Akzeptanz des Umstands, daß es sich um eine »doppelte Biographie« handelt, die zudem aufeinander bezogen ist. Bislang wird die deutsche Geschichte nach 1945 entweder als BRD-Geschichte mit allenfalls gelegentlichen boshaften Seitenhieben auf die DDR abgehandelt oder als Geschichte eines Gruselkabinetts, genannt DDR, das nur Enthüllung und Verurteilung verdient, wodurch sich die BRD umso strahlender abhebt. Und letzteres gilt mehr oder weniger auch für die meisten der Beiträge des vorliegenden Bandes. Dabei gibt es hoffnungsvolle Ansätze, daß es anders gemacht werden könnte. Die weitgehend theoretisch-konzeptionell angelegten Beiträge von Bodo von Borries, Bernd Faulenbach, Christoph Kleeman und Annette Leo fordern zu einer historisch adäquaten und differenzierenden Herangehensweise auf. Sie kritisieren, wenn auch verhalten, die Verschiebung der Proportionen in der Darstellung der DDR-Geschichte auf Repression und Machtausübung. Insofern reflektieren ihre Darlegungen das aufkommende Unbehagen über das Ungenügen der bislang

dominierenden einseitigen Betrachtungsweise. Außerdem machen diese Teile des Buches auf interessante theoretische Fragestellungen aufmerksam, die sicherlich weiteren Nachdenkens wert sind.

Im Großteil der Beiträge bleiben solche Überlegungen jedoch weitgehend unberücksichtigt oder nehmen nur den Charakter folgenloser dilatorischer Bemerkungen an. Damit soll nicht bestritten werden, daß in vielen Beiträgen interessante Details stecken, die in einer umfassenderen Betrachtung durchaus ihren Platz beanspruchen können. Man hat den Eindruck, viele der Autoren werden von der Angst getrieben, es könnte sich ein allzu positives Bild der DDR erhalten.

Mit einem aufschlußreichen Detail wird eigentlich das Dilemma solchen Vorgehens deutlich. Die westdeutsche Pädagogin Hannelore Steinert berichtet am Ende ihres Beitrages über ein Erlebnis, das sie im »Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig« hatte. Sie wurde dort mit der Reaktion ostdeutscher Schüler auf die gezeigte Ausstellung konfrontiert. Die jungen Leute bemängelten an dieser Ausstellung, übrigens mit vollem Recht, die »total westliche Sicht« (S.145). Die Autorin bestätigt das übrigens ungewollt, indem sie sie als ihren in der Alt-Bundesrepublik erworbenen »Sehgewohnheiten angepasst« kennzeichnet (ebenda). Daß die Ausstellung von ostdeutschen Oppositionellen konzipiert wurde und deshalb nicht westlich wäre, wie sie dagegen einwendet, ist nicht sehr überzeugend. Das beweist nur, daß sich auch Ostdeutsche diese Sicht zu eigen machen können. Was die westdeutsche Lehrerin nicht weiß, was aber in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß die Mehrheit der Ostdeutschen nach wie vor das ihnen durch Medien und Politiker verordnete Bild der DDR nicht akzeptiert, weil es nämlich mit ihren ureigensten Erfahrungen kollidiert. Darin liegt des Pudels Kern. So kann man Peter Steiningers Seufzer nur beipflichten: »Erwartungen an eine ausgewogene, vielschichtige und umfassende Vermittlung der DDR-Geschichte in der Jugend- und Erwachsenenbildung bleiben derzeit teilweise bis gänzlich unerfüllt« (S. 149). Daran aber muß sich letztlich auch die installierte Erinnerungslandschaft messen lassen.

HELMUT MEIER

MICHAEL BRIE
The Spark of Hope in the Past.
Remembering the Autumn 1989

The author reflects back on the fifteen years, since 1989, feeling a duty to fulfill Walter Benjamin's call for a historical materialist writing of history, that is not to be overpowered by conformism, not to be characterized by the wish to empathize with the victor, but rather attempts to fan the spark of hope in the past. There, he says, lie the chances for a social and democratic transformation, for the emancipation from the dominance of the capital, patriarchy and imperial rule.

WOLFRAM ADOLPHI
The Party of Democratic Socialism:
Outline of its History

A history of the PDS has yet been written. As a contribution to the discussions concerning the route the party has taken during its 15 years of existence and will take in the years to come, the author outlines the origin, the tradition, the electoral successes, the influence by internal and external factors on the electoral results, the question of cultural and ideological hegemony in the society, the opening of the party to the society and the opposing tendencies, as well as, the contradictions between the primacy of governing, against that of being in the opposition.

ROLF REISSIG
Left Socialist Policies
in Governmental Responsibility

A left socialist party in governmental responsibility – this is a novelty in German history. The author discusses the repercussions of this unique social test on the PDS, itself, on the other parties, on the general public, and on the political culture. He sees the controversially discussed project, as one of a strategic learning process, whose potential for stimulation and reflection apparently has been largely underestimated. He, therefore, pleads for also an international exchange of experiences between the comparative parties.

ULRICH BUSCH
East-Germany: Economic Policy Options
for 2005 to 2019

The government's *Aufbau Ost* («East Development») program as well as the Dohnanyi-Most-proposal are questionable as concepts of economic policy for East Germany. Neither the continuation of the current policy nor a radical break with it and the implementation of a Special Economic Zone

will lead East Germany onto the road of a self-supporting development. The government policy is applying growing pressure on state budgets, but offering no guarantee for an economic upswing. The proposal of a radical course correction also implies the risk of destroying the living standard, already attained.

MAX KOCH

»There has never been as much ideology,
as there is today«.

**On Sebastian Herkommers Book:
Metamorphosen der Ideologie**

The author discusses the last work of Sebastian Herkommer, whose death in September, 2004 deprives the left of one of its most eloquent intellectuals. The book, on the one hand, picks up the ideological theoretical debates of the 1970's and 1980's, while, on the other, touching also on the structural changes of post-Fordian capitalism, correspondingly modifying original theoretical concepts.

JÖRG ROESLER

**The Relative Wage. Jürgen Kuczynski's
Instrument for the Assessment
of the Working Class Situation**

With this article, »UTOPIE kreativ« continues its publications of the papers delivered at the 100th birthday of Jürgen Kuczynski colloquium, in autumn, 2004. The first texts were published in »UTOPIE kreativ« vol. 171. In this article, the author presents his views on the applicability of a category: relative wage, which Kuczynski discovered and developed, to assess the situation of the working class. In examining the labor conditions in Germany since 1990, Jürgen Kuczynski demonstrated the importance of the relative wage for understanding the development of profits in relationship to living conditions.

WOLFGANG GIRNUS

**Jürgen Kuczynski.
Colloquium for his 100th birthday**

The author summarizes the speeches held at the colloquium for the 100th birthday of Jürgen Kuczynski, the internationally renowned Marxist, economist, political and social scientist. Each speech was dedicated to a different aspect of his productive life: »Socialism or barbarism?«; »The relative wage«; »Social inequalities and cultural differences«; »Kuczynski as dissident true to party principles«; »How does a Marxist live with contradiction?«; »Kuczynski and the Nobel Prize«.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN (V.i.S.d.P.),
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €